

A close-up portrait of a woman with voluminous, dark, curly hair. She is smiling slightly and looking towards the camera. She is wearing a light blue, ribbed sweater. The background is plain white.

Tätigkeitsbericht

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

2025

Impressum

Herausgeberin, Medieninhaberin, Verlegerin:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien
Offenlegung gem. § 25 MedienG:
siehe www.arbeiterkammer.at/impressum

Redaktion: AK Wien
Koordination & Endredaktion: Mag. Bertram Schütz
Grafik: Marian Waibl für Science Communications
Hersteller: Bösmüller Print Management GesmbH & Co. KG
Josef-Sandhofer-Straße 3, 2000 Stockerau

Fotocredits

Wenn nicht anders angegeben AK Wien.

Cover	Tante Emma Werbeagentur GmbH/Hilde von Mas
S12-13	Fadi Amraish, Felix Frühauf, Nina Birkner-Tröger, Christian Fischer
S14	Tante Emma Werbeagentur GmbH/Hilde von Mas
S32	Leichter Family Archive
S38	Elisabeth Mandl
S40	Tante Emma Werbeagentur GmbH/Hilde von Mas
S49	Wienmuseum
S57	Klaus Pichler, Elvira Saiti
S60	Tante Emma Werbeagentur GmbH/Hilde von Mas
S69	Karl Satzinger
S74	Tante Emma Werbeagentur GmbH/Hilde von Mas
S95	unverpackt Austria, Judith Wittrich, F. Jana Madzigon
S96	Tante Emma Werbeagentur GmbH/Hilde von Mas

Inhalt

→ Die AK Wien im Überblick

- 04 Die Aufgaben der AK
- 06 Die AK in Ihrer Nähe
- 08 Das hat die AK Wien 2025 erreicht
- 10 Ausgewählte Erfolge auf Bundesebene 2025
- 12 Highlights 2025

→ Schwerpunkte 2025

- 16 Ökonomische Herausforderungen
- 18 Inflation und Inflationsbekämpfung
- 20 Industriepolitik
- 22 Fachkräftebedarf
- 24 Sozialpolitik
- 26 Gesundheitsberufe und Pflege
- 28 Gesundheits- und Pensionspolitik
- 30 Bildungspolitik
- 32 100 Jahre Gleichstellungspolitik
- 34 Arbeitsmarkt Wien
- 36 Stadt Wien und Wohnen
- 38 Europapolitik

→ Leistungsübersicht

- 42 Beratung und Unterstützung
- 44 Die AK Wien hilft
- 46 Konsument:innenschutz
- 48 Aus- und Weiterbildung

- 50 Gleichstellung von Arbeitnehmer:innen
- 52 Sichere und gesunde Arbeit
- 54 Service für Arbeitnehmer:innenvertreter:innen
- 56 Kunst und Kultur
- 58 Bibliothek und Netzwerk Wissenschaft
- 60 AK Jugend
- 62 Kommunikation
- 64 Aktuelle Publikationen
- 68 Unterstützte Einrichtungen
- 70 Finanzbericht 2025

→ Organisation und Selbstverwaltung

- 76 Die Selbstverwaltung
- 78 Die Vollversammlung
- 84 Anträge und Beschlüsse
- 92 Das AK Wien Büro
- 94 Die AK Wien wird klimafit

→ Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen

- 98 Übersicht
- 99 Wirtschaft
- 103 Soziales
- 106 Arbeitsrecht, Rechtsschutz
- 106 Bildung, Konsument:innen, Wien



**Für faire
Energiepreise.**

Arbeiterkammer
Gerechtigkeit muss sein.

Die AK Wien im Überblick

- 04 Die Aufgaben der AK
- 06 Die AK in Ihrer Nähe
- 08 Das hat die AK Wien 2025 erreicht
- 10 Ausgewählte Erfolge auf
Bundesebene 2025
- 12 Highlights 2025

Die Aufgaben der AK

Die Arbeiterkammer hat klare Zuständigkeitsbereiche

- Arbeitsrecht und Arbeitnehmer:innenschutz
- Arbeitsmarktpolitik
- Lehrlings- und Jugendschutz
- Sozialversicherungsfragen
- Sozialpolitik
- Steuerpolitik
- Konsument:innenschutz
- Insolvenzschutz
- Frauenpolitik
- Aus- und Weiterbildung
- Wirtschaftspolitik
- Klima- und Umweltschutz
- Kultur
- Grundlagenforschung

Die Arbeiterkammer hat klare gesetzliche Befugnisse

- Die Arbeiterkammer hat das Recht, Gesetzesentwürfe zu begutachten und vorzuschlagen
- Kontrolle der Schutzeinrichtungen für Arbeiter:innen
- Mitwirkung in zahlreichen Kommissionen und Beiräten (z.B. Lehrlinge, Arbeitsbedingungen, Wettbewerbs- /Arbeitsmarktpolitik, Konsument:innenschutz)
- Recht auf Begutachtung von Verordnungen
- Vorschläge für Laienrichter:innen bei den Arbeits- und Sozialgerichten
- Beisitzer:innen beim Kartellgericht

Die Arbeiterkammer hat einen klaren Serviceauftrag für ihre Mitglieder

- **Beratung** zu allen Themengebieten im Wirkungsbereich, speziell Arbeits- und Sozialrecht
- **Rechtsvertretung** vor dem Arbeits- und Sozialgericht (in Kooperation mit dem ÖGB)
- **Publikationen**, Broschüren, Studien, Ratgeber, Website und weitere **Informationsmaterialien**
- **Weiterbildung** und **Schulungen**
- **Vertretung** der Arbeitnehmer:innen **gegenüber Regierung, Unternehmen und deren Institutionen**
- **Vertretung** der Arbeitnehmer:innen **in der Öffentlichkeit**
- **Interessenvertretung** auf **europäischer Ebene**





Die Arbeiterkammer ist ihren Mitgliedern verpflichtet.

AK Mitglieder sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer:innen, auch freie Dienstnehmer:innen und Arbeitslose. Die Arbeiterkammer berät ihre Mitglieder in vielen Belangen. Außerdem vertritt die AK die Arbeitnehmer:innen gegenüber Politik, Unternehmen und deren Institutionen, redet bei der Gesetzgebung mit und leistet Grundlagenforschung.

DIE KAMMERN FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE UND DIE BUNDESKAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE SIND BERUFEN, DIE SOZIALEN, WIRTSCHAFTLICHEN, BERUFLICHEN UND KULTURELLEN INTERESSEN DER ARBEITNEHMER UND ARBEITNEHMERINNEN ZU VERTRETEN UND ZU FÖRDERN.

§ 1 ARBEITERKAMMERGESETZ

Die AK in Ihrer Nähe

Öffnungszeiten AK Wien Zentrale:

Mo–Fr: 08.00–16.00 Uhr

Öffnungszeiten Beratungszentren:

Mo–Do: 08.00–16.00 Uhr, Fr: 08.00–14.00 Uhr

1

ARBEITERKAMMER WIEN

Prinz-Eugen-Straße 20–22
1040 Wien

(01) 501 65-0

2

BERATUNGSZENTRUM FLORIDSORF

Pragerstraße 39
1210 Wien

(01) 501 65-16311

3

BERATUNGSZENTRUM OTTAKRING

Thaliastraße 125 A
Ecke Hettenkofergasse
1160 Wien

(01) 501 65-16205

4

BERATUNGSZENTRUM DONAUSTADT

Wagramer Straße 147,
Stiege 3, Top 1
1220 Wien

(01) 501 65-1341

5

BERATUNGSZENTRUM LIESING

Liesinger Platz 1
1230 Wien

(01) 501 65-16411

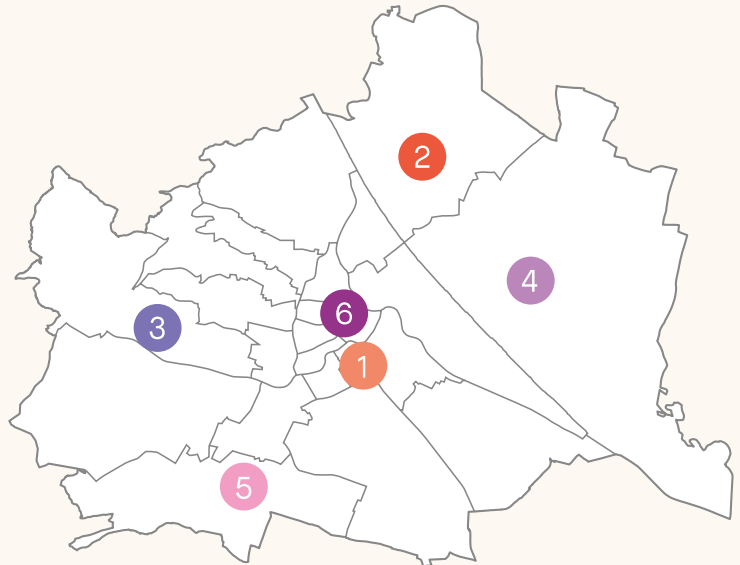
6

FAKTORY

Universitätsstraße 9
1010 Wien

(01) 501 65-1406

Beratung für berufstätige Studierende und Universitätsbeschäftigte





Silvia Hruška-Frank, Direktorin (links)
Renate Anderl, Präsidentin (rechts)

Zuversicht und Optimismus

948 Millionen Euro – so viel hat die Arbeiterkammer 2025 österreichweit für ihre Mitglieder erreicht. Mit über 2,3 Millionen Beratungen haben wir unseren Mitgliedern zu ihrem vorenthaltenen Geld, ihrem Recht und ihren Ansprüchen – sowohl gegenüber Unternehmen als auch Einrichtungen der Sozialversicherung – verholfen. Nach Jahren der Krisen ist es uns wichtig, stets einen konstruktiven Beitrag dazu zu leisten, dass die Menschen in unserem Land wieder Zuversicht und Optimismus für eine gute Zukunft verspüren. Dafür ist noch viel zu tun!

Sicherheit in unsicheren Zeiten

Die vergangenen Jahre waren für die Beschäftigten nicht einfach: Die lange Rezession hat ihre Spuren in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Auch die Teuerung setzte allen enorm zu. Fest steht: In der Vergangenheit wurde viel zu spät und oft falsch auf diese negativen Entwicklungen reagiert. Die großen Insolvenzen, über die in den Medien berichtet wurde, waren nur die negative Spitze des Eisbergs. Für tausende Beschäftigte bedeutete das sowohl berufliche als auch finanzielle

Ungewissheit – wir haben sie in dieser schwierigen Zeit begleitet und dafür gesorgt, dass ihre Ansprüche schnell geltend gemacht wurden und rasch Geld aus dem Insolvenzentgeltfonds überwiesen werden konnte.

Betriebe verstärkt kontrollieren

Die hohe Kollektivvertragsdichte und das gut entwickelte Arbeitsrecht in Österreich sorgen dafür, dass für alle Betriebe gleiche Regeln gelten. Der Großteil hält sich an die Rahmenbedingungen – es gibt aber Branchen, die

besonders negativ herausstechen, darunter die Baubranche, Leiharbeit und Reinigung. Hierauf haben wir besonderen Fokus gelegt. Eine wesentliche, aufdeckende Rolle hat dabei die AK Stabsstelle zur Betrugsbekämpfung gespielt.

Umbrüche meistern

Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft sind in ständigem Umbruch. Die Herausforderungen sind vielschichtig (Klimakrise, Digitalisierung, KI oder die instabile, unsichere Weltlage) und bereiten auch unseren Mitgliedern Sorge. Strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen verschiedener Gruppen – sei es gegenüber Frauen, Migrant:innen, Menschen mit Behinderung oder älteren Arbeitnehmer:innen – sind immer noch Realität, daher bleibt für die AK stets viel zu tun, einerseits in der Beratung und Rechtsvertretung, andererseits auch auf interessenpolitischer Ebene.

165,8 Mio.

Euro
hat die AK Wien für
ihre Mitglieder heraus-
geholt bzw. erreicht.

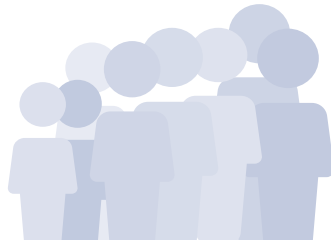
3,3 Mio.



Versand und Downloads von
Broschüren und Foldern

1.029.413

Mitgliedern steht
die AK Tag für Tag mit
Rat und Tat zur Seite.



299



**BEGUTACHTUNGEN VON
GESETZEN UND VERORD-
NUNGEN ERSTELLTEN
EXPERT:INNEN UND GREMIEN
DER AK WIEN.**

15.328

Mitglieder haben den **AK Bildungsgutschein**
eingelöst (inkl. Digi-Winner).

12.534

Verfahren wurden im Gesundheits-
beruferegister Wien durchgeführt.

481.088

**BERATUNGEN
LEISTETE DIE AK WIEN
IM JAHR 2025.**



5.655

Jugendliche nahmen an **249** Berufsorientierungs- und Bewerbungstrainings der AK Wien teil.



2 Mio.

Euro wurden durch die Einlösung der Bildungsgutscheine (inkl. Digi-Bonus) an AK Wien-Mitglieder ausbezahlt.

22.951

Interessierte nahmen an **1.015 Workshops und Planspielen** von „Arbeitswelt und Schule“ teil.

17.793



gerichtliche und außergerichtliche Vertretungen führte die AK Wien für ihre Mitglieder in den Bereichen Rechtsschutz, Arbeitsrecht, Sozialrecht, Insolvenzrecht und Konsument:innenschutz durch.

6.918

Arbeitnehmer:innen wurden von der AK Wien im Rahmen des Insolvenzrechtsschutzes unterstützt.

892

Stellungnahmen der AK Wien führten zu positiven Bescheiden für das erstmalige Ausbilden von Lehrlingen nach §3a Berufsausbildungsgesetz.

57,5 Mio.

Euro an Insolvenz-Entgelt wurden mit Unterstützung der AK an die betroffenen Arbeitnehmer:innen ausbezahlt.



713

Mitglieder wurden durch einen Vorschuss auf eingeklagte Entgelte aus dem **AK Garantiefonds** unterstützt.

1,3 Mio.

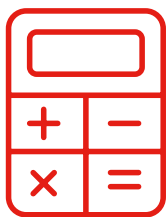
Euro an zu viel gezahlter Miete konnte durch den AK Altbau-Mietencheck in rund 200 Verfahren für die Mitglieder zurückgeholt werden.

948 Mio.

Euro hat die AK österreichweit für ihre Mitglieder herausgeholt bzw. erreicht.

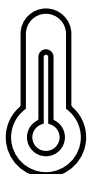
AK CHANCEN-INDEX

Die langjährige AK Forderung nach einer bedarfsorientierten Schulfinanzierung wurde von der Bundesregierung als „Chancenbonus“ beschlossen. Schulen mit größeren Herausforderungen erhalten nun mehr finanzielle Mittel.



34 Mio.

Besuche auf den AK Websites, davon 16,9 Mio. auf den Online-Rechnern



DIE NEUE HITZESCHUTZVERORDNUNG

wurde auf massives Drängen der AK erlassen und ist ein Meilenstein im Arbeitnehmer:innenschutz. Ab einer gefühlten Temperatur von **30 Grad Celsius** müssen künftig **Schutzmaßnahmen** ergriffen werden.

439,2 Mio.

EURO HAT DIE AK IN DEN BEREICHEN **ARBEITSRECHT UND INSOLVENZEN** FÜR DIE MITGLIEDER ERSTRITTEN.

INTEGRATIVE SPRACHFÖRDERMODELLE



Der Gesetzesentwurf zur Einführung **schulautonomer Umsetzungsmöglichkeiten von Deutschfördermaßnahmen** für außerordentliche Schüler:innen war ein politischer Erfolg der AK. Damit wurde eine Alternative zu den Deutschförderklassen geschaffen.

42,6 Mio.

Euro hat die AK im Bereich **Konsument:innenschutz** herausgeholt.

134 Mio.

Euro müssen vorwiegend ausländische Frachtunternehmen auf Drängen der AK über die Lkw-Maut mehr zahlen und tragen so zur Budgetkonsolidierung und nachhaltiger Mobilität bei.



347 Mio.

Euro hat die AK im Bereich
Sozialrecht herausgeholt.

10,6 Mio.

Euro wurden an AK Mitglieder
österreichweit an **Bildungs-
förderungen** ausbezahlt.

ÖSTERREICH-AUFSCHLAG

Auf Intervention der AK wurde im
Arbeitsprogramm der EU-Kom-
mission verankert, EU-weite
Preisunterschiede
im Supermarkt zu
untersuchen und
Gegenmaßnahmen
auszuarbeiten.



108,1 Mio.

Euro haben die
AK Mitglieder im
Bereich **Steuerrecht**
zurückbekommen.

FEIERTAGSARBEITS- ENTGELT

Die AK erreichte eine eindeu-
tige gesetzliche Regelung zur
steuerlichen Begünstigung
des Feiertagsarbeitsentgelts
ab 2026.



LEISTBARE STROMPREISE

Die AK hat sich erfolgreich dafür
eingesetzt, dass Energieunter-
nehmen ab 2026 einer gemein-
wirtschaftlichen Verpflichtung
unterliegen, leistbaren Strom
anzubieten.

MODERNISIERUNG DER LEHRBERUFE

Die AK hat sich erfolgreich in die Modernisierung
der Lehrberufe Gleisbautechnik, Labortechnik,
Maler- und Beschichtungstechnik, Medienfach-
kraft, Elektrotechnik, Mechatronik sowie Glas-
und Verfahrenstechnik eingebracht.

SCHMUTZZULAGEN

Damit Arbeitnehmer:innen
nicht nachträglich belastet
werden, geben nun
Schätzwerte in den Lohn-
steuerrichtlinien mehr
Rechtssicherheit.

1,7 Mio.

Aufrufe erreichten die AK Erklärvideos rund um
Arbeitsrecht und Steuerausgleich auf Youtube.

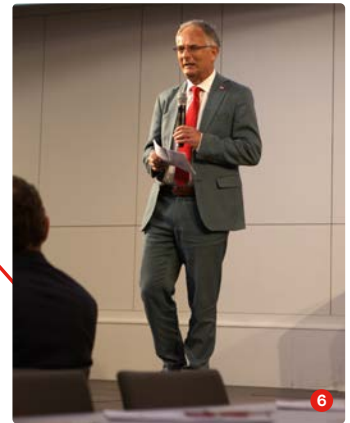
Sozialtarif von 6 Cent!

DIE AK HAT SICH ERFOLGREICH
DAFÜR EINGESETZT, DASS EIN-
KOMMENSCHWACHE HAUS-
HALTE AB APRIL 2026 EINEN
VERGÜNSTIGTEN STROMTARIF
ERHALTEN.

Highlights 2025



2025



→ Jänner bis Dezember

Zehn „AK Steuerrecht Kompakt“-Webinare.

→ Jänner bis Dezember

Vier AK Klimadialoge zur sozial gerechten Energiezukunft.

→ 21. bis 25. Jänner ¹

YOCA (Youth Campus): Ausstellung zum Architekturwettbewerb.

→ 29. Jänner

Pressegespräch von AK und ÖGB: „Das bringt eine Bankenabgabe.“

→ Februar bis Juni

„Reden über Demokratie“: Gesprächsreihe in der FAKTory.

→ 18. Februar ²

Präsentation der AK Leistungsbilanz 2024.

→ 27. Februar

Präsentation des Gleichstellungsindex von AK und Städtebund.

→ 31. März

Pressekonferenz zum Thema „Überstunden: Stopp dem Lohnraub!“

→ 24. April

Pressegespräch „Game Over für Lärm-spielzeug, Plastik & Co“.

→ 6. Mai ³

AK Stadttagung „Wohnungsmärkte in Europa unter Druck“.

→ 8. bis 17. Mai

Tech und Design Sprints. Innovationsveranstaltungen für die Arbeitswelt.

→ 4. Juni ⁴

Wiener Stadtgespräch mit Julia Friedrichs über „Crazy Rich“.

→ 10. Juni

Podiumsdiskussion zur Energie-wende: „Und sie bewegt sich doch“.

→ 10. bis 11. Juni

Zweite Akademie für sozialen und ökologischen Umbau in Linz.





- **August bis September 2025** ⁵
Summer in the City: Kostenlose AK Veranstaltungsreihe in Wien.
- **24. September**
Pressekonferenz „AK: Mit Detektivarbeit gegen Sozialbetrug“.
- **25. September**
Festakt - 10 Jahre Netzwerk „Konsum Neu Denken“.
- **29. September**
Eröffnung der AK Dauerausstellung „Schaltstelle des Terrors“.
- **2. bis 3. Oktober**
Internationale Jungökonom:innenkonferenz YEC.
- **10. bis 12. Oktober**
Präsentation des AK Videospiele „One Up Island“ auf der Game City.
- **20. und 21. Oktober**
AK Wien Infoabende „Rund um die Pension“
- **23. Oktober**
Präsentation „AK Wohlstandsbericht 2025: Die Lage spitzt sich zu“.
- **3. November**
AK Studienpräsentation „Frauen und der Weg in die Pension“.
- **11. November**
AK Studienpräsentation „Lohnbetrug wurde zum Kavaliersdelikt“.
- **12. bis 15. November**
5.640 Besucher:innen bei der L14 Bildungs- und Berufsinformesse.
- **18. November** ⁶
Festveranstaltung „50 Jahre Wirtschaft und Gesellschaft“.
- **19. November**
Wiener Stadtgespräch mit Kathy Leichter.
- **20. November**
Gekommen, um zu bleiben! 100 Jahre Frauen- und Gleichstellungspolitik in der AK.
- **26. November**
Pressegespräch „Drohende Fachkräftelücke“.
- **2. Dezember**
Veranstaltung „Wie weiter mit Konjunktur, Industrie und Budget?“
- **15. Dezember**
Diskussion „Zug um Zug - so wird Österreich zur Bahnfabrik Europas!“
- **18. Dezember**
Pressegespräch „Wenn Herkunft wichtiger ist als Qualifikation!“



**Für einen fairen Start
ins Arbeitsleben.**

Arbeiterkammer

Gerechtigkeit muss sein.

Schwerpunkte 2025

- 16 Ökonomische Herausforderungen
- 18 Inflation und Inflationsbekämpfung
- 20 Industriepolitik
- 22 Fachkräftebedarf
- 24 Sozialpolitik
- 26 Gesundheitsberufe und Pflege
- 28 Gesundheits- und Pensionspolitik
- 30 Bildungspolitik
- 32 100 Jahre Gleichstellungspolitik
- 34 Arbeitsmarkt Wien
- 36 Stadt Wien und Wohnen
- 38 Europapolitik

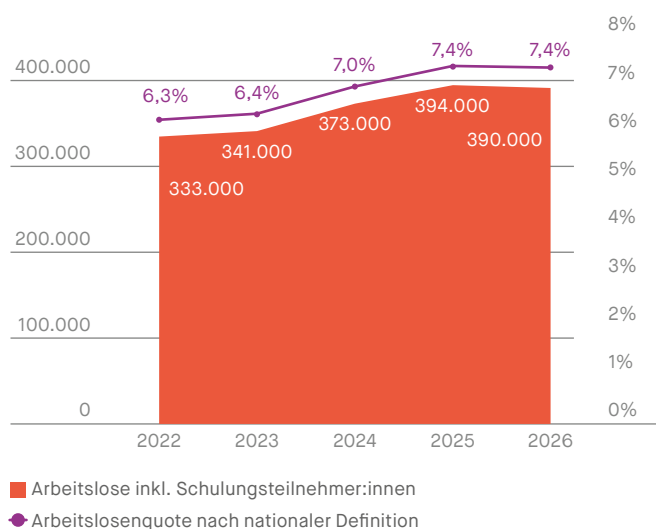
Wirtschaftspolitik in wirtschaftlich unsicheren Zeiten

Österreich hat 2025 den längsten Wirtschaftsabschwung der Nachkriegsgeschichte überwunden. Auch wenn es erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung gab, blieben die Herausforderungen durch steigende Arbeitslosigkeit, die hohe Teuerung sowie das Budgetdefizit sehr groß. Zusätzlich belasteten globale Unsicherheiten durch Handelskonflikte, Kriege, Strukturwandel und Klimakrise die Konjunktur schwer. In diesen schwierigen Zeiten fordert die AK eine stabilisierende Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Beschäftigung, Produktivität, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Wohlstand nach der Krise steigern

Die Wirtschaftspolitik stand 2025 im Zeichen der Schadensbegrenzung. Die neue Regierung war vor allem damit beschäftigt, das Budget zu sanieren und die Rezession zu stoppen. Jetzt muss der Fokus auf den Anstieg des Wohlstands gerichtet werden, vor allem dort, wo die gesellschaftlichen Herausforderungen groß sind. Es braucht Investitionen in Pflege, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz sowie in Zukunftstechnologien. Damit wird nicht nur kurzfristig die Konjunktur belebt, sondern nachhaltiger Wohlstand für zukünftige Generationen geschaffen.

STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT SEIT 2022



Quelle: WIFO-Konjunkturprognose vom 10.4.2026

← Die Anzahl der Arbeitslosen inklusive Teilnehmer:innen von Schulungen stieg seit dem Jahr 2022 kontinuierlich und erreichte im Jahresdurchschnitt 2025 insgesamt 394.000 Personen. Auch 2026 ist keine spürbare Entspannung am Arbeitsmarkt zu erwarten.

Beschäftigte durch Qualifizierung stärken

Die Wirtschaftsflaute hat den Arbeitsmarkt stark getroffen, die Arbeitslosigkeit stieg 2025 das vierte Jahr in Folge. Die AK fordert eine aktive, gut finanzierte Arbeitsmarktpolitik sowie das Recht auf Qualifizierung, um die Beschäftigten im Strukturwandel zu stärken und arbeitslose Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Auch öffentliche Beschäftigungsprogramme können den Wiedereinstieg erleichtern. Menschen in prekären Jobs oder Teilzeitbeschäftigte mit Wunsch nach Vollzeit müssen bei ihrer Arbeitssuche unterstützt werden.

Industriestrategie konsequent umsetzen

Die AK hat ihre Forderungen für eine Industriestrategie der Regierung eingebracht. Diese muss – unter Einbeziehung von Stakeholdern und Wissenschaft – konsequent umgesetzt werden, damit die Industrie mit ihren Beschäftigten auf die Erfolgsspur gebracht wird. Nicht Druck auf Löhne, Arbeits- oder Produktionsstandards, sondern die Stärkung von Innovation, Qualifizierung und Produktivität führen zum Ziel. Der Fokus auf Zukunftstechnologien und hochwertige Infrastruktur ist zentral für die Sicherung des Industriestandorts.

Konsequenter Klimaschutz stärkt die Wirtschaft

Die Klimakrise verursacht jährlich volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Die Arbeiterkammer fordert einen konsequenten ökologischen Umbau der Wirtschaft mit sozialer Abfederung und Planungssicherheit statt eines politischen „Zick-Zack-Kurses“. Jeder Euro, der in den ökologischen Umbau investiert wird, spart künftige Schäden und stärkt gleichzeitig die Wirtschaft. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen das Leben der Menschen nicht noch zusätzlich verteuern, sondern dass ein Umstieg auf klimafreundliche Alternativen ermöglicht wird.

Finanzierung sozial gerecht gestalten

Die dringend nötigen Maßnahmen für den Ausbau eines sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Sozialstaats erfordern eine solide Finanzierung. Die Lasten der Budgetsanierung und der Finanzbedarf für den Sozialstaat der Zukunft müssen ausgewogen verteilt werden. Dazu braucht es einen fairen Beitrag der Vermögenden und der großen Konzerne, den die AK vehement fordert. Dazu zählen die Erhöhung vermögensbezogener Steuern, etwa auf große Erbschaften, die Abschöpfung von Übergewinnen und eine effektive Bekämpfung des Steuerbetrugs.

Das fordert die AK

- **Industriestrategie mit Fokus auf Beschäftigte**
Die Industriestrategie soll den Wirtschaftsstandort Österreich stärken. Bei der Umsetzung der Strategie müssen aber die Interessen der Beschäftigten gewahrt bleiben, etwa durch das Recht auf Mitbestimmung, Qualifizierung und Weiterbildung.
- **Beitrag der Reichsten zur Finanzierung des Sozialstaates**
Die Budgetsanierung darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und Menschen mit niedrigem Einkommen erfolgen. Die AK fordert einen fairen Steuerbeitrag der Reichsten und der großen Konzerne für eine ausgewogene Finanzierung öffentlicher Leistungen.
- **Ökologischen Umbau sozial gestalten**
Die Klimakrise verursacht volkswirtschaftliche Schäden, der ökologische Umbau schafft Wohlstand und Beschäftigung. Die Kosten auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft müssen aber gerecht verteilt sein, und es braucht praxistaugliche ökologische Alternativen für alle Menschen – vom Öffi-Angebot bis zum Heizungstausch.

”

Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber mit den richtigen Maßnahmen ist eine zukunftsweisende und gerechte Arbeitsmarktpolitik möglich.

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

“

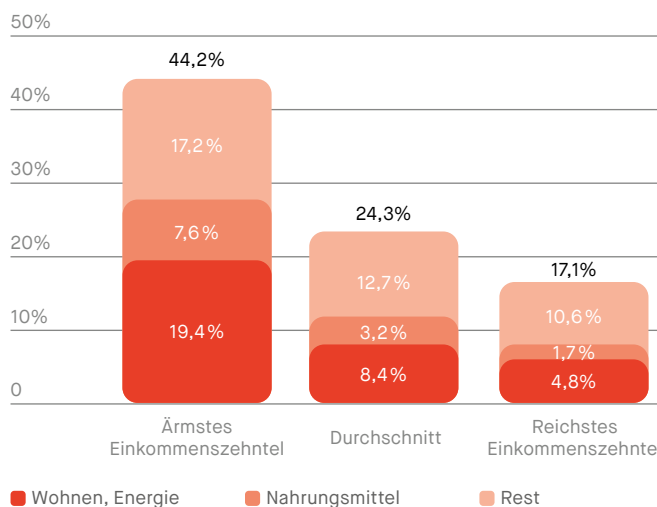
Inflation und Inflationsbekämpfung

Die hohe Inflation der vergangenen Jahre war für viele Haushalte eine große Herausforderung. Die größten Preisanstiege gab es vor allem bei den Grundbedürfnissen wie Miete, Energie und Lebensmitteln. Insbesondere einkommensärmere Haushalte sind stark von diesen Preissteigerungen betroffen. Sie können nicht auf Ersparnis zurückgreifen, um diese Mehrausgaben zu decken. Die AK hat viele Forderungen zur Inflationsbekämpfung ausgearbeitet, einige wurden von der Bundesregierung berücksichtigt. Die AK fordert aber weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Lebenshaltungskosten.

Inflation trifft ärmere Haushalte stärker

Die Folgen der Inflation treffen die Haushalte sehr unterschiedlich. Haushalte mit höherem Einkommen haben eher die Möglichkeit, auf Ersparnisse zurückzugreifen, möchten sie trotz gestiegener Preise ihren gewohnten Konsum aufrecht erhalten. Haushalte mit geringem Einkommen haben meist keine Möglichkeit zum Sparen. Ihnen bleibt nur der Konsumverzicht als Ausgleich für höhere Preise. Sie geben im Vergleich zum Einkommen auch deutlich mehr für Wohnen, Energie und Lebensmittel aus. Gerade diese Bereiche sind aber in den vergangenen Jahren stärker angestiegen als die allgemeine Teuerung.

INFLATION TRIFFT ÄRMERE HAUSHALTE STÄRKER



Quelle: Statistik Austria: Konsumerhebung 2019/20, Verbraucherpreisindex, AK Berechnungen

←

Ein Haushalt im ärmsten Einkommenszehntel musste im Dezember 2025 im Vergleich zu Dezember 2020 insgesamt 44,2 Prozent mehr von seinem damaligen Einkommen ausgeben. Das reichste Zehntel nur 17,1 Prozent. Preisanstiege bei Nahrungsmitteln, Wohnen und Energie machen den größten Anteil beim ärmsten Einkommenszehntel aus.

Auslaufen der Strompreisbremse

Die Strompreise wirkten im Jahr 2025 als wesentlicher Preistreiber, da mehrere Entlastungsmaßnahmen ausgelaufen sind und gleichzeitig neue Kostenbelastungen (höhere Netzentgelte) wirksam wurden. Mit dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) wurden von der Bundesregierung einige Forderungen der AK umgesetzt: Energieunternehmen wurden dazu verpflichtet, leistbare Preise für Haushalte und Unternehmen anzubieten. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen gibt es nun österreichweit einen speziellen vergünstigten Stromtarif und die Netzentgelte wurden für die kommenden Jahre gedämpft.

Lebensmittelpreise stiegen stärker

Seit 2022 stiegen die Lebensmittelpreise fast durchgängig stärker als die allgemeine Inflation. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen vom geringen Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel bis hin zu Missernten als Folge des Klimawandels. Laut AK Preismonitor liegt das Preisniveau von Markenlebensmitteln in Österreich mehr als ein Viertel über jenem in Deutschland. Dieser „Österreich-Aufschlag“ entsteht durch territoriale Lieferbeschränkungen: Markenkonzerne verlangen von kleineren Ländern höhere Preise für idente Produkte. Die AK fordert ein EU-weites Verbot solcher Preisunterschiede.

Private Mieten haben überproportionale Preisdynamik

Die Neuvertragsmieten im privaten Segment sind bereits seit der Finanzkrise im Jahr 2008 überproportional gestiegen. Diese ohnehin hohen Mieten sind in den Jahren 2022 und 2023 noch einmal stark angestiegen, weil die Mietzinse bei aufrechten Verträgen üblicherweise an die Entwicklung der allgemeinen Inflation gebunden sind. Schließlich kommt es auch bei der Verlängerung von befristeten Mietverträgen regelmäßig zu weiteren Mietzinserhöhungen. Die AK fordert ein gerechtes und transparentes Mietrecht mit Mietobergrenzen im privaten Bereich.

”

In Österreich sind in der Vergangenheit die Preise in vielen Bereichen stetig nach oben geklettert, vor allem bei Lebensmitteln und Mieten. Die aktuelle Bundesregierung hat nun die Chance, es richtig zu machen und die Inflation wirksam zu bekämpfen.

AK PRÄSIDENTIN
RENATE ANDERL

“

Das fordert die AK

- Wärme-Gesetz für Transparenz, faire Preisgestaltung und mehr Konsument:innenrechte.
- Entlastung von Verbraucher:innen bei Strom- und Gasnetzentgelten.
- Verbraucher:innen müssen von günstigem erneuerbarem Strom profitieren, indem Stromlieferanten ihre gesetzliche Pflicht für leistbare Preise wahrnehmen.
- Abschaffung von Befristungen: Große Gesellschaften dürfen nicht befristet vermieten. Für Privatpersonen sollte das ab der zweiten vermieteten Wohnung gelten.
- Modernes Mietrecht: Ein gerechtes und transparentes Mietrecht mit Mietobergrenzen im privaten Bereich.
- Stopp dem Mietwucher: Vermieter:innen müssen Mietzinsüberschreitungen in doppelter Höhe zurückzahlen.
- Österreich-Aufschlag im Supermarkt abschaffen: Auf EU-Ebene sollen Gesetze erlassen werden, die Preisaufschläge für idente Produkte verhindern.
- Kontrolle durch die Wettbewerbsbehörde: Steuersenkungen müssen an die Konsument:innen weitergegeben werden.
- Preisgesetz reformieren: Preissteigerungen frühzeitig prüfen. Unternehmen müssen nachweisen, dass ihre Preise gerechtfertigt sind.

Strategische Industriepolitik für Wohlstand und Beschäftigung vorantreiben

Die politische und wirtschaftliche Bedeutung einer strategischen Industriepolitik ist immens. Geopolitische Verwerfungen und Zollkonflikte, der Machtmissbrauch durch Big-Tech-Riesen sowie die Folgen des Klimawandels führen zu Verunsicherung und neuen Risiken. Damit verändern sich auch grundlegend die Wirtschaftsstrukturen. Diesen Umbrüchen muss strategisch begegnet werden, wobei gesellschaftliche Ziele ins Zentrum der politischen Anstrengungen gestellt werden müssen.

Die Transformation der Industrie unterstützen

Die Industriepolitik steht vor schwierigen Aufgaben, denn sie muss drei Ziele gleichzeitig erfüllen: in Zukunftsmärkte und -technologien investieren, Basisindustrien fit für die Zukunft machen und Branchen im Wandel unterstützen. Neue Technologiebereiche wie KI, Quanten oder grüne Mobilität schaffen Wachstumschancen, während Basisindustrien wie Stahl, Chemie oder Energienetze das Rückgrat der Wirtschaft bilden. Gleichzeitig müssen bestehende Branchen beim Übergang auf neue Geschäftsfelder und Technologien unterstützt werden.

Die Österreichische Industriestrategie 2035

Viele Jahre hatte Österreich keine Industriestrategie. Die Folge war, dass weder Industrie noch Beschäftigte Orientierung hatten. Jahrelang machte sich die Arbeiterkammer deshalb für dieses Anliegen stark. Bei der Entwicklung der österreichischen Industriestrategie 2035 brachte sie sich vor allem im Sinne der Arbeitnehmer:innen ein. Im Zentrum stehen dabei Investitionen in die Fachkräfte von heute und morgen, zielgerichtete Förderungen sowie die Verankerung einer Steuerung und Kontrolle, damit die Industriestrategie kein Papiertiger bleibt.

Chinas Wettlauf um die Technologien von morgen

Die industriepolitischen Strategien Chinas verändern das globale Machtgefüge. Unsere Studien und Auswertungen zeigen, wie Forschung, Industrie und Politik in China systematisch vernetzt werden, um Technologietransfer und Marktdurchdringung zu beschleunigen. Für Europa heißt das, technologiepolitische Prioritäten stärker zu bündeln und Zukunftstechnologien systematisch mit der Transformation von Basisindustrien wie Energie, Stahl, Chemie, Papier oder Bau zu verknüpfen, um die Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa nachhaltig zu sichern.

Europäische Industriepolitik und internationale Kooperation

Österreich als Teil der EU sollte die Chancen des Binnenmarkts auch im industriellen Strukturwandel nutzen. Mit international hochkarätigen Expert:innen hat sich die Arbeiterkammer in Veranstaltungen, Workshops und Publikationen mit der Frage beschäftigt, was es für eine strategische europäische Industriepolitik braucht und wie Österreich sich dafür einsetzen und davon profitieren kann. Dazu erschien im Herbst ein Sammelband mit einem Vorwort der Wirtschaftsforscherin Mariana Mazzucato und Beiträgen weiterer Expert:innen wie Rainer Kattel, Werner Raza oder Wolfgang Polt.

Strategisch öffentliche Beschaffung nutzen

Öffentliche Beschaffung ist mehr als eine Routineaufgabe. Sie ist ein wichtiges Instrument, mit dem der Staat Nachfrage für grüne, digitale und gesellschaftlich relevante Produkte und Dienstleistungen schafft. Durch eine strategische Vergabepolitik, soziale und ökologische Konditionalitäten oder „Made in Europe“ kann Österreich mit seinen rund 70 Mrd. Euro Beschaffungsvolumen sowohl Innovation, Beschäftigung als auch Wertschöpfung gezielt stärken. Wir setzen uns daher für eine Beschaffungsstrategie und neue Qualitätskriterien in der Vergabe ein.

”

Der Wandel muss aktiv gestaltet werden, statt erst dann zu reagieren, wenn der Druck – etwa durch Krisen – von außen kommt.

TOBIAS SCHWEITZER,
BEREICHSLIMITER
WIRTSCHAFT DER AK

“



↑

Handlungsebenen einer aktiven und vorausschauenden Industriepolitik (KI generiert).

Das fordert die AK

- **Innovationskraft durch Menschen**
Um die Innovationskraft zu stärken, braucht es gezielte Investitionen in Aus- und Weiterbildung und die Kompetenzen und Fähigkeiten der Beschäftigten. Wir fordern die rasche Umsetzung der angekündigten Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte.
- **Energiepreise runter**
Hohe Energiepreise belasten Wirtschaft und Gesellschaft. Es braucht strukturelle Lösungen. Wir fordern den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien, Netze und Speicher und eine faire Verteilung der Netzkosten auf alle Akteur:innen.
- **Zielgerichtete Forschung und Entwicklung**
Österreich ist stark in der Forschung. Um zu den „Innovation Leaders“ aufzuschließen, fordert die AK einen Fokus auf gesellschaftliche Missionen im F&E-System und auf Schlüsseltechnologien.
- **Öffentliche Beschaffung strategisch nutzen**
Eine strategische öffentliche Beschaffung hilft, Nachfrage und Leitmärkte zu schaffen. Wir fordern eine nationale Beschaffungsstrategie und die Anwendung nicht-preislicher, sozialer und ökologischer Kriterien in der Vergabe.

Fachkräfte zentral für Standort und Gesellschaft

Bis 2029 werden allein aus dem mittleren Qualifikationssegment 51.000 Fachkräfte in Österreich fehlen. Der rasche Wandel in der Arbeitswelt steigert zudem die Nachfrage nach Personal mit zeitgemäßen Qualifikationen. Die Qualität von Standort und Leben in Österreich hängt daher entscheidend davon ab, wie rasch die richtigen Weichen für Aus- und Weiterbildung sowie die Rekrutierung von Fachkräften gestellt werden – und zwar gerecht verteilt über alle Bevölkerungsgruppen. Die AK Wien hat 2025 durch Studien und Veranstaltungen intensiv am Thema gearbeitet und Vorschläge für eine Fachkräftestrategie vorgestellt.

Nicht-Handeln kostet Wohlstand

Das WIFO hat für die AK Wien berechnet: Nichtstun führt zu einer Lücke von 51.000 Facharbeitskräften und verringert das BIP mittelfristig um 0,5 Prozent. Die Aufrechterhaltung kritischer Infrastruktur wie z.B. Gesundheit und Energie wäre gefährdet, Arbeitsverdichtung, Überlastung und Mehrarbeit wären die Folge. Würden 40.000 gering Qualifizierte zu einem Lehrabschluss weiterqualifiziert, läge das BIP 2029 um 0,1 Prozent höher und die Fachkräftelücke wäre weitgehend geschlossen. Die Studie wurde gemeinsam mit den AK Forderungen zur Qualifizierungsoffensive präsentiert.

Frauen sind Fachkräfte – ungenutzte Potenziale heben!

Um die Beschäftigung zu erhöhen und langfristig zu halten, ist ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot entscheidend. Dies kann durch die Hebung des Frauenanteils erreicht werden. Frauen arbeiten häufiger im Niedriglohnsektor und öfter in Teilzeit. Das Problem ist die ungleiche Verteilung unbezahlter Care-Arbeit. Der Fachkräftemangel zeigt sich nicht nur in frauendominierten Bereichen wie Pflege, Erziehung oder Betreuung, sondern auch in männerdominierten Berufen. Das Whitepaper „Frauen sind Fachkräfte“ der AK betont: Eine Fachkräftestrategie muss Frauen gezielt miteinbeziehen.

Wie kommen wir zu den gewünschten Fachkräften?

In einem Veranstaltungszyklus zeigte die AK Wien erfolgreiche Maßnahmen zur Gewinnung von Facharbeitskräften: Anfang Juni ging es um die Fachkräfteinitiative mit Themen wie der Modernisierung der Lehrabschlussprüfung und Reformvorschlägen zu AMS-Qualifizierungen. Am 25. Juni 2025 wurde thematisiert, wie Betriebe zum guten Altern in der Arbeitswelt beitragen können – etwa durch sichere Arbeitsbedingungen und den „Later Life Workplace Index“. Im Juli wurde analysiert, wie Frauen aus der „Stillen Reserve“ für die Fachkräftelücke gewonnen werden können und welche Potenziale bestehen.

Warum wir eine Fachkräftestrategie brauchen

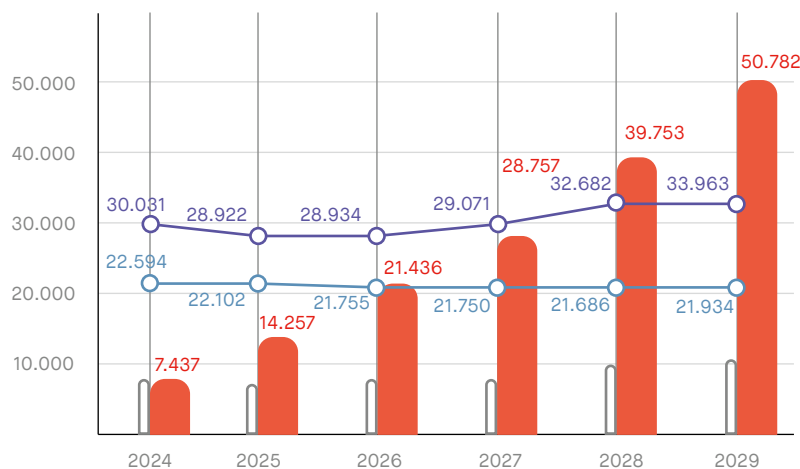
Ausreichend Fachkräfte zu halten, zu qualifizieren und zu holen ist eine komplexe Herausforderung. Das kann gelingen, wenn viele Teilbereiche aufeinander abgestimmt zusammenwirken. Das „4+1“-Modell des Aufbrechens:

- 1 Bewährte Fachkräfte so lange wie möglich gesund in der Arbeitswelt halten.
- 2 Das Heben der „Stillen Reserve“ von Frauen oder Migrant:innen fördert neue Talente und entlastet den Sozialstaat.

- 3 Sich rasch verändernde Qualifikationen werden an alle zu Qualifizierenden vermittelt.
- 4 Zuwanderung erfordert die Entwicklung der Gesellschaft zu einem Miteinander und zur Überwindung gegenseitiger Vorurteile.
- +1 Das Aufbrechen der Rollenbilder ermöglicht eine Durchmischung in der Arbeitswelt und eröffnet Frauen und Männern mehr und bessere Beschäftigungschancen.

DIE KUMULIERTE FACHKRÄFTELÜCKE WIRD VON JAHR ZU JAHR GRÖßER

- Pensionen mit Lehrabschluss
- Nachrückende mit Lehrabschluss
- Kumulierte Lücke von Fachkräften
- Fachkräftelücke im jeweiligen Jahr



Quelle: WIFO (2025), Auswirkungen des (Nicht-)Handelns: Mögliche Kosten des altersbedingten Abgangs von Fachkräften, eigene Darstellung.

Das fordert die AK

- **Altersgerechte Arbeitswelt**
 - Altersgerechte Arbeitsbedingungen als Schlüssel zum Erhalt der Fachkräfte.
 - Altersgerechte Aus- und Weiterbildung und Arbeitsbedingungen.
 - Sensibilisierungsoffensive, um negative Zuschreibungen aufzulösen.
 - Bekämpfung von Altersdiskriminierung.
 - Investition in Gesundheitsvorsorge.
 - Generationenübergreifender Wissens- und Erfahrungstransfer auf betrieblicher Ebene.
- **Qualifizierungsoffensive**
 - Eine Qualifizierungsoffensive vorrangig im Bereich mittlerer Qualifikationen.
 - Gleichrangigkeit von Qualifizierung und Vermittlung im AMS.
 - Steigerung der Qualität der Ausbildung von Lehrer:innen.
 - Leichtere Anerkennung bestehender Kompetenzen und Qualifikationen.
 - Aus- und Weiterbildungsfonds für Betriebe.
- **Stille Reserve**
 - Heben der „Stillen Reserve“ am Arbeitsmarkt.
 - Ausbau der Betreuung für Kinder und Pflegebedürftige.
- **Willkommen heißen**
 - Arbeitskräfte aus dem Ausland „willkommen heißen“.
 - Zeitnahe Anerkennung und Nostrifikation mitgebrachter Qualifikationen.
 - Mitbestimmung ausbauen.
 - Modell für arbeitnehmer:innenorientierte Arbeitskräftemigration und gute Integration.

Mehr Mitsprache und Entlastung

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist besorgniserregend, die Teuerung bleibt weiter ein zentrales Problem und macht das Leben immer schwieriger finanzierbar. Das ist keine leichte Zeit für die arbeitenden Menschen in Österreich. Der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten ist enorm gestiegen, die Digitalisierung sorgt für neue Herausforderungen und die Folgen der Klimakrise werden für die Beschäftigten immer stärker spürbar. Doch die Arbeiterkammer hat gute Antworten auf die drängenden Fragen.

Mehr Rechte für Arbeitnehmer:innen

Die AK fordert stärkere Rechte für Arbeitnehmer:innen, um den sozialen Schutz zu gewährleisten und die Arbeitswelt an moderne Bedingungen anzupassen. 2025 konnte die AK an vielen Verbesserungen für die Beschäftigten mitwirken. Für Arbeit im Freien gibt es nun Regelungen für den Hitzeschutz. Freie Dienstnehmer:innen können in Kollektivverträge aufgenommen werden, und die Kündigungsfristen wurden neu geregelt. Für Tourismus-Beschäftigte wurde ein Sozialfonds ausverhandelt.

Existenzsicherung für alle

Mit der Kindergrundsicherung wurde ein konkretes Modell vorgelegt, damit alle Kinder gute Chancen im Leben bekommen. Bei den Pensionen ermöglicht die Teilpension einen flexibleren Pensionsantritt. Aber die Kürzungen im Zuge der Budgetkonsolidierung in Bund und Land werden gerade im Sozialbereich spürbar. Die Arbeiterkammer machte konkrete Vorschläge, wie Einsparungen sozial verträglich gestaltet werden können und setzt sich dafür ein, dass vulnerable Menschen, insbesondere jene mit Behinderung, weiterhin gut unterstützt werden.

Digitalisierung und ökologischer Umbau

Digitalisierung und KI stellen die Arbeitswelt vor neue Herausforderungen. Die AK setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmer:innen die Chancen nutzen können und vor Gefahren geschützt werden. Die EU-Plattformarbeit-Richtlinie muss so umgesetzt werden, dass algorithmisch gesteuerte Arbeitnehmer:innen zu ihren Rechten kommen. Beim sozial-ökologischen Umbau begleiten wir Betriebe, um gute Wege für die Beschäftigten zu finden – und zeigen auf, dass ökologische Investitionen kostengünstiger sind als Nichtstun.

Lohn- und Sozialbetrug bekämpfen

Dem Staat entgehen jedes Jahr hohe Summen durch Lohn- und Sozialbetrug. Dieses Geld fehlt besonders in Zeiten der Budgetkonsolidierung. Allein durch unbezahlte Überstunden klafft jährlich ein Loch von 1,2 Mrd. Euro in der Staatskasse. Die AK thematisierte das öffentlich und zeigte auf, dass die Strafen für Lohndumping jegliche abschreckende Wirkung verloren haben. Die Ergebnisse wurden auch in die Regierungsverhandlungen eingebracht. Zudem steht die AK in laufendem Austausch mit der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA).

Großer Wunsch, kürzer zu arbeiten

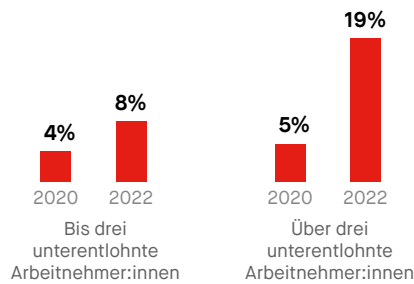
In der Wirtschaftskrise forderten Arbeitgeber:innen längere Arbeitszeiten und diskreditierten Teilzeitbeschäftigte als Minderleister:innen. Dabei zeigen aktuelle Erhebungen der AK: Der Arbeitsdruck ist jetzt schon enorm. Vollzeitbeschäftigte wünschen sich dringend Entlastung und teilzeitbeschäftigte Frauen arbeiten viele Stunden unbezahlt. Die Arbeiterkammer fordert daher schon länger eine neue, gesunde Regelung für Vollzeitbeschäftigung – für gerechtere Arbeitsverteilung und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

- Frauen
- Männer

Quelle: AK Wien
n = 3.261
November 2025

LOHNDUMPING

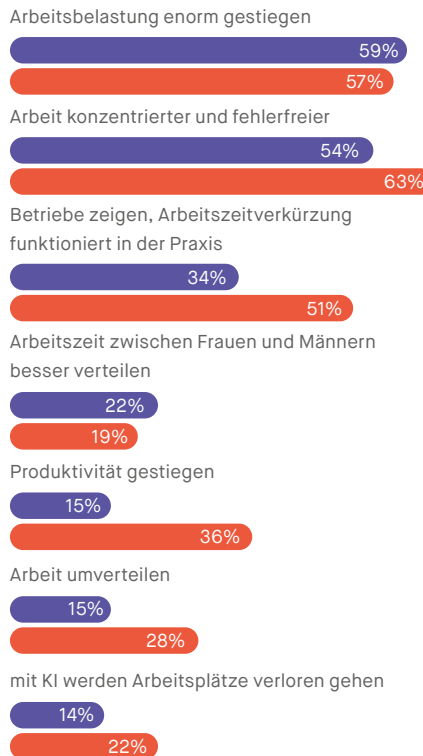
Anteil an Fällen, wo die Strafe geringer war als nicht gezahlte Löhne



Quelle: L&R Sozialforschung (2024), Vergleichende Analyse von Unterentlohnung und Strafausmaß bei Bestrafungen wegen Unterentlohnung gemäß § 29 LSD-BG

ARBEITSZEIT

Kürzere Arbeitszeiten, weil ...



Das fordert die AK

- Eine neue, gesunde Vollzeit, die der modernen Arbeitswelt entspricht.
- Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte bei Digitalisierung und dem sozial-ökologischen Umbau.
- Sanktionen für Arbeitgeber:innen, die Betriebsratswahlen zu behindern versuchen.
- Nachhaltige Finanzierung des Sozialstaates statt Kürzung der Sozialstaatsbeiträge („Lohnnebenkosten“).
- Ein klimafittes Arbeitsrecht auch für Extremwetter.
- Kindergrundsicherung umsetzen und eine neu gestaltete Sozialhilfe.
- Hände weg von den Pensionen: Das öffentliche Pensionssystem ist nachhaltig sicher, Verschlechterungen wie die Anhebung des Regelpensionsalters sind unnötig und unsozial.
- Maßnahmen gegen „Wander-Geschäftsführer“, die ein dubioses Firmenkonstrukt nach dem anderen betreiben.
- Wirksame Sanktionen bei arbeitsrechtlichen Verstößen sowie bei Lohn- und Sozialdumping: Wiedereinführung des Kumulationsprinzips und mehr Personal für Kontrollbehörden.
- Beschränkung von Subunternehmerketten und Haftung des/der Erstauftraggeber:in.

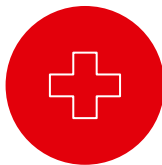
Handeln in herausfordernden Zeiten

Nahezu täglich berichten Medien über knappe Budgets und Sparzwang. Schnell entsteht der Eindruck, dass kaum Spielraum für Verbesserungen besteht. Die Arbeiterkammer zeigt jedoch: Es gibt Handlungsmöglichkeiten, die auch mit begrenzten Mitteln umsetzbar sind. Neuerungen im Berufsrecht oder eine bessere Verzahnung von Langzeitpflege und Gesundheitswesen verursachen geringe Kosten und machen die Versorgung zukunftsfähig und gerechter – auch wirtschaftlich. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Berufsverbänden drängt die AK auf rasche Umsetzung.



Das Gesundheitsberuferegister braucht Reformen

2025 verzeichnete das Gesundheitsberuferegister Wien 1.562 Neuregistrierungen, 5.442 Änderungsmeldungen, 1.331 Verlängerungen der Berufsberechtigung sowie 3.551 Berufsausweisausstellungen. Mit weiteren Verfahren wie Streichungen, Wiederaufleben und Auflagenentfernungen kommt das Register auf 12.534 Durchführungen. Dennoch fehlt eine lang geforderte Novelle des Gesundheitsberuferegistergesetzes, um Medizinische Assistenzberufe aufzunehmen und bürokratische Erleichterungen umzusetzen.



Alles bestens im Gesundheits- und Sozialbereich?

Über 5.300 Beschäftigte nahmen an der Online-Befragung zum Thema „Qualität im Gesundheits- und Sozialbereich“ teil. Die Kolleg:innen zeigten deutlich auf, wo der Arbeitsalltag dringend verbessert werden muss: Es fehlt ihnen an ausreichend Zeit für die zu betreuenden Menschen, an durchgängig angemessener Personalbesetzung sowie an ausreichend Anerkennung, Respekt und Vertrauen in den Organisationen. Diese erheblichen Mängel führen zu sinkender Versorgungsqualität und häufigeren Berufswechselgedanken.



Gesundheitsberufe statt Sparprogramme

Die Arbeiterkammer setzte sich bei der Europäischen Kommission dafür ein, die berufsrechtlichen Möglichkeiten der Gesundheitsberufe besser zu nutzen, anstatt Sparprogramme zu fordern. Dazu fand im Dezember 2025 in Brüssel ein Workshop mit Mitarbeiter:innen der Kommission statt. Je eigenständiger gut qualifizierte Gesundheitsberufe wohnortnah tätig werden können, desto stärker werden Krankenhäuser entlastet. Das verbessert die Versorgung und kostet weniger als vermeidbare Krankenhausaufenthalte.



Soziale Arbeit statt soziale Krise

Sozialarbeiter:innen und Sozialpädagog:innen leisten enorme Beiträge für unser Wohlergehen, ob im Bildungswesen, im Gesundheitsbereich oder in der Kinder- und Jugendwohlfahrt. Die AK arbeitet gemeinsam mit Gewerkschaften und dem Berufsverband intensiv für ein Berufsgesetz für die Soziale Arbeit, das sich die Bundesregierung auch in ihr Regierungsprogramm geschrieben hat. Am 3. Juli 2025 fand eine weitere Veranstaltung zum Thema statt. Mittlerweile wird im Ministerium an einem ersten Entwurf für ein Berufsgesetz gearbeitet.



Arbeitnehmer:innen als pflegende Angehörige

Wie lassen sich Beruf und Pflege eines Familienmitglieds vereinbaren? Die AK hat auch 2025 Vorträge für Betriebsrät:innen und Personalvertreter:innen zum Thema „Möglichkeiten für pflegende Angehörige“ angeboten. Schwerpunkte waren unter anderem Pflegekarenz und Pflegezeit, das Angehörigengespräch oder die Ersatzpflege „Urlaub vom Pflegen“. Mit diesem Wissen können Betriebsratsgremien in Einzelberatungen oder Betriebsversammlungen über Unterstützungsmöglichkeiten informieren.



Expertise für die Gesundheitsberufe einbringen

Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Interessenvertretung der meisten unselbstständig Beschäftigten in den Gesundheitsberufen. Beratungsgespräche mit Mitgliedern, Diskussionen mit Berufsangehörigen, Fachveranstaltungen und Fachliteratur bilden die Grundlage der AK Expertise. Dieses Wissen brachte die AK beispielsweise bei der Überarbeitung des Pflegesituationsberichts und des Entlassungsbriefs in der ELGA oder bei der Neugestaltung des Nationalen Qualitätszertifikats für Alten- und Pflegeheime (NQZ) ein.

” Die Fakten liegen auf dem Tisch: Jetzt müssen die Potenziale der Gesundheitsberufe genutzt und die Arbeitsbedingungen gezielt verbessert werden.

AK PRÄSIDENTIN
RENATE ANDERL



Das fordert die AK

- Gesunde Arbeitszeitmodelle, mehr Dienstplansicherheit und längere Erholungsphasen für alle Gesundheits- und Sozialberufe.
- Maßnahmen zur Reduktion von belastenden Situationen, besonders gegen Aggression und Gewalt.
- Existenzsichernde Förderungen für Aus- und Weiterbildung österreichweit für alle Gesundheits- und Sozialberufe.
- Ausbau des professionellen Pflegeangebots, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen und zu entlasten.
- Bessere Ausbildungen und mehr Kompetenzen für alle Gesundheits- und Sozialberufe, um eine gute Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen und Krankenhäuser zu entlasten.
- Ein umfassendes Berufsrecht für die Berufsangehörigen der Sozialen Arbeit, damit die Qualität ihrer Leistungen sichergestellt wird und Rechtssicherheit herrscht.
- Die längst überfällige Reform des Gesundheitsberuferegistergesetzes, in dem andere Gesundheitsberufe wie beispielsweise Sanitäter:innen oder Medizinische Assistenzberufe aufgenommen und bürokratische Erleichterungen umgesetzt werden.

Gute Gesundheitsversorgung und sichere Pensionen trotz Sparkurs

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage steht das Bundesbudget unter massivem Spar- druck. Die Bereiche Gesundheit und Pensionen müssen dennoch für die gesamte Bevölkerung in guter Qualität gesichert werden. Die AK setzt sich für den Erhalt eines fairen Pensionssystems ein. Mit der Teilpension wurde bereits eine lang- jährige AK Forderung umgesetzt. Um unser gutes Gesundheitssystem zu sichern, fordert die AK eine investive Gesundheitsfinanzierung. Klar ist: Keine Sparpolitik auf dem Rücken der Patient:innen!

Schwerarbeit Pflege

Bisher war es für Beschäftigte im Pflegebereich oft nicht möglich, die Schwerarbeitspension vorzeitig anzutreten. Mit Jänner 2026 wurde eine langjährige Forderung der AK umgesetzt und Pflegeberufe explizit in die Schwerarbeitsverordnung aufgenommen. Durch die Reform werden sowohl körperliche als auch psychische Belastungen berücksichtigt und die Arbeitsbedin- gungen realistischer bewertet. Dies ermöglicht einen früheren Pensionsan- tritt und höhere Pensionen durch gerin- gere Abschläge, wirkt gesundheitlichen Folgekosten entgegen und erhöht die Attraktivität des Pflegeberufs.

Teilpensionsrechner

Die Teilpension ermöglicht erstmals einen teilweisen Pensionsantritt bei gleichzeitiger Arbeitszeitreduktion. Dadurch können ältere Beschäftigte gesundheitsschonend im Erwerbsleben verbleiben und gleichzeitig ihre spätere Pension trotz verringerter Arbeitszeit erhöhen. Unternehmen profitieren vom Erhalt erfahrener Arbeitskräfte. Die Teil- pension stabilisiert die Beschäftigung, entlastet langfristig das Budget und trägt zur Anhebung des faktischen Pen- sionsantrittsalters bei. Ein Online-Teil- pensionsrechner der AK zeigt die ver- fügbaren Optionen auf und unterstützt die Entscheidung für die Teilpension.

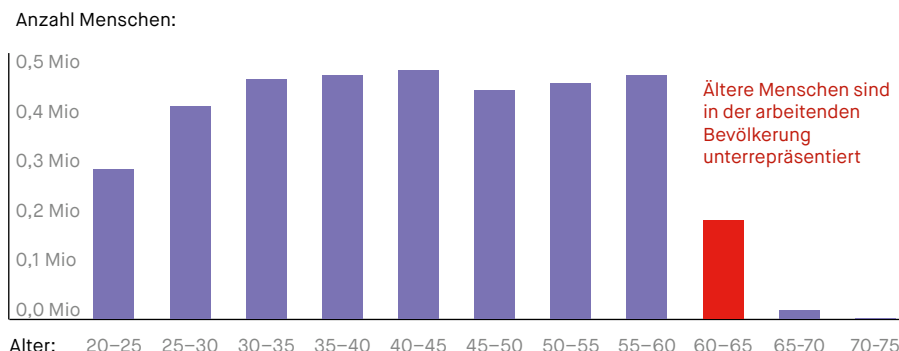
Bonus-Malus-System für ältere Beschäftigte

Bei der Beschäftigung der 60- bis 64-Jäh- rigen besteht großer Handlungsbedarf: Bis 2030 müssen 115.000 Personen dieser Altersgruppe zusätzlich in Arbeit sein, um das Pensionsantrittsalter anzu- heben (Nachhaltigkeitsmechanismus). Dazu braucht es die aktive Beteiligung der Arbeitgeber:innen. Ein Bonus-Malus- System schafft über branchenspezifische Zielquoten Anreize für höhere Älteren- quoten. Begleitend erhalten Unternehmen Informationen zu altersgerechten Arbeiten und Qualifizierung.

Präventionsgesetz

Prävention ist eine gesamtgesell- schaftliche Aufgabe und erfordert die verbindliche Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden sowie der Sozialversicherung. Ein Präventions- gesetz soll Zuständigkeiten und Bud- getverantwortung klar regeln. Präven- tion und Gesundheitsförderung senken langfristig Folgekosten, erhöhen die Produktivität und vermeiden Pflege- bedürftigkeit. Im betrieblichen Bereich trägt Prävention dazu bei, ältere Beschäftigte länger und gesund im Erwerbsleben zu halten. Sie ist damit ein zentraler Baustein nachhaltiger Sozialpolitik.

ERWERBSTÄTIGE: UNSELBSTÄNDIG BESCHÄFTIGTE - JAHRESDURCHSCHNITTSWERT(E) 2025



↑

Der Anteil der 60–65-Jährigen in der Erwerbsbevölkerung ist gering und beträgt lediglich 5,0 Prozent.
Quelle: BMASGPK (2026): AMIS. Arbeitsmarktinformationssystem.

Investive Gesundheitsfinanzierung

Eine investive Finanzierungsstrategie ist für die erforderliche Strukturreform unerlässlich. Zur Entlastung der Spitäler muss der niedergelassene Bereich unter Einbeziehung aller Gesundheitsberufe ausgebaut werden. So können weitere Privatisierung und Zwei-Klassen-Medizin eingedämmt werden. Ein weiteres Ziel ist die bessere Versorgung chronisch Kranker zur Steigerung gesunder Lebensjahre. Kurzfristige Mehrausgaben führen zu langfristiger Entlastung bei höherer Versorgungsqualität. Die Umsetzung erfordert einen stufenweisen Ausbauplan und ausreichende Mittel.

Durchbruch bei ME/CFS-Gutachten

Im Fall einer von der AK vertretenen Wienerin, der trotz ärztlich bestätigter ME/CFS-Diagnose das Rehabgeld entzogen wurde, entschied das OLG Wien: Gutachter:innen müssen sich nachvollziehbar mit dem aktuellen medizinischen Wissensstand auseinandersetzen und ihre Einschätzungen wissenschaftlich fundiert begründen. Damit wurde erstmals formal festgelegt, dass Gutachten bei komplexen Erkrankungen den Forschungsstand und ärztliche Befunde berücksichtigen müssen. Der Beschluss gilt als Präzedenzfall für alle künftigen Verfahren.

Das fordert die AK

- Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger muss wieder in die Hände der Dienstnehmer:innen (DN) zurückgegeben werden. Die Parität hat in allen drei Zweigen der Sozialversicherung (SV) zu Leistungseinschränkungen und Versorgungsdefiziten geführt.
- Im Bereich der Unfallversicherung (UV) fordern wir eine Rückführung der Beiträge auf das Niveau von 1,3 Prozent. Die Berufskrankheitenliste soll weiter verbessert und arbeitsbedingte Erkrankungen als Pflichtaufgabe der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) verankert werden.
- Die strenge Vollziehung der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) hat die Zuerkennungen von Invaliditätspension (IP) und Rehabilitationsgeld massiv reduziert. Wurden 2010 noch 25.000 Leistungen jährlich zuerkannt, ist die Zahl auf 10.000 gesunken. Die AK fordert dringend eine Reform der Gutachter:innenpraxis, der Vollziehung der PVA und der gesetzlichen Rahmenbedingungen.
- Nur eine nachhaltige Finanzierung der solidarischen Krankenversicherung sichert eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Bei steigenden Versichertenzahlen und gesetzlichen Aufgaben der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) müssen entsprechende Budgetmittel bereitgestellt werden.

Durchgesetzt: Der AK Chancen-Index kommt

Bildungschancen hängen in Österreich stark von den Eltern ab, wie die ungleiche Zusammensetzung der Schulstandorte zeigt. Die AK fordert seit langem eine bedarfsorientierte Schulfinanzierung: Schulen mit größeren Herausforderungen sollen mehr Mittel erhalten. 2025 führt die Bundesregierung mit dem „Chancenbonus“-Programm ein entsprechendes Finanzierungs- und Schulentwicklungsmodell ein, das zentrale Forderungen des AK Chancen-Index umsetzt.

Herkunft und Bildungschancen

Geld, Bildung und Herkunft der Eltern entscheiden in Österreich wesentlich über den Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen. Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler:innen aus Elternhäusern mit geringen Bildungs- und finanziellen Ressourcen und anderen Erstsprachen als Deutsch stehen deshalb vor besonders großen Herausforderungen, denn die Lernbedingungen sind nicht an die Bedürfnisse der Kinder angepasst. Deswegen braucht es eine Schulfinanzierung, die den Familienhintergrund der Kinder berücksichtigt.

Bedarfsorientierte Schulfinanzierung und -entwicklung

Um jedem Kind faire Bildungschancen zu ermöglichen, benötigen besonders herausgeforderte Schulstandorte mehr Unterstützung. Dies ist der Grundgedanke einer bedarfsorientierten, indexbasierten Schulfinanzierung. Diesen Ansatz verfolgen Bildungsforschung und internationale Beispiele in England, Deutschland oder den Niederlanden bereits seit den 90er Jahren. Auf Basis dieser Erfahrungen hat die Arbeiterkammer seit 2014 ein eigenes Modell für Österreich erarbeitet und 2016 vorgestellt: den AK Chancen-Index.

Vom AK Chancen-Index zum Chancenbonus

Die langjährige Arbeit der AK hat zur schrittweisen Realisierung durch die Bildungspolitik geführt: Das Bildungsreformgesetz 2017 schuf rechtliche Möglichkeiten, Pilotprojekte des Bildungsministeriums („100 Schulen“) trugen zur Erprobung bei. Seit 2020 entwickelte das Bildungsministerium einen eigenen Index für die sozioökonomische Ausgangslage von Schulen (SÖL). 2025 führt die Regierung auf dieser Basis das „Chancenbonus-Programm“ als Entwicklungsprojekt für zunächst 400 Schulen mit 65 Mio. Euro jährlich ein.

TIMELINE

seit 1990er	seit 2014	2016	2017	2017-2022	2020
Internationale Vorbildprojekte in Hamburg (1996), London (2003), Bremen (2010)	Konzeptionierung des AK Chancen-Index	Präsentation des AK Chancen-Index	Bildungsreformgesetz: erstmals rechtliche Möglichkeit einer Ressourcenvergabe nach einem Chancenindex	Grundkompetenzen-Projekt des Bildungsministeriums: bedarfsorientierte Unterstützung von Schulen mit multiprofessionellen Teams	Bildungsdokumentationsgesetz: Datengrundlage für die Festlegung der sozioökonomischen Ausgangslage von Schulen (SÖL)

Was ist das Chancenbonus-Programm?

Mit dem Chancenbonus-Programm unterstützt die Regierung 400 Volksschulen und Mittelschulen mit zusätzlichem Personal. Die Schulen werden entlang ihrer sozioökonomischen Ausgangslage ausgewählt, die den Bildungsstand der Eltern, den Erwerbsstatus, das Einkommen, den Migrationshintergrund und die Alltagssprache berücksichtigt. 156 Mittelschulen und 244 Volksschulen erhalten zwischen ein und sieben zusätzliche Vollzeitäquivalente für unterschiedliche Personalgruppen wie Lehrer:innen, Schulpsycholog:innen oder Sozialarbeiter:innen. Das Ziel: positive Wirkungen auf Lernfortschritt, Lernmotivation und Wohlbefinden.

400 Chancenbonus-Schulen in der AK Wien

Im Rahmen einer Kooperation mit dem Bildungsministerium hat das erste Arbeitstreffen der 400 Chancenbonus-Schulen aus ganz Österreich im AK Bildungszentrum stattgefunden. Schulleitungen sowie Schulqualitätsmanager:innen erhielten wesentliche Informationen zum Programm, inhaltliche Inputs sowie die Gelegenheit zu intensivem Austausch: Im Vordergrund standen die Vernetzung, die Arbeit an ihren Konzepten für die Personalverwendung sowie die Standortentwicklung. Damit konnte der gemeinsame Erfolg von AK und Bildungspolitik für die Schulleitungen und die Verwaltung deutlich sichtbar gemacht werden.



↑
Bildungsminister Christoph Wiederkehr und AK Präsidentin Renate Anderl beim Auftakt des „Chancenbonus“-Programms.

Das fordert die AK

Das Chancenbonus-Programm der Bundesregierung ist ein wichtiger Erfolg, aber für gerechte Bildungschancen braucht es noch mehr:

- Ausbau und Weiterentwicklung des Chancenbonus-Programms – Erweiterung der teilnehmenden Schulen.
- Erweiterung der verfügbaren Personalgruppen für Schulen sowie Vereinheitlichung und Vereinfachung ihrer Anstellung.
- Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung des Chancenbonus-Programms.
- Initiativen zur Aufqualifizierung bzw. Umqualifizierung von pädagogischen Berufen für den Schulbereich.

2021-2025

2024

2025

2025

„100 Schulen - 1000 Chancen“: Projekt des Bildungsministeriums

Startchancenprogramm in Deutschland: Präsentation und Diskussion in der AK Wien

Verordnung über Kriterien zum sozioökonomischen Lagebild der Schüler:innen (SÖL)

Präsentation und Auftakt des „Chancenbonus“-Programms der Bundesregierung

Gekommen, um zu bleiben: 100 Jahre Frauenabteilung

2025 feierte die Arbeiterkammer Wien das 100-jährige Bestehen der Frauenabteilung. Das Jubiläumsjahr wurde genutzt, um mit innovativen Ansätzen der aufsuchenden Interessenpolitik die Mitgliederbindung zu stärken und die Sichtbarkeit von Frauen- und Gleichstellungspolitik zu erhöhen. Zudem wurden bewährte Allianzen vertieft und neue Bündnisse gezielt aufgebaut. So gewinnt die frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit der AK Wien spürbar an Reichweite und Wirkung für die Mitglieder.



↑

Käthe Leichter um 1930, Leichter Family Archive.

Aufsuchende Interessenpolitik neu belebt

Die Frauenabteilung hat die aufsuchende Interessenpolitik ihrer ersten Leiterin Käthe Leichter neu belebt. In Betrieben, Gemeindebauten und migrantischen Vereinen fand 2025 eine Vielzahl von persönlichen Gesprächsrunden statt. Frauen aus unterschiedlichen Berufen, Lebenslagen und Generationen kamen zu Wort und formulierten ihre Anliegen und Erfahrungen zur Gleichstellung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt – mit dem Ziel, Mitgliederinteressen gezielter zu adressieren und Anliegen unmittelbarer einzubringen.



↑

Besuch der Ausstellung „Käthe Leichter. Und die Vermessung der Frauen“ im Waschsalon mit Netzwerkpartnerinnen, Mai 2025.

Gekommen, um zu bleiben

Bewährte Allianzpartner:innen aus ÖGB und Gewerkschaften, Verwaltung, der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Kunst wurden gemeinsam mit neuen Verbündeten – insbesondere aus migrantischen Communities und dem Jugendbereich – eingeladen, die Sonderausstellung zu Käthe Leichter im Waschsalon gemeinsam zu besuchen und zu diskutieren. Das gleichstellungspolitische Netzwerk der AK Wien stand auch im Mittelpunkt der Abschlussveranstaltung des Jubiläumsjahres unter dem Motto „Gekommen, um zu bleiben“ im November 2025.



↑

Fest zum 100-jährigen Bestehen der Frauenabteilung der Arbeiterkammer Wien, November 2025.

Vereinbarkeit mit vielen Hürden

An einer Online-Umfrage zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beteiligten sich rund 14.000 Mitglieder. Mehr als einem Drittel der befragten Frauen und Männer fällt es schwer, Beruf und Familie zu vereinbaren. Am meisten wünschen sie sich mehr Unterstützung bei Haus- und Sorgearbeit sowie kürzere Arbeitszeiten. Für mehr Gleichberechtigung braucht es gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, leistbare Kinderbetreuung und eine partnerschaftliche Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung.



↑

AK-Präsidentin Renate Anderl diskutiert beim Jubiläumsfest mit BMin Korinna Schumann, BMin Eva-Maria Holzleitner, Stadträtin Kathrin Gaál und ÖGB-Bundesfrauenvorsitzender Christa Hörmann in der AK Wien, November 2025.

Geschichten über Frauen

Die wichtigsten Themen aus den Gesprächsrunden und der AK Online-Umfrage wurden von der Künstlerin Valerie Bruckbögl als Comics und Poster aufbereitet, um den Alltag der Frauen und ihre Herausforderungen sichtbar zu machen. Mit Bildsprache und Humor werden gleichstellungspolitische Themen zu Arbeitsmarkt und Gesellschaft niederschwellig einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Das stärkt die Mitgliederbindung und erhöht die Sichtbarkeit für gleichstellungspolitische Anliegen der Mitglieder.



↑

Ausstellung der Posterserie zu Gleichstellungspolitik in der Arbeiterkammer Wien anlässlich des Jubiläumsfestes, November 2025.

Der Arbeitsmarkt in Wien im Jahr 2025

Im Jahr 2025 war die Arbeitsmarktsituation in Wien von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage konnte ein leichter Anstieg der Beschäftigung verzeichnet werden. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit weiter an, besonders betroffen waren Menschen ohne Pflichtschulabschluss, Frauen und Ältere. Das AMS hatte im vergangenen Jahr weniger Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung – ein bitterer Umstand, der zu sinkenden Schulungsteilnehmenden führte.

Herausforderungen in der Wiener Arbeitsmarktpolitik

Aktuell ist es besonders wichtig, junge Menschen entsprechend auszubilden, ältere Arbeitsuchende nachhaltig wieder in Beschäftigung zu integrieren und die steigende Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Strukturelle Herausforderungen ergeben sich unter anderem durch den hohen Anteil (50 Prozent) an Menschen ohne berufliche Ausbildung unter den Wiener Arbeitsuchenden. Gleichzeitig besteht in bestimmten Bereichen wie Pflege, Pädagogik oder klimarelevanten Berufen ein erheblicher Arbeitskräftebedarf.

Großer Handlungsbedarf bei der Ausbildung

Es erfordert gezielte Maßnahmen, um die Qualifizierung und nachhaltige Integration der Arbeitsuchenden zu verbessern und den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Die AK Wien setzte sich im AMS Wien und im waff dafür ein, dass entsprechende Initiativen umgesetzt werden. Eine gemeinsame Studie von AK Wien, AMS Wien und waff zeigte deutlichen Handlungsbedarf bei der Existenzsicherung während der Ausbildungen, der Vereinbarkeit mit Betreuungspflichten und der Niederschwelligkeit von Ausbildungen.

ARBEITSMARKT WIEN KENNZAHLEN 2025

933.430

(+ 1,1 Prozent)

Personen waren im Jahresdurchschnitt 2025 in Wien **unselbstständig** beschäftigt

125.525

(+ 6,1 Prozent)

Personen waren 2025 durchschnittlich in Wien **arbeitslos** gemeldet

11,9 %

(+ 0,5 Prozentpunkte)

betrug die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** 2025 in Wien

35.641

(- 1,3 Prozent)

Personen haben 2025 durchschnittlich in Wien an **Schulungen** des AMS teilgenommen

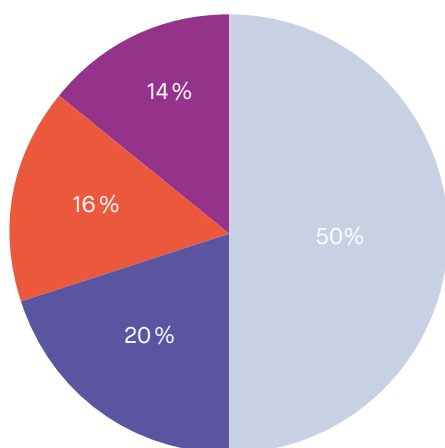
Ausbildungs-Initiativen der AK Wien

Die Arbeiterkammer Wien hat gemeinsam mit AMS Wien und waff den Öko-Booster ins Leben gerufen, bei dem mindestens 100 Personen zu Fachkräften in Elektrotechnik sowie Gebäude- und Installationstechnik ausgebildet werden. 2025 haben die ersten Fachkräfte diese Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Zudem organisierte die AK Wien für junge Menschen einen Beratungstag zur „Ausbildung bis 18“, bei dem sich Jugendliche und ihre Eltern individuell informieren und beraten lassen konnten. Insgesamt nahmen mehr als 200 Jugendliche dieses Angebot in Anspruch.

Arbeitsrecht: Mehr Wissen für Arbeitsuchende

Die AK Wien berät Arbeitnehmer:innen während der Arbeitslosigkeit über ihre Rechte und setzt sich in den Gremien des AMS und des waff aktiv für deren Interessen ein. Zudem informiert die AK Wien in Vorträgen und Workshops, unter anderem beim Jugendcollege. Das Jugendcollege ist ein von AMS und Stadt Wien finanziertes Vollzeitangebot für Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchterfahrung oder ohne Pflichtschulabschluss. Es kombiniert Deutsch, Basisbildung und Berufsorientierung. Ziel ist die Integration in den Arbeitsmarkt.

ARBEITSSUCHENDE NACH HÖCHSTEM AUSBILDUNGSABSCHLUSS IN WIEN: 2025



● Max. Pflichtschulabschluss ● Höhere Ausbildung (Matura)
 ● Lehre oder mittlere Ausbildung ● Akademische Ausbildung

Quelle: Arbeitsmarktdatenbank, eigene Darstellung

Das fordert die AK

→ Mehr Budget und Personal für das AMS Wien

Damit werden Arbeitsuchende besser bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt. Die Einsparungen beim Förderbudget sind angesichts der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzunehmen. Es braucht gerade jetzt Investitionen.

→ Ausbau der Angebote für junge Menschen

Viele arbeitssuchende Jugendliche haben Migrationshintergrund. Das Jugendcollege, ein Qualifizierungsangebot des AMS Wien für zugewanderte Menschen, muss finanziell abgesichert werden. Zudem müssen mehr Fachausbildungen über das AMS gefördert werden.

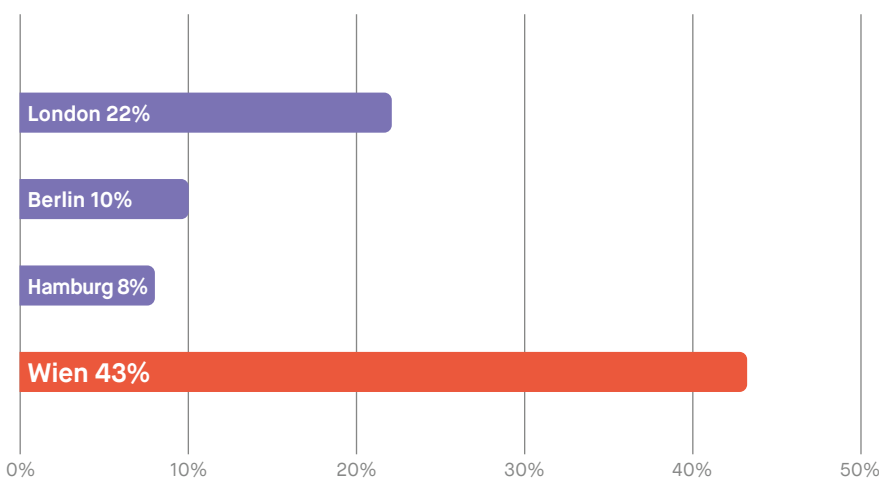
→ Nachhaltige Beschäftigung in den Fokus

Die schnellstmögliche Vermittlung in einen Job ist angesichts der strukturellen Verfestigung von Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich und bestimmten Branchen nicht immer zielführend. Es ist notwendig, auch die nachhaltige Beschäftigungsintegration in den Fokus zu nehmen, um langfristige Perspektiven und faire Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Wohnen ist ein Grundrecht und muss leistbar sein!

Wohnen ist deutlich teurer geworden. Die größten Preissteigerungen gab es bei Kaufpreisen von Wohnungen. Mieten für neue Verträge am privaten Markt sind deutlich stärker gestiegen als die Einkommen. Zudem nehmen befristete Mietverträge Überhand: Drei von vier neuen Verträgen sind mittlerweile befristet. Ständige Unsicherheit und häufige Umzüge belasten Mieter:innen zusätzlich. Die AK fordert ein Ende der Befristungen, Strafen für Mietwucher, die Zweckwidmung der Wohnbauförderung und eine Wohnbaumilliarde für die Länder.

SOZIALWOHNUNGEN WIEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



Quelle: Baron, H., et al. (2021). Wohnungspolitik und Wohnversorgung, S 61; eigene Darstellung

Privatisierung von Genossenschaftswohnungen

Die AK warnt vor der Privatisierung von gemeinnützigen Bauvereinigungen und ihren Wohnungen. Was einst günstiger, sozialer Wohnraum war, verwandelt sich in ein lukratives Spekulationsobjekt. Die Mieten schießen in die Höhe, befristete Mietverhältnisse ziehen ein, und Mieter:innen wissen nicht, ob die teureren Mieten zulässig sind. Der Grund: Vermieter:innen umgehen oft die gesetzlichen Regeln für günstigen Wohnraum. Für Mieter:innen wird es teurer, obwohl meist noch das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz anzuwenden wäre.

AK Altbau-Mietencheck

Mit dem Altbau-Mietencheck können Mitglieder kostenlos ihre Mietverträge auf Anwendbarkeit des Richtwertmietzins und die Einhaltung von mietrechtlichen Zinsschranken überprüfen lassen. Bei einer Überschreitung bietet die AK Wien Rechtsschutz an. Seit Start des AK Altbau-Mietenchecks sind über 2.250 Anträge auf Überprüfung eingelangt. Für viele Mieter:innen konnte die Miete erheblich gesenkt werden. Aufgrund der großen Nachfrage bildet der AK Altbau-Mietencheck nun einen fixen Bestandteil unserer Beratungsleistung.

Summer in the City

Die kostenlosen AK Angebote von „Summer in the City“ helfen den Wiener:innen, den Sommer in ihrer Stadt zu genießen. Auf Initiative der AK Wien konnten sie die Potenziale von Straßen, Parks und Plätzen entdecken, den öffentlichen Raum mit neuen Augen kennenlernen und die Beratungsangebote der AK nutzen. Ganz bewusst wurden dazu Veranstaltungsorte gewählt, in denen finanziell benachteiligte Menschen leben. Das Angebot von Summer in the City zeigt, was an Gemeinsamkeit möglich ist, etwa am Volkertmarkt, am Meiselmarkt oder am Reumannplatz.

Junge Menschen in Wien

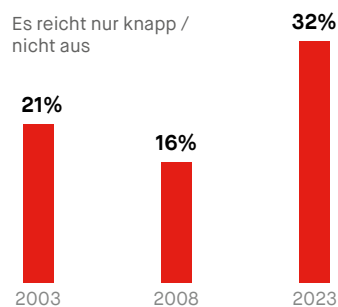
Die junge Generation ist mit ihrem Leben weitgehend zufrieden. Das unterste Einkommensdrittel ist jedoch mit großen Belastungen beim Wohnen, in der Arbeit oder der Ausbildung konfrontiert. Eine wachsende Anzahl der Jungen darf zudem nicht bei Wahlen mitentscheiden. Wenn in die junge Generation nicht investiert wird und ihre Stimmen nicht gehört werden, verringern sich die Chancen junger Menschen deutlich. Investitionen in die Jugend sind nicht nur die Grundlage für Wiens Zukunft – junge Menschen haben auch ein „Recht auf ein gutes Leben im Hier und Heute“.

Klimawandelanpassung

Der Klimawandel stellt Wien vor große Herausforderungen und die Bevölkerung muss in die Veränderungsprozesse einbezogen werden. Dies gilt für den öffentlichen Raum ebenso wie für die Grünflächenversorgung, den Kühlbedarf bei Gebäuden oder die Wärme- und Mobilitätswende. Veränderungen müssen als Chance verstanden werden, um den stadtstrukturellen Problemen und Ungleichverteilungen zu begegnen. Oberste Prämisse: Soziale Gerechtigkeit. Aufgrund der Budgetkonsolidierung sind zielgerichtete und innovative Umsetzungsansätze gefragt.

KEIN AUSKOMMEN MIT DEM EINKOMMEN

„Wie kommen junge Menschen mit ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen aus?“



Der Anteil, für die das Einkommen nur knapp oder gar nicht ausreicht, hat sich von 2008 bis 2023 verdoppelt.

Quelle: Statistik Austria, Wiener Lebensqualitätsstudie 2003–2023 Foresight, AK Wien 2025

Das fordert die AK

Das Fünf-Punkte-Paket für junge Wiener:innen

- **Gerechte Einkommenschancen für junge Menschen**
Praktika müssen bezahlt werden. Beim Arbeitslosengeld sollte die Nettoersatzrate auf 70 Prozent steigen. Die Bezahlung bei überbetrieblichen Lehren sollte angehoben werden. Wichtig sind ausreichend gute Ausbildungsplätze.
- **Wohnen günstiger machen**
Stabile Mietverträge ohne Ablaufdatum sind die Voraussetzung für den Start in ein selbstständiges Leben. Befristete Mietverträge müssen ganz weg. Und es braucht Strafen bei Mietwucher und ein gerechtes Mietgesetz, das allen Mieter:innen Verbesserungen bringt.
- **Zugang zum geförderten Wohnbau erleichtern**
Das „Jung-Wiener:innen-Ticket“ sollte es auch nach zweijährigem Wohnsitz in Wohngemeinschaften geben und wenn die Wohnkosten mehr als 40 Prozent des monatlichen Haushaltseinkommens ausmachen.
- **Die Hürden zur Staatsbürgerschaft und zum Wahlrecht sind zu hoch**
Der Zugang zur Staatsbürgerschaft muss einfacher und gerechter werden und darf keine Frage des Einkommens sein.
- **Mitreden auf Augenhöhe**
Schulen, Lehrbetriebe und Betriebe müssen ihren Beitrag zur politischen Teilhabe leisten und die Mitsprache junger Wiener:innen fördern.

Für Demokratie und Sozialstaat in Europa kämpfen

2025 stand im Zeichen großer globaler Herausforderungen und geopolitischer Erschütterungen. Unverkennbar verschob die europäische Politik ihre Prioritäten weg von nachhaltigem Wachstum hin zu Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung und Verteidigung. Vor diesem schwieriger gewordenen Hintergrund setzten wir uns mehr denn je für die Anliegen unserer Mitglieder gegenüber den EU-Institutionen ein. Wie ein roter Faden zog sich dabei eine Botschaft durch: Der Kampf für die europäische Demokratie kann nur gewonnen werden, wenn bei aller Weltpolitik auch die Interessen der Arbeitnehmer:innen und die soziale Sicherheit gewahrt bleiben.

Fakten statt Mythen im Europäischen Semester

Über unterschiedliche Kanäle bringt sich die Bundesarbeitskammer intensiv in die Gestaltung der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ein („Europäischer Semesterprozess“). Hier gilt es insbesondere darauf hinzuwirken, dass die europäische Politik ihre Entscheidungen auf korrekte Zahlen und Fakten über Österreichs Wirtschafts- und Sozialsystem stützt. Zudem soll damit auch über verbreitete Mythen von unternehmensnahen Thinktanks aufgeklärt werden. Dazu wurden über dreißig Factsheets erarbeitet – von A wie „Abgabenquote“ bis W wie „Wohnen“. Diese wurden wichtigen Stakeholdern in Brüssel übermittelt, unter anderem im Rahmen gemeinsamer Workshops.



↑

Feierlicher Empfang der ITUSA im Parlament. Mit der International Trade Union School Austria bilden ÖGB und AK Nachwuchsführungskräfte aus allen Erdteilen aus. So entstehen wichtige globale Netzwerke

KENNZAHLEN AK EUROPA BÜRO 2025

1

Kampagne

200+

interessenpolitische Termine

6

Veranstaltungen

22

Newsflashes

26

Veröffentlichungen

11

Round Tables



Kettensäge stoppen

Ob Lieferketten, Datenschutz oder Umweltbestimmungen – in demokratiepolitisch bedenklichen Schnellverfahren versucht die europäische Politik derzeit, wichtige erkämpfte Schutzvorschriften in Gestalt sogenannter „Omnibus-Gesetze“ zu streichen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und NGOs kämpft die Arbeiterkammer entschieden gegen unüberlegte EU-Deregulierungsinitiativen, die vor allem zu Lasten von Beschäftigten, Konsument:innen und der Umwelt gehen.



Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen

Gerade in Zeiten weltpolitischer Neuorientierungen sind die Bekämpfung des Klimawandels und die Sicherung globaler Arbeitnehmer:innenrechte wesentlich, ebenso wie ein sozialer und ökologischer Umbau der Volkswirtschaften aus Sicht der Beschäftigten. Anstelle der traditionellen Freihandelsdoktrin setzt sich die AK für den Abschluss von Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen sowie für den Austritt aus dem Energiechartavertrag ein.



Für starke soziale Rechte

2025 beteiligte sich die AK an der Konsultation zum kommenden Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte und brachte gegenüber der EU-Kommission zahlreiche Vorschläge für Maßnahmen im Rahmen der EU-Sozialpolitik ein. Auch zur „Quality Jobs Roadmap“ und zur EU-Anti-Armutsstrategie stellte die AK Forderungen auf. Bei der aktuell verhandelten EU-Praktika-Richtlinie setzte sich die AK für Regelungen ein, um den Schutz von Praktikant:innen zu stärken.



Export Finance For Future (E3F)

Mit einer von der AK beauftragten Studie der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung entstand eine fundierte Grundlage für eine klimaneutrale Ausfuhrförderung in Österreich. Die AK brachte die Empfehlungen konsequent in den politischen Prozess ein: Ende 2025 trat Österreich als elfter EU-Staat der Initiative „Export Finance For Future (E3F)“ bei, die den schrittweisen Umbau öffentlicher Exportförderungen im Einklang mit den Klimazielen vorantreibt.



Neuer Dialog zu internationaler Rohstoffpolitik

Eine gerechte Rohstoffpolitik unterstützt die Energie- und Mobilitätswende, ohne die Gesundheit und Lebensbedingungen der Menschen in rohstoffreichen Ländern dafür zu opfern. Dazu diskutierten im Jänner 2025 erstmals Teilnehmer:innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Betriebsräten und Zivilgesellschaft bei der von der Arbeiterkammer führend mitveranstalteten Konferenz „Rohstoffpolitik gerecht gestalten“.

AK EUROPA-Büro Brüssel legt Forde- rungskatalog vor

Das AK EUROPA-Büro Brüssel setzte 2025 wieder wichtige Schwerpunkte. Zentrale Themen waren die Handelsbeziehungen zu den USA und China sowie neue Handelspartnerschaften, der Binnenmarkt und die großen industriepolitischen Herausforderungen. Weitere Schwerpunkte waren der „Bürokratieabbau“ im Rahmen der Omnibus-Pakete sowie der EU-Haushalt. Das AK EUROPA-Büro Brüssel setzte sich gerade in diesem Umfeld für soziale Ziele ein und forderte entsprechende politische Maßnahmen, in denen auch die Interessen der Arbeitnehmer:innen stärker berücksichtigt werden.



Für ein fairer Steuer- system.

Arbeiterkammer
Gerechtigkeit muss sein.



Leistungsübersicht

- 42 Beratung und Unterstützung
- 44 Die AK Wien hilft
- 46 Konsument:innenschutz
- 48 Aus- und Weiterbildung
- 50 Gleichstellung von
Arbeitnehmer:innen
- 52 Sichere und gesunde Arbeit
- 54 Service für
Arbeitnehmer:innenvertreter:innen
- 56 Kunst und Kultur
- 58 Bibliothek und Netzwerk
Wissenschaft
- 60 AK Jugend
- 62 Kommunikation
- 64 Aktuelle Publikationen
- 68 Unterstützte Einrichtungen
- 70 Finanzbericht 2025

Die AK Wien hilft bei Insolvenz

Ob Arbeits- und Sozialrecht, Konsument:innen-schutz, Wohnen oder Steuerrecht: 2025 unterstützte die AK Wien ihre Mitglieder mit fast einer halben Million Beratungen, wodurch den AK-Mitgliedern über 163 Mio. Euro zugesprochen wurden. Zudem bietet die AK ihren Mitgliedern bei Insolvenz kostenlose Unterstützung, um offene Gehaltsansprüche über den Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) zu sichern, und unterstützt bei der raschen Auszahlung der Ansprüche.

Insolvenzen in Wien rückläufig

Die Zahl insolventer Betriebe in Wien stieg auch 2025, jedoch waren weniger Arbeitnehmer:innen als im Rekordjahr 2024 betroffen. Die AK Wien hat 2025 für 6.918 Beschäftigte Insolvenzentgelt beantragt – 16 Prozent unter dem Vorjahreswert. Ein Viertel entfiel auf die Bauwirtschaft, gefolgt von Gastgewerbe und Handel. Die IEF-Service GmbH zahlte 2025 insgesamt 57,5 Mio. Euro für die Betroffenen aus.

Bekannte Insolvenzverfahren

Das Wiener Grand Hotel (247 Beschäftigte) war der größte Gastroinsolvenzfall 2025. Mit Hilfe der AK Wien erhielten die Beschäftigten rasch Insolvenzentgelt. Bei der Erwerberin könnten die Hälfte der Arbeitsplätze erhalten bleiben. Der Baustoffhändler Quester (326 Beschäftigte) schlitterte im November in die Insolvenz. Dank guter Lohnunterlagen und einer engagierten Betriebsrätin bekamen die Beschäftigten schnell Insolvenzentgelt.

163 Mio. Euro für Mitglieder

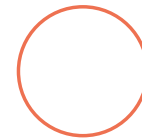
Eine Vielzahl von Expert:innen der AK halfen den Mitgliedern, den Überblick zu bewahren und ihre Rechte durchzusetzen. 2025 wurden mehr als 481.000 Beratungen durchgeführt und den Mitgliedern zu mehr als 163 Mio. Euro durch gerichtliche und außergerichtliche Vertretungserfolge verholfen. In den Bereichen Arbeits-, Insolvenz-, Miet- und Sozialrecht konnte die AK über 122 Mio. für ihre Mitglieder durchsetzen.

Branchenschwerpunkte 2025

2025 wurden im Insolvenzbüro 58 Fälle aus dem Bereich Gastgewerbe und Hotellerie bearbeitet. Die vegane „Fast-Food-Kette“ Swing Kitchen (106 Beschäftigte) ist ebenso gescheitert wie die Restaurantkette Poke Flow (44 Beschäftigte). Auch die letzten Standorte von Wienerwald wurden geschlossen. Claire's Austria (67 Beschäftigte) wird nach Annahme des Sanierungsplans in reduziertem Ausmaß weitergeführt.

481.088
BERATUNGEN INSGESAMT

NACH BERATUNGSART



350.688
Schriftlich / E-Mail

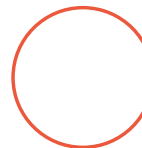


71.853
Persönlich



58.547
Telefonisch

NACH THEMEN



380.845
Arbeits-, Sozial-
und Insolvenzrecht



67.106
Konsument:innen-
schutz inkl.
Wohnrecht



32.648
Steuerrecht



489
Pflege

Beispiele für die erfolgreiche AK Unterstützung 2025

- **Ideeller Schadenersatz soll spürbar sein**
Diskriminierung am Arbeitsplatz wegen Kinderbetreuung, Herkunft, Religion oder Alter sowie sexuelle Belästigung belasten viele Beschäftigte. Betroffene haben Anspruch auf ideellen Schadenersatz für erlittene Kränkungen. Gerichte sprechen jedoch oft nur geringe Beträge zu. Die AK hat Gerichtsurteile nun systematisch erfasst und will auf dieser Basis durch gezielte Klagsführung künftig höhere Schadenersatzbeträge erwirken.
- **AK Wien hilft bei Kündigung**
Ein langjähriger Mitarbeiter wurde mit 61 Jahren nach einer Operation gekündigt, obwohl die Ärzte lediglich empfahlen, künftig vorwiegend im Sitzen zu arbeiten. Eine Anpassung des Arbeitsplatzes wäre problemlos möglich gewesen. Die Arbeitgeberin entschied sich dennoch zur Kündigung. Mit dem AK Rechtsschutz ging der Arbeitnehmer erfolgreich vor Gericht und erwirkte seine Weiterbeschäftigung mit den notwendigen Anpassungen.
- **Zu Unrecht gekündigt**
Eine Arbeitnehmerin wurde nach ihrer Beförderung zur Abteilungsleiterin gekündigt, nachdem sie auf eine Gehaltsabweichung hingewiesen hatte. Mit dem AK Rechtsschutz bekämpfte sie die Kündigung erfolgreich bis zum Obersten Gerichtshof. Eine erneute Kündigung des Arbeitgebers wurde ebenfalls für „motivwidrig“ erklärt. Nach über drei Jahren Verfahren setzte sie sich mit Hilfe der Arbeiterkammer schließlich durch.
- **Keine kurzfristige Streichung einer Arbeitsschicht**
In einem von der AK Wien unterstützten Verfahren wurde gerichtlich festgestellt, dass einseitig verkürzte oder gestrichene Dienste nur unter Einhaltung einer bestimmten Verständigungsfrist zulässig sind. Auch wenn unvorhergesehen weniger Arbeitskräfte benötigt werden, darf dieses unternehmerische Risiko nicht einseitig und kurzfristig auf die Arbeitnehmer:innen überwältigt werden. Einseitig gestrichene Dienste sind als Arbeitszeit abzugelten.

”

Um den Veränderungen gerecht zu werden, baut die AK Wien kontinuierlich ihr Beratungsangebot aus.

AK PRÄSIDENTIN
RENATE ANDERL

“

163,8

Mio. Euro hat die AK Wien durch gerichtliche und außergerichtliche Vertretungserfolge erstritten

57,5

Mio. an offenen Entgelten wurden von der IEF-Service GmbH an die Betroffenen ausbezahlt

Das fordert die AK

→ Finanzierung des Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) absichern

Unternehmen scheitern nicht nur wegen schlechter Wirtschaftslage oder Fehlentscheidungen. Zunehmend werden verschachtelte Firmenkonstruktionen oder das Vorenthalten von Entgelten bewusst als Weg in die Insolvenz gewählt – auf Kosten der Beschäftigten. Der IEF-Beitrag wurde zuletzt 2022 auf 0,1 Prozent gekürzt, wodurch die Rücklagen stetig sinken.

Um die Absicherung der Beschäftigten zu erhalten, muss eine – vermutlich ab 2027 erforderliche – Beitragserhöhung sowie die Erschließung anderer Einnahmen unterstützt werden.

AK Beratung: der entscheidende Unterschied für die Mitglieder

Ob Lohnrückstände im Kleintransportgewerbe, unbezahlte Überstunden in der Gastronomie oder systematischer Sozialbetrug – die AK kämpft konsequent gegen Arbeitsrechtsverletzungen. Die AK-Stabsstelle für Betrugsbekämpfung bearbeitete 2025 gemeinsam mit Gewerkschaften und Behörden 165 Akten. 754 Arbeitnehmer:innen waren von Unterentlohnungen über 5,2 Millionen Euro betroffen. Der AK-Garantiefonds federte in 713 Fällen finanzielle Engpässe während laufender Verfahren ab.

AK-Garantiefonds

Der AK-Garantiefonds unterstützt Mitglieder, die in einem arbeitsrechtlichen Verfahren offene Lohn- oder Gehaltsansprüche einfordern, mit einer Überbrückungshilfe von bis zu drei Monatslöhnen. Voraussetzung ist, dass das Rechtsschutzbüro von Arbeiterkammer Wien und ÖGB die Mitglieder vor Gericht vertritt. So wird sichergestellt, dass finanzielle Engpässe während eines laufenden Verfahrens nicht zur zusätzlichen Belastung werden. In 713 Fällen – 546 abgeschlossen, 167 noch offen – leistete die Arbeiterkammer 2025 einen Vorschuss auf eingeklagte Entgelte von durchschnittlich 2.256 Euro pro Fall.

Die AK kämpft gegen schlechte Arbeitsbedingungen

Bestimmte Branchen fallen in der Beratungspraxis der AK durch besonders viele Arbeitsrechtsverletzungen auf – allen voran Gastronomie, Handel, Bau, Reinigung und Zustellung. 2025 nahm die AK die Zustellbranche genauer unter die Lupe: Im Kleintransportgewerbe sind Verstöße keine Ausnahme, sondern die Regel. Lohnrückstände, unberechtigte Abzüge, unbezahlte Überstunden und Verletzungen von Ruhezeiten sind die häufigsten Anliegen. Die AK unterstützt ihre Mitglieder bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche und macht Missstände durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sichtbar.

1.300.000

Euro an zu viel gezahlter Miete für die Mitglieder durch den AK Altbau-Mietencheck

713

Mitglieder wurden durch einen Vorschuss von durchschnittlich 2.256 Euro pro Fall aus dem AK Garantiefonds unterstützt

562

persönliche Beratungen zu Energieverträgen

Stabsstelle Betrugsbekämpfung

Im zweiten Jahr ihres Bestehens hat die AK-Stabsstelle für Betrugsbekämpfung ihre Tätigkeit deutlich intensiviert. In enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, ÖGK, BUAK, Finanzpolizei und anderen einschlägigen Institutionen wurden 165 Akten bearbeitet. Am Ende waren es 146 Anzeigen wegen Unterentlohnung, 27 wegen Gewerbeverstößen und 13 Haftungsinterventionen. 754 Beschäftigte waren von Unterentlohnungen im Ausmaß von über 5,2 Millionen Euro betroffen – nur die Spitze des Eisbergs. Umso wichtiger ist der von der Bundesregierung endlich in Angriff genommene Kampf gegen Steuer-, Lohn- und Sozialbetrug.

Beispiele für die erfolgreiche AK Beratung 2025

- **Teilzeitdiskriminierung bei Mehrleistungen**
2025 ging die AK verstärkt gegen Teilzeitdiskriminierung bei Mehrleistungen vor. Zwei neue EuGH-Urteile verlangen gleiche Behandlung von Mehr- und Überstunden bei Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten – geeignete Fälle wurden bereits eingeklagt. Ein weiteres wichtiges Thema war der Umgang mit KI im Arbeitsrecht: Viele Mitglieder nutzen KI-Dienste für rasche Antworten, doch fehlerhafte Informationen können fatale Folgen haben. Bei arbeitsrechtlichen Entscheidungen bleibt professionelle Beratung durch AK oder ÖGB unerlässlich.
- **Die AK Wien informiert ihre Mitglieder**
Die Expert:innen der Arbeitsrechtsabteilung der AK Wien sorgen dafür, dass ihre Mitglieder stets zu allen aktuellen Fragen rund um das Thema Arbeitsrecht sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestens informiert sind – telefonisch, per E-Mail oder in persönlichen Beratungsgesprächen. Darüber hinaus werden in den verschiedenen Social-Media-Kanälen umfangreiche Infos und Tipps angeboten.
- **AK Beratung in der FAKTory**
Um junge Arbeitnehmer:innen besser zu erreichen, bietet die AK Wien in der FAKTory arbeitsrechtliche Beratung für berufstätige Studierende, Universitätsangehörige und junge Arbeitnehmer:innen an. Für kurze Fragen ist ein spontaner Besuch möglich, für ausführlichere Beratungen stehen die Expert:innen nach Terminvereinbarung dienstags und donnerstags zur Verfügung.
- **AK Altbau-Mietencheck: Gekommen, um zu bleiben**
Der seit 2024 angebotene AK Altbau-Mietencheck hat sich als wichtige Serviceleistung gut etabliert. Bis Ende 2025 wurden mit Unterstützung der AK Wien über 700 Anträge auf Mietzinsüberprüfung (Schlichtungsstelle/Gericht) eingebracht. Rund 200 Verfahren sind bereits abgeschlossen – mit einem Ergebnis von mehr als 1,3 Millionen Euro zurückgeholter Miete. Das zeigt eindrucksvoll, wie wichtig eine kompetente Unterstützung für Mieter:innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte ist. Der AK Altbau-Mietencheck wird daher auch künftig angeboten.
- **Serviceleistungen für (werdende) Eltern**
Die Nachfrage nach Serviceleistungen der Arbeiterkammer Wien rund um Karenz, Elternteilzeit, Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe war im Jahr 2025 ungebrochen groß. Besonders gefragt waren persönliche und digitale Informationsveranstaltungen für werdende Eltern sowie das ergänzende Angebot von Videoberatungen, das eine flexible und niederschwellige Unterstützung ermöglicht.
- **Neues Service: Energieberatung der AK Wien**
In Kooperation mit dem Verein für Konsument:inneninformation (VKI) bietet die Arbeiterkammer Wien eine Beratung zu Energieverträgen an. Im Jahr 2025 nahmen 562 Mitglieder dieses Service in Anspruch.

Das fordert die AK

→ Haftung bei Subunternehmer:innen-Ketten

In einigen Branchen, insbesondere im Kleintransportgewerbe, zeigen sich strukturelle Probleme besonders deutlich: Die komplexen Subunternehmer:innen-Ketten führen dazu, dass Beschäftigte oft gar nicht wissen, wer ihr:e Arbeitgeber:in ist. Jene Unternehmen, die am Anfang der Kette stehen und den größten Profit machen, drücken sich vor ihrer Verantwortung. Entscheidend ist daher eine Haftung von Erstauftraggebern für Löhne und Sozialversicherungsbeiträge. Nur so verhindern wir, dass die Hauptprofiteure sich hinter Subunternehmer:innen-Ketten verstecken und sich ihrer Verantwortung entziehen.

Kampf gegen Abzocke und unzulässige Gebühren

Viele Konsument:innen wandten sich wegen Abzocke an die AK Beratung – von Abmahnschreiben wegen Besitzstörung über Umzugstransporter bis hin zu Abo-Fallen und unzulässigen Gebühren. Die AK Konsumentenschützer:innen konnten in zahlreichen Fällen Klagen gegen unzulässige Gebühren durchsetzen und eine Gesetzesänderung erreichen, die Parkplatz-Abzocke eindämmt. Weitere Schwerpunkte waren die Digitalisierung im Konsumalltag, nachhaltiger Konsum sowie hohe Lebensmittelpreise, die der AK Preismonitor sichtbar machte und den Handlungsbedarf unterstrich.

Die Konsument:innenberatung der AK hilft

Abmahnschreiben wegen angeblicher Besitzstörung auf Parkplätzen und hohe Zahlungsforderungen verunsicherten viele Ratsuchende. Zudem beschäftigten unzulässige Zusatzgebühren und einbehaltene Kautionen eines Transportverleihs die Konsument:innenberatung. Mit Musterschreiben und Interventionen unterstützte die AK zahlreiche Mitglieder erfolgreich.

Herausforderungen des digitalen Konsumalltages

Der Konsument:innenschutz der Arbeiterkammer Wien berät bei Problemen und Fragen wie ungewollten Vertragsabschlüssen, nicht erreichbaren Online-Vertragspartner:innen, Identitätsdiebstahl und Cyberkriminalität und setzt sich auf gesetzlicher Ebene für konsument:innenfreundliche Maßnahmen in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Datenschutz ein.

Digitale Fairness

Die AK hat im Zuge der öffentlichen Konsultation zum Gesetz über digitale Fairness eine umfassende Stellungnahme abgegeben und klare Regelungen zu Dark Patterns, Addictive Design, digitalen Produkten wie Lootboxen sowie für Influencer:innen gefordert. Ziel ist auch, dass ein gleiches Maß an Fairness online und offline gewährleistet ist. Der EU-Gesetzesentwurf wird für das dritte Quartal 2026 erwartet.

Digitaler Zahlungsverkehr

Eine AK Studie mit 1.000 Befragten zeigt: Digitale Zahlungen gelten als bequem, das rasante Innovations-tempo überfordert jedoch vor allem Senior:innen und vulnerable Gruppen. Vor allem der Onlinebanking-Betrug ist ein großes Problem. Die AK setzte sich auf EU-Ebene erfolgreich für verbesserte Haftungsregeln zugunsten der Konsument:innen ein, die mit der Zahlungsdienste-Verordnung teilweise umgesetzt wurden.

AK Bankenmonitor

Neben dem regelmäßigen Lebensmittel-Preismonitor werden von der AK auch jährlich die Kosten von Bankdienstleistungen erhoben. Die AK untersuchte dabei die Preise von 53 Dienstleistungen von Banken in Wien. Die meisten Entgelte erhöhte die UniCredit Bank Austria. Positiv: Drei Banken haben keine Erhöhungen durchgeführt. Im Zuge von Klagen bekämpft die AK erfolgreich vor allem Spesen im Kreditbereich.

Konsuminitiativen als Treiber der Kreislaufwirtschaft

Beim 6. Symposium „Konsum Neu Denken“ im Herbst 2025 standen Initiativen wie Repair-Cafés, Leihläden und Foodcoops im Fokus. Sie fördern nachhaltigen Konsum und gesellschaftliche Beteiligung. Diskutiert wurden Herausforderungen wie Ressourcenmangel, fehlende politische Unterstützung sowie die Bedeutung von Vernetzung, Förderung und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Soziale Netzwerke: Dringender Handlungsbedarf

AK Studien belegen gravierende Missstände auf Social Media – von fehlender Werbekennzeichnung bis zu riskanten Inhalten für Kinder und Jugendliche. Die AK fordert EU-weit klare Regelungen, Werbetransparenz und besseren Jugendschutz.

Künstliche Intelligenz und Konsument:innen

Die AK wirkte maßgeblich an der Umsetzung des EU AI Act mit, beteiligte sich an Konsultationen, brachte Stellungnahmen ein, meldete unzulässige KI-Datenverarbeitung und arbeitete an EU-weiten Standards und Transparenzregeln für KI-Inhalte mit.

Weniger Plastik, mehr Kreativität

Eine Studie der AK zu Spielzeug zeigt: Eltern bevorzugen pädagogisch wertvolles, langlebiges und nachhaltiges Spielzeug und kritisieren Plastiküberfluss sowie stereotype Geschlechterrollen. Die AK fordert mehr Qualität, Vielfalt und Sicherheit.

EU-Spielzeugverordnung bringt mehr Sicherheit

Diese neue Verordnung verbessert den Kinderschutz durch Regeln für vernetztes Spielzeug, Beschränkungen gefährlicher Stoffe, Lärmgrenzwerte und die Einbeziehung der mentalen Gesundheit.

Repair 4 Future

In Schul-Workshops des von der AK Wien geförderten Projekts „Repair 4 Future“ lernen Jugendliche, Alltagsgegenstände zu reparieren und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu schätzen.

Kleidertauschparty

Die AK organisierte gemeinsam mit dem Repair-Festival die 3. Kleidertauschparty, bei der nicht mehr benötigte Kleidung getauscht werden kann. Damit fördert die AK Kreislaufwirtschaft und zeigt Konsument:innen aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Das hat die AK 2025 erreicht

- **Versteckte Preiserhöhung**
Die AK setzte sich erfolgreich dafür ein, dass Shrinkflation künftig im Geschäft deutlich gekennzeichnet werden muss.
- **Regeln gegen Parkplatz-Abzocke**
Die AK konnte gemeinsam mit Autofahrerverbänden eine gesetzliche Änderung erreichen, die Parkplatz-Abzocke weniger lukrativ macht.
- **Haftung bei Onlinebanking-Betrug**
Die AK setzte sich erfolgreich für strengere Haftungsregeln der Banken bei Onlinebanking-Betrug auf EU-Ebene ein.
- **Kreditbearbeitungsgebühren**
Die AK setzte sich gerichtlich gegen zahlreiche Gebührenklauseln in den Kreditverträgen von Banken durch. So sind Kreditbearbeitungsgebühren der Santander Consumer Bank und der BAWAG P.S.K. rechtswidrig. Nach Verhandlungen mit den Banken zahlen diese die unzulässigen Gebühren zurück. Betroffene Konsument:innen erhalten Millionen aus Hunderttausenden Verträgen zurück.
- **Mehrfacherfolg gegen Wizz Air**
In mehreren Verfahren der AK erklärten Gerichte über 100 Vertragsklauseln der Airline Wizz Air – darunter Check-in-Gebühren, automatische Wizz-Credits und kurze Gutscheinfrieten – für rechtswidrig. Betroffene Konsument:innen erhielten über 100.000 Euro zurück.

Das fordert die AK

- **Keine Verschlechterung auf EU-Ebene**
Die EU hat sich als Schwerpunkt die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Entbürokratisierung gesetzt. Dabei dürfen Konsument:innenrechte nicht verschlechtert werden.
- **Stärkung der Fluggastrechte**
Auf EU-Ebene wird die Fluggastrechte-Verordnung verhandelt. Fluggastrechte dürfen nicht verschlechtert werden, sondern brauchen Verbesserung.
- **Mehr Fairness in der digitalen Welt**
Auf EU-Ebene werden 2026 Vorschläge für besseren Schutz im Internet vorgelegt. Dabei sind der Schutz von Minderjährigen auf Social Media, vor schädlichen Produkten und vor Onlinebetrug wichtig.
- **Verbot von unseriösen Finanzsanierern**
Sogenannte Finanzsanierungsunternehmen zocken Konsument:innen mit der Aussicht auf einen Kredit ab und verlangen hohe Spesen. Dieses Geschäftsmodell muss verboten werden.
- **Inkassokosten wirksam deckeln**
Es braucht wirksame Regelungen, die Inkassokosten deutlich senken.
- **Kreislaufwirtschaft stärken**
Die Kreislaufwirtschaft soll durch Reparatur- und Wiederverwendungsinfrastruktur, Sharing-Modelle, Ökodesign-Ausweitung und bessere nationale Koordination gestärkt werden.
- **Beipackzettel sollen bleiben**
Neue EU-Regeln erlauben digitale Beipackzettel bei Arzneimitteln, sichern aber gedruckte Informationen für Mitgliedsstaaten – nun ist die Umsetzung in Österreich nötig.

Bildungsgerechtigkeit in herausfordernden Zeiten

Die AK setzt sich für Bildungsgerechtigkeit und gute Karrierechancen ein. Durch die sozial-ökologische Transformation, den demografischen Wandel, den digitalen Fortschritt sowie die wirtschaftspolitischen Turbulenzen und die knappen öffentlichen Budgets steht Bildungspolitik vor großen Herausforderungen. Die AK tritt für die Vereinbarkeit von Arbeit, Privatleben und Lernen sowie die Senkung der privaten Bildungskosten ein.

22.951

Jugendliche in 1.015 Workshops und Planspielen

3.631

Teilnehmende bei 78 Veranstaltungen

20.229

ausgegebene und versendete Unterrichtsmaterialien

2.000

Infokontakte und 750 Beratungsgespräche bei der BeSt 2025

Mehr Bildungsgerechtigkeit

Die AK organisierte im September eine internationale Forschungskonferenz zu Bildungsungleichheit. Die Beiträge betonten egalitäre Lernräume, kooperative Lernformate, emotionale und persönliche Begegnungen sowie experimentelles Lernen als Schlüssel für gerechte Bildung und Mitbestimmung. Diese Faktoren sind entscheidend für die künftige Gestaltung von Bildungsmaßnahmen und Partizipationsangeboten. Die AK präsentierte ihre zentralen Forderungen, Projekte und Services für mehr Bildungsgerechtigkeit und Demokratie.

Sprachförderung, aber richtig

Die Förderung von Lesekompetenz und mehrsprachigen Ressourcen ist ein zentrales Anliegen der AK. Mit der MINI-Messe bietet die AK eine Anlaufstelle für Pädagog:innen, Eltern und Organisationen, um Materialien zur Sprach- und Leseförderung kennenzulernen. Der Gesetzesentwurf zur Einführung schulautonomer Umsetzungsmöglichkeiten von flexiblen Deutschfördermaßnahmen für außerordentliche Schüler:innen war 2025 ein politischer Erfolg der AK. Damit wurde eine Alternative zu den Deutschförderklassen geschaffen.

AK Angebote für Jugendliche, Eltern und Lehrende

- **Arbeitswelt und Schule**
Das Programm bietet Workshops und Materialien in den Bereichen Berufsorientierung, Politische Bildung, Wirtschaftsbildung und Recht.
- **Unterrichtsmaterialien**
Die AK Wien bietet zahlreiche Materialien für den Unterrichtseinsatz an.
- **AK Jopsy**
Das Berufsinteressen-Tool hilft Jugendlichen und Erwachsenen bei Bildungs- und Berufswahl.
- **L14 Bildungs- und Berufsinformesse**
Die Messe unterstützt Jugendliche und ihre Eltern bei der Suche nach einem guten Bildungs- und Berufsweg.
- **BBO-Messe**
Gemeinsam mit der PH Wien organisierte die AK die Bildungs- und Berufsorientierungsmesse für Wiener Lehrkräfte.
- **AK bei der BeSt**
Auch 2025 war die AK Wien bei der größten Bildungsmesse in der Wiener Stadthalle vertreten.

Öko-Booster

Bereits im Juni 2023 rief die AK Wien gemeinsam mit dem AMS Wien und dem waff das Qualifizierungsprojekt Öko-Booster ins Leben. Bis Ende 2027 werden mindestens 100 junge Erwachsene beim BFI Wien und Jugend am Werk zu Fachkräften für den Heizungstausch ausgebildet. 2025 fanden die ersten Lehrabschlussprüfungen statt: 78 Prozent der 36 Kandidat:innen waren erfolgreich, darunter sechs mit gutem Erfolg und eine Person mit Auszeichnung. Die übrigen acht Personen haben teilbestanden und werden die fehlenden Prüfungsteile wiederholen.

12.759

Bildungsgutscheine
im Wert von 1.637.208 Euro eingelöst

2.569

Digi-Bildungsgutscheine („Digi-Bonus“)
im Wert von 372.722 Euro eingelöst

„Wissen für Alle“

Zum 100. Jahrestag der Gründung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums (GWM) durch Otto Neurath wurde eine Ausstellungskooperation mit dem Wien Museum umgesetzt. Nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten öffnete die Sonderausstellung „Wissen für Alle“ im November ihre Pforten. Die Ausstellung zeigt die bildpädagogischen und volksbildnerischen Aktivitäten Otto Neuraths und vermittelt mit Hilfe der AK aktuelle Gegenwartsbezüge, insbesondere im Bereich Arbeit, Wohnen, Bildung, Nachhaltigkeit und Demokratie.



Modernisierte Lehrberufe

Die AK hat sich gemeinsam mit den Gewerkschaften erfolgreich in die Modernisierung von folgenden Lehrberufen eingebracht: Gleisbautechnik, Labortechnik, Maler- und Beschichtungstechnik, Medienfachkraft, Straßenerhaltungsfachkraft, Elektrotechnik, Mechatronik, Glas-Verfahrenstechnik. Diese Lehrberufe sind nun kompetenzorientiert gestaltet und umfassen auch die fachübergreifenden Bereiche „Arbeiten im betrieblichen und beruflichen Umfeld“, „Qualitätsorientiertes und nachhaltiges Arbeiten“ sowie „Digitales Arbeiten“.

Support für Unterrichtende

Quereinsteiger:innen sind als Lehrkräfte in der beruflichen Bildung wichtig, um Schüler:innen auf die Berufswelt vorzubereiten. Sie vermitteln Praxiskompetenzen, Berufsorientierung und Motivation. Die AK Wien und die PH Wien haben einen Leitfaden für den fachpraktischen und fachtheoretischen Unterricht an Berufsschulen und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen entwickelt. Die Publikation „Die Kunst des Unterrichtens im Berufseinstieg“ wurde bei der Veranstaltung „Berufsbildung im Wandel“ an der PH Wien präsentiert.

Das fordert die AK

→ **Elementarbildung und ganztägige Schulformen**

Trotz knapper Budgets braucht es weiterhin einen Ausbau und eine Qualitätsoffensive.

→ **Chancenbonus**

Mit dem Chancenbonus wird eine gerechtere Schulfinanzierung und Schulentwicklung ermöglicht. Die AK wird die konsequente Umsetzung des Modells einfordern und begleiten.

→ **Lehrausbildung**

Die Bedingungen und die Qualität der Lehrausbildung müssen verbessert werden – das soll auch bei öffentlichen Förderungen berücksichtigt werden. Die Lehrabschlussprüfung muss dringend modernisiert werden.

→ **Hochschulen**

Die Vereinbarkeit von Beruf und Studium soll durch den Ausbau von berufsbegleitenden Studienangeboten erleichtert werden.

→ **Erwachsenenbildung und Weiterbildung**

Das Budget für die Erwachsenenbildung muss aufgestockt werden. In der Weiterbildung braucht es für die Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf Zeit und existenzsichernde Geldleistungen. Zur Finanzierung soll ein Weiterbildungsfonds von Unternehmen gespeist werden.

Faire Arbeit kennt kein Geschlecht!

Die Arbeiterkammer setzt sich für gute Jobchancen für alle Frauen ein und tritt konsequent gegen Rückschritte in der Geschlechtergerechtigkeit und für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen ein. Die Verringerung der Einkommensschere, die Bekämpfung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und die Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie standen auch im Jahr 2025 im Fokus der interessenpolitischen Arbeit der AK Wien.

Gleichstellungspolitik für und mit den AK Mitgliedern

2025 feierte die Arbeiterkammer Wien das 100-jährige Bestehen der Frauenabteilung. Im Jubiläumsjahr lag der Fokus auf dem Ausbau der „aufsuchenden Interessenpolitik“: Dabei kamen Frauen aus verschiedenen Betrieben und Communities in Gesprächsrunden mit ihren Anliegen zur Gleichstellung am Wiener Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zu Wort. Ihre Erfahrungen und Bedürfnisse wurden künstlerisch als Comics aufbereitet, um gleichstellungspolitische Anliegen der Mitglieder durch eine neue Bildsprache und Medien sichtbar zu machen.

Beruf, Familie, Partnerschaft: Die Vereinbarkeitsfrage

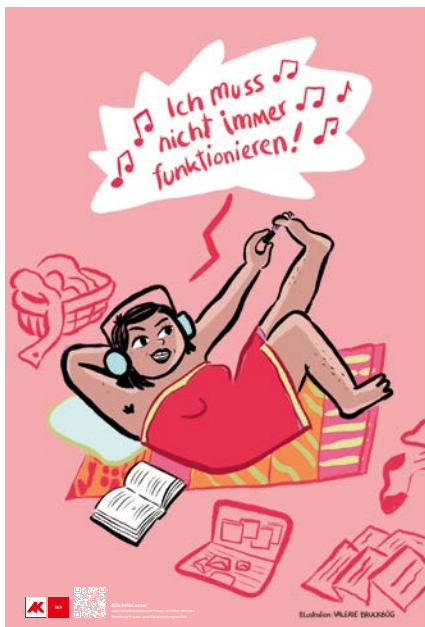
Rund 14.000 Mitglieder der AK Wien nahmen im Jahr 2025 an einer Umfrage zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie teil. Mehr als einem Drittel der befragten Frauen und Männer fällt es schwer, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die meisten Befragten wünschen sich vor allem deutlich mehr Unterstützung bei Haus- und Sorgearbeit sowie kürzere Arbeitszeiten. Für mehr Gleichberechtigung braucht es gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, mehr leistbare Kinderbetreuung und faire partnerschaftliche Aufgabenteilung der Hausarbeit.

Mehr Lohntransparenz

Lohndiskriminierung bleibt realer Bestandteil im Erwerbsalltag von Frauen. Die AK setzte sich in den Verhandlungen intensiv für die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Stärkung der Entgelttransparenz ein. Eine effektive Umsetzung unterstützt das Schließen der Lohnschere nachhaltig und bringt Klarheit für Mitarbeitende, Betriebsräte und Unternehmen. Eine Befragung der AK Wien im Rahmen der Allianz für „Lohntransparenz NEU“ zeigte: Arbeitnehmer:innen fordern faire Einkommen und wünschen sich deutlich mehr Transparenz zu Löhnen und Gehältern.

Gleichstellung: Wien geht voran, viel bleibt noch zu tun

Der Gleichstellungsindex von Arbeiterkammer und Städtebund zeigt den Stand der Gleichstellung in Österreichs Gemeinden. Für relevante Bereiche wie Einkommen, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung wird ein Index berechnet, der Gleichstellung messbar und vergleichbar macht. Am weitesten ist Gleichstellung bei der Bildung vorangeschritten, die größte Lücke zeigte sich bei Einkommen und Erwerbstätigkeit. Wien erreichte hier 77 von 100 Gleichstellungspunkten und lag damit deutlich über dem österreichischen Durchschnitt von 49 Punkten.



↑

Die Arbeiterkammer hat Frauen in Wien gefragt, wie ihr Alltag aussieht – quer durch Alter, Herkunft und Berufe. Das sind ihre Geschichten. © Arbeiterkammer Wien, Illustration von Valerie Bruckböğ

Nein zu sexueller Belästigung

Viele Arbeitnehmerinnen – besonders weibliche Lehrlinge, Praktikantinnen und Frauen in prekären Beschäftigungen – sind von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen. Besonders gefährdet sind Berufseinsteiger:innen oder junge Frauen in Ausbildung, da sie in der Unternehmenshierarchie ganz unten stehen und besonders abhängig sind. In Kooperation mit dem Verein Sprungbrett wurde daher das Projekt Act4Respect zur Unterstützung für Mädchen und junge Frauen durch Beratungen und Workshops erweitert.



Das fordert die AK

- **Rasche und vollständige Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie**
Transparenz ist ein wichtiger Hebel, um die geschlechtsspezifische Lohnschere zu schließen und faire Entlohnung für Frauen zu stärken.
- **Ausbau der Kinderbetreuung und -bildung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
Es braucht bessere Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen in der Elementarbildung, mindestens eine Milliarde Euro mehr pro Jahr sowie einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag.
- **Faire Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit**
Bessere Arbeitsbedingungen für Frauen, Stärkung der betrieblichen Rahmenbedingungen für Väter in Karenz und die Einführung der Familienarbeitszeit machen Partnerschaftlichkeit möglich.
- **Hürden beim Kinderbetreuungsgeld abschaffen**
Es braucht Rechtssicherheit und Klarheit. Bürokratische Hürden für Eltern und Komplexität sollen wegfallen.
- **Sexuelle Belästigung stoppen**
Arbeitgeber:innen müssen einen sicheren und respektvollen Arbeitsplatz schaffen. Wir fordern Präventionsmaßnahmen, Unterstützungsstrukturen für Betroffene und klares Vorgehen gegen Täter:innen im Betrieb.

Sichere und gesunde Arbeit für alle Arbeitnehmer:innen

Unser Ziel ist eine sichere und gesunde Arbeitswelt. Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Erkrankungen zu verhindern hat oberste Priorität. Wir beraten, schaffen Bewusstsein und treiben die Themen Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz politisch voran – für die Interessen der Arbeitnehmer:innen. Angriffen auf Schutzstandards unter dem Deckmantel der „Entbürokratisierung“ treten wir entschieden entgegen.

60.400

Exemplare betrug durchschnittlich die Auflage des vierteljährlich erscheinenden Magazins „Gesunde Arbeit“

64.400

Seitenaufrufe und 2.799 Downloads auf www.gesundearbeit.at

650

Erst- und Wiederverleihungen von BGF-Gütesiegeln

1.500

Beratungen von Mitgliedern bei Fragen zu Gesundheit und Arbeit

2.000

Abonent:innen des monatlichen Newsletters

AK Erfolg: Die neue Hitzeschutzverordnung

Steigende Temperaturen führen zu immer mehr akuten Hitzeerkrankungen. Auch die Belastung durch UV-Strahlung und das Risiko für Hautkrebs nehmen rasant zu. Die neue Hitzeschutzverordnung wurde auf massives Drängen der AK endlich erlassen und ist ein Meilenstein im Arbeitnehmer:innenschutz. Bisher gab es keine verpflichtenden Schutzmaßnahmen bei Arbeiten im Freien an Hitzetagen. Mit der neuen Verordnung müssen nun ab einer gefühlten Temperatur von 30°C Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Weniger körperliche Belastung im Rettungswesen

Die Arbeit von Sanitäter:innen ist in der Gesundheitsversorgung zentral. Das Rettungswesen steht nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen. Sanitäter:innen stoßen immer öfter an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Auf Initiative der Arbeiterkammer wurde ein AUVA-Projekt angestoßen, um die körperlichen Belastungen zu messen. Die Ergebnisse dieses Projekts flossen in eine interne Richtlinie für Arbeitsinspektorate ein, um diese Belastungen zu reduzieren.

„Gesunde Arbeit“ erstrahlt in neuem Glanz

Die „Gesunde Arbeit“ ist eine gemeinsame Initiative von ÖGB und Arbeiterkammer und bietet auf einer digitalen Plattform, im Magazin, im Newsletter und auf mehreren Social-Media-Kanälen umfassende Informationen rund um Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit. Das Magazin wurde unter Einbeziehung der Nutzer:innen einem umfassenden Relaunch unterzogen. 90 Prozent der Leser:innen sind mit der Themenauswahl und Aktualität sehr zufrieden. Das Magazin erscheint viermal jährlich österreichweit und erreicht über 60.000 Abonent:innen.

Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen 2025–2029

Die AK brachte einen umfassenden Forderungskatalog ein. Vorhaben wie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Frauen“ im Rahmen der österreichischen Arbeitsschutzstrategie oder „Schwerpunkte der Arbeitsinspektion auf vulnerable Bereiche“ flossen auf Anregung der AK in den NAP gegen Gewalt ein.

Arbeitnehmer:innenschutzstrategie

Die AK ist in mehreren Arbeitsgruppen der Österreichischen Arbeitnehmer:innenschutzstrategie vertreten, um gemeinsam mit dem Zentralarbeitsinspektorat, der AUVA und den Sozialpartner:innen Lösungsmöglichkeiten für den Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu erarbeiten.



Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)

Die AK sorgt für die qualitätsvolle Umsetzung von betrieblicher Gesundheitsvorsorge. Damit viele Arbeitnehmer:innen davon profitieren, setzt die AK auf Partizipation und einen ganzheitlichen Ansatz. 2025 wurden über 650 BGF-Gütesiegel verliehen und ein Infotag mit über 300 Teilnehmer:innen veranstaltet.

Gefährliche Arbeitsstoffe

Die Studie zu „Grenzwerten für gefährliche Stoffe“ wurde 2025 aktualisiert und zeigt, dass Österreich dem aktuellen wissenschaftlichen Stand drastisch hinterherhinkt. Grenzwerte für beispielsweise krebserzeugende Stoffe sollen Arbeitnehmer:innen vor dem Einatmen bedenklicher Konzentrationen schützen.

Sicherheitsvertrauenspersonen

Die Funktionsperiode von Sicherheitsvertrauenspersonen endet nach vier Jahren. Nicht immer achten Arbeitgeber:innen auf rechtzeitige Wieder- oder Neubestellung. Im Frühjahr 2025 wurden alle Sicherheitsvertrauenspersonen in Wien über die Notwendigkeit einer Wiederbestellung sowie die Serviceangebote der AK informiert.

„Rider“-Projekt: Belastungen bei Fahrradlieferdiensten

Die Studie quantifiziert die biomechanischen Belastungen von Fahrradlieferdienst-Ridern unter verschiedenen Haltungs- und Lastbedingungen. Ziel ist die wissenschaftliche Bewertung der gesundheitlichen Belastungen von großen Transportboxen auf dem Rücken und die Erarbeitung von Schutzmaßnahmen.

Das fordert die AK

- **Mehr Ressourcen für die Arbeitsinspektion**
damit die Gesundheit der Arbeitnehmer:innen nicht aufs Spiel gesetzt wird.
- **Arbeits- und Organisationspsycholog:innen**
Diese müssen als gleichberechtigte Präventivfachkräfte aufgewertet werden, um arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden.
- **Lasten wiegen schwer**
Die Umsetzung einer Durchführungsverordnung mit verbindlichen Obergrenzen zur manuellen Handhabung von Lasten ist längst überfällig.
- **Risikobasierte Grenzwerte**
Diese müssen die veralteten TRK-Werte ersetzen, damit Gefahren, die von gesundheitsschädigenden Arbeitsstoffen ausgehen, verringert werden.
- **Schutzmaßnahmen bei Hitze**
In Innenräumen und bei Arbeiten im Freien sind Schutzmaßnahmen bei Hitze einzuführen. In letzter Konsequenz muss es bezahlt hitzefrei geben.
- **Für moderne Präventionsstrategien**
Der gesetzliche Präventionsauftrag der AUVA muss auf arbeitsbedingte Erkrankungen erweitert werden.

Service und Beratung für Arbeitnehmer:innenvertreter:innen

Die AK Expert:innen beraten Betriebsrät:innen und Arbeitnehmer:innenvertreter:innen im Aufsichtsrat vorwiegend in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Sie arbeiten dabei eng mit den Gewerkschaften zusammen und bieten umfangreiche Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowie Serviceleistungen an. Um die aktuellen Problemlagen der Beschäftigten in den Betrieben zu evaluieren, werden regelmäßig Befragungen und Studien durchgeführt. Die AK Beratung ist für Arbeitnehmer:innenvertreter:innen kostenlos.

5.000

Kontaktpersonen der AK Wien wurden persönlich betreut

506

wirtschaftliche Beratungen

800

sozialpolitische Beratungen

244

Aus- und Weiterbildungsseminare mit 4.759 Teilnehmenden

50

Branchenanalysen

8.859

Arbeitsjubilare wurden 2025 von der AK Wien geehrt

Sozialpolitische Beratungen

Im Jahr 2025 hat die Arbeiterkammer Wien mehr als 800 sozialpolitische Beratungen für Gewerkschaftssekretär:innen, Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen sowie für Arbeitnehmervertreter:innen in Aufsichtsräten durchgeführt. Thematisch standen vor allem Fragen zum Arbeitsverfassungsrecht, zu Umstrukturierungen, zur Gestaltung der Arbeitszeit sowie zur Digitalisierung, KI und Datenschutz in der Arbeitswelt im Vordergrund der Beratungen.

AK Botschaften kommunizieren

Bei zahlreichen Infoteam-Aktionen mit Gewerkschaften und Betriebsrats- bzw. Personalvertretungskörperschaften wurde das persönliche Gespräch mit Beschäftigten gesucht, um ihnen Botschaften und Serviceleistungen von AK und ÖGB näherzubringen. Dabei wurden vor allem Zielgruppen, die traditionell keine starke Verbindung zu ÖGB und AK haben, angesprochen. Dies erfolgte zusätzlich zu laufenden Gesprächen in Wiener Betrieben.

Stärkung der Wirtschaftskompetenz

Wirtschaftliches Wissen ist die Grundlage, damit Betriebsrät:innen ihre Aufgabe im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften sorgfältig wahrnehmen können. Die AK bietet im Rahmen von IFAM ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm mit Seminaren, Webloounges oder Broschüren für die Aufsichtsratsmandatar:innen an. Zusätzlich wird eine Beratung für die Vorbereitung von Aufsichtsratssitzungen angeboten.

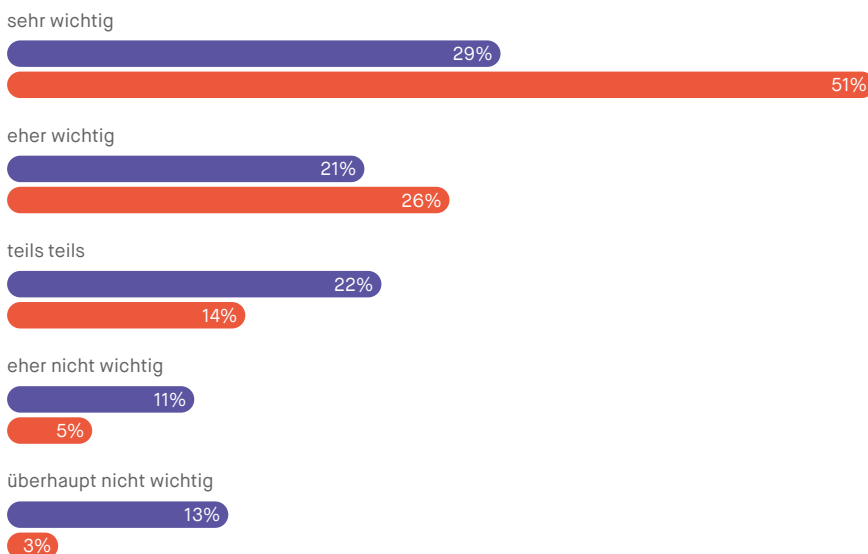
Start des AK Wien-Betriebssports

2025 startete der „AK Wien-Betriebssport“ in der Abteilung Service und Information. Organisatorische Vorbereitungen wurden durchgeführt, eine Struktur aufgebaut und die ersten Betriebssport-Events mit Gewerkschaften und Betriebsräten abgehalten. Dieses Angebot dient neben der Gesundheitsförderung auch dazu, den Zusammenhalt und die Vernetzung der Beschäftigten in den Wiener Betrieben zu stärken und einen Begegnungsort zu schaffen.

Aus- und Weiterbildung

Die AK bietet ein vielfältiges Service sowie Aus- und Weiterbildungsangebote für überbetriebliche Interessenvertreter:innen an, um die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innenvertreter:innen zu fördern. Das Angebot wurde 2025 in einem Mix aus Präsenz- und Online-seminaren weiterentwickelt und inhaltlich den veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen angepasst. Zudem wurden Spezialausbildungen und Lehrgänge durchgeführt.

GRUNDLAGENFORSCHUNG ZUR MITBESTIMMUNG: FÜR WIE WICHTIG HALTEN SIE ES, DASS ES IN EINEM UNTERNEHMEN EINEN GEWÄHLTEN BETRIEBSRAT GIBT?



AK Branchenreports 2025

Die AK Branchenreports untersuchen regelmäßig die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft anhand veröffentlichter Jahresabschlüsse. Im Jahr 2025 wurden unter anderem folgende Branchenanalysen erstellt:

- Banken
- Elektroindustrie
- Energieversorgungsunternehmen
- Gütertransport
- Papier
- Handel
- Chemieindustrie
- Kunststoffindustrie
- Metallindustrie
- Nahrungs- und Genussmittelindustrie
- Sozialbereich
- Versicherungen

- alle Führungskräfte
- Führungskräfte mit Betriebsrat

← Wie blicken Führungskräfte in Österreich auf Betriebsräte und die betriebliche Mitbestimmung? Eine Befragung von über 1.000 Führungskräften im Auftrag der AK Wien zeigt 2025 bemerkenswerte und überwiegend positive Ergebnisse: Wo es bereits einen Betriebsrat gibt, fällt das Urteil viel positiver aus. Frauen in Führungspositionen würden die Gründung eines Betriebsrates eher unterstützen. Mittlere Führungskräfte fühlen sich zudem zu drei Vierteln sehr gut von ihrem Betriebsrat vertreten.

Quelle: Arbeiterkammer Wien

Ein Recht auf Kunst und Kultur auch in Zeiten der Krise

In Zeiten des Sparens bleibt für kulturelle Angebote oft kein Geld. Die AK Wien nimmt ihren kulturellen Auftrag daher besonders ernst und ermöglicht ihren Mitgliedern Zugang zu Kunst und Kultur durch ermäßigte oder freie Eintritte. Ein Schwerpunkt sind kostenlose Vermittlungsprogramme für junge Menschen. Schon ein kleiner Betrag ist für viele Familien eine Hürde, daher ist die AK bemüht, Zugangsbarrieren abzubauen und Teilhabe zu ermöglichen. 2025 leistete die AK Wien zudem einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur.

Hunger auf Kunst und Kultur

Die AK Wien unterstützte auch 2025 den Verein Hunger auf Kunst und Kultur, der Menschen mit finanziellen Engpässen einen Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht. Mit dem Kulturpass erhalten weniger privilegierte Menschen freien Eintritt in zahlreiche kulturelle Einrichtungen wie Kinos, Museen und Theater. Zugutekommen soll diese Aktion Menschen unter der Armutsgrenze. In Wien ermöglichen aktuell über 250 Kulturpartner:innen einen unentgeltlichen Eintritt für die Kulturpass-Besitzer:innen.

Workshops für Schulklassen

Ein Schwerpunkt der AK Wien ist die Vermittlung von Kunst und Kultur für junge Menschen. Durch die Unterstützung der AK Wien werden kostenlose oder vergünstigte Vermittlungsangebote für Schulklassen ermöglicht, etwa im Burgtheater, Dschungel Wien oder Leopold Museum. Erstmals unterstützte die AK Wien 2025 das neu geschaffene Vermittlungsprogramm „Schulnetzwerk“ des Volkstheaters mit kostenlosen Workshops, Projektwochen und Fortbildungen. Damit wurden rund 3.600 Schüler:innen erreicht.

Public Moves bei ImPulsTanz

Bereits zum zehnten Mal unterstützte die AK Wien vom 11. Juli bis 8. August 2025 mit „Public Moves“ kostenlose Tanzworkshops an sieben Standorten im öffentlichen Raum beim ImPulsTanz-Festival. Ein Erfolgsmodell, das vielen tausend Teilnehmenden kulturelle Teilhabe bei freiem Eintritt ermöglicht. 2025 fanden rund 270 Tanzklassen mit 100 internationalen Dozent:innen, für 18.300 aktive Teilnehmer:innen und 24.500 Zuschauer:innen statt. Zudem ermöglicht die AK Wien kostenlose Kinderbetreuung am Festivalgelände.

OpernAir der Wiener Staatsoper

Die AK Wien unterstützte 2025 erstmals den Auftakt der Spielsaison der Wiener Staatsoper in neuer Form: Am 7. September 2025 fand im Wiener Burggarten bei freiem Eintritt das „OpernAir“ statt. Dieses kostenlose Freiluftkonzert für bis zu 6.000 Besucher:innen soll nun jedes Jahr stattfinden. Das hochkarätig besetzte Konzert wurde auch in ORF III gezeigt und gestreamt. Die Arbeiterkammer Wien bleibt auch bei dieser Kooperation ihrem Motto treu, Kultur für ihre Mitglieder niederschwellig zugänglich zu machen.

Naturhistorisches Museum

Erstmals unterstützte die AK Wien eine Ausstellung im NHM: „Two Views on Plants“ (23. September 2025 bis 1. März 2026), eine spektakuläre Schau des Filmemachers und Fotografen Sebastian Cramer mit 3D-Fotos aus der Pflanzenwelt. Die künstlerisch-wissenschaftliche Ausstellung lenkte den Blick auf „Plant Blindness“ und schuf Awareness für die Schönheit der Natur und deren Bedrohung. Die AK Wien ermöglichte zudem zwei kostenlose Workshops für Kinder. AK Mitglieder erhielten ermäßigten Eintritt.

Wiener Stadtgespräche 2025

Das Wiener Stadtgespräch ist eine Kooperation der AK Wien mit der Wiener Wochenzeitung FALTER und widmet sich Gesprächen mit international renommierten Gästen zu aktuellen Themen. Der Journalist und Autor Heribert Prantl war im Mai 2025 zum Thema „Plädoyer für eine Kultur des Friedens“ zu Gast. Im Juni diskutierte die Journalistin und Filmemacherin Julia Friedrichs über „Die geheime Welt der Superreichen.“ Im November analysierte die Regisseurin und Medienaktivistin Kathy Leichter „Das Erbe der Käthe Leichter.“

Jüdisches Museum Wien

Im Gedenkjahr 2025 unterstützte die AK Wien die Ausstellung „Sag mir, wo die Blumen sind... 80 Jahre nach dem Krieg“ im Jüdischen Museum Wien. Die Ausstellung befasste sich mit europäischer Erinnerungskultur und den Nachwirkungen der Schoa. Der Fotograf Roger Cremers dokumentierte mit „World War Two Today“ historisch kontaminierte Landschaften und Gedenkstätten in Europa und beleuchtete, wie Nachkriegsgesellschaften mit dem Erbe der großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts umgehen.



IHSF Publikation „Schaltstelle des Terrors“

AK Wien: Lern- und Erinnerungsort zur NS-Geschichte

80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs präsentierte die AK Wien 2025 einen neuen Lern- und Erinnerungsort. Am heutigen Standort in der Prinz-Eugen-Straße befand sich ab 1938 im beschlagnahmten Palais Rothschild die von Adolf Eichmann gegründete „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, verantwortlich für die Vertreibung und Deportation der jüdischen Bevölkerung in Todeslager. Die „Zentralstelle“ wurde zum „Wiener Modell“ für die Entrechtung, Enteignung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

2021 schrieb die AK Wien einen wissenschaftlich-künstlerischen Wettbewerb zur Gestaltung einer historischen Informationsinstallation und eines Erinnerungszeichens aus. Der Siegerentwurf der Historikerin Sophie Lillie und des Künstlers Arye Wachsmuth „Schaltstelle des Terrors“ wurde im September 2025 präsentiert.

Die Dauerausstellung fokussiert auf die Täter:innen der verbrecherischen Bürokratie – in dieser Form ein Novum in der Aufarbeitung der NS-Geschichte in Österreich. Die AK Wien hat diesen Erinnerungsort im Foyer des Haupthauses geschaffen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung, gerade in Zeiten, in denen Autoritarismus und Antisemitismus wieder salonfähig werden und demokratische Errungenschaften unter Druck geraten.

← „Schaltstelle des Terrors“ – Dauerausstellung über die ehemalige „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ von Sophie Lillie und Arye Wachsmuth im Foyer der AK Wien.



Kostenfreier Zugang zu Wissen und Information zur Stärkung von demokratischer Teilhabe

Die AK Bibliothek Wien steht für niederschweligen und kostenfreien Zugang zu Bildung, Wissen und Informationen. Sie stärkt damit Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Bewusstsein. Neben einem umfangreichen Bestand an Fachliteratur bietet sie Tages- und Wochenzeitungen, E-Books, Audiobooks, E-Journals und Streamingangebote. Zudem stehen allen Nutzer:innen PC-Arbeitsplätze, Druck- und Scanmöglichkeiten sowie WLAN zur Verfügung. Die AK Bibliothek Wien ist damit ein offener Ort für alle, die Wissen suchen.

Messe Buch Wien 2025

Die AK Wien präsentierte sich bei 72.000 Messe-Besucher:innen als Produzentin und Vermittlerin von Wissen und Informationen. Am Gemeinschaftsstand mit dem ÖGB-Verlag stießen die Publikationen und Beratungsangebote auf großes Interesse. Die Expertise und thematische Vielfalt der Zeitschriften, Studien und Services führte zu einem regen Austausch über aktuelle gesellschaftspolitische Themen und stieß auf viele positive Rückmeldungen.

Polylino: Lesespaß und Teilhabe

Mit diesem digitalen Bilder- und Kinderbuchangebot in rund 70 Audio- und 40 Textsprachen stärkt die AK Bibliothek frühzeitig Sprach- und Lesekompetenz. Das vielsprachige Angebot vermittelt altersgerecht Wissen zu unterschiedlichsten Themen wie Nachhaltigkeit, Demokratie, Kinderrechten oder Inklusion, aber auch Humor und Gefühle kommen nicht zu kurz. 2025 wurde das kostenlose Angebot mehr als 25.000-mal genutzt. Damit leistet die Bibliothek einen wichtigen Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe.

Wissen für alle zugänglich

In der AK Bibliothek finden die interessierten Leser:innen auch ein breites Angebot an sozialwissenschaftlicher Fachliteratur in gedruckter Form, deren Bestand jährlich um rund 4.000 neu erschienene Medien wächst. Dass inhaltliche Qualität und Aktualität des Bestandes von den Leser:innen sehr geschätzt werden, lässt sich an der Steigerung der Entlehnungen um mehr als zehn Prozent erkennen.

30.235

Entlehnungen gedruckter Medien

147.247

Downloads digitaler Medien (OverDrive, Polylino)

33.642

Gestreamte Filme und Serien (filmfriend)

77.086

Zugriffe auf digitale Publikationen



20.253

Bibliotheksbenutzer:innen vor Ort

Netzwerk Wissenschaft

Das Netzwerk Wissenschaft der AK Wien hat das Ziel, die Zusammenarbeit mit Institutionen und Personen aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft kontinuierlich auszubauen. Die interessenpolitischen Aktivitäten der AK Wien werden damit auch im wissenschaftlichen Bereich verankert und die Perspektive von Arbeitnehmer:innen in die akademische Forschung eingebracht. Insbesondere fördern wir Nachwuchsforscher:innen für eine nachhaltige Vernetzung mit den künftigen führenden Köpfen in den wissenschaftlichen Institutionen Österreichs.



↑
Lesesaal der AK Bibliothek Wien

Kompetenz und Vernetzung

Das Netzwerk Wissenschaft fördert Abschlussarbeiten, Projekte und Kooperationen, die der wissenschaftlichen Kompetenz und Vernetzung der AK Wien dienen. Die AK gestaltet damit die Wissenschaft im Interesse der Arbeitnehmer:innen mit und schärft das Bewusstsein des Nachwuchses für die Arbeitswelt. So wurde 2025 die Forschungs Kooperation SOZÖK-NET zur Erforschung des sozialen und ökologischen Umbaus der Arbeitswelt verlängert.

Wissenschaftliche Abschlussarbeiten

Im Jahr 2025 wurden vier Masterarbeiten und Dissertationen gefördert. Die Studierenden behandelten dabei für die AK relevante Themen, etwa die Umsetzung eines grünen Strukturwandels in Österreich oder die Betroffenheit von krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit und mangelnder sozialer Absicherung. Eine Arbeit widmete sich der sozioökonomischen Stadtentwicklung Wiens in der Nachkriegszeit.

30 geförderte Projekte

2025 förderte das Netzwerk Wissenschaft insgesamt 30 Projekte, die der Vernetzung zwischen Arbeiterkammer und Wissenschaft dienen. Dazu zählen etwa die Karl-Polanyi-Gastprofessur an der Universität Wien, das sozialwissenschaftliche Netzwerk „Diskurs“, eine Ringvorlesung zu betrieblicher Mitbestimmung und die Wissenschaftsalianz Sozioökonomie. Auch zahlreiche Fachkonferenzen, etwa zu den Themen Migration und Gleichstellung, wurden gefördert.

Förderung junger Wissenschaftler:innen

Ein besonderer Fokus des Netzwerks Wissenschaft besteht in der Nachwuchsförderung. So kann der wissenschaftliche Nachwuchs bis zu vier Monate als Forschungsassistent:in in der AK Wien tätig sein. Sie erhalten einen Arbeitsplatz, finanzielle Unterstützung und eine umfassende inhaltliche Betreuung durch die Expert:innen der AK. 2025 nutzten 15 Jung-Akademiker:innen diese Möglichkeit in sieben Abteilungen der AK Wien.

Heute und in Zukunft: Gerechtigkeit für junge Menschen

Als AK Wien unterstützen wir junge Menschen mit Expertise in allen Lebens- und Arbeitslagen und bauen gemeinsam mit ihnen Räume der Teilhabe und Ermächtigung. Ob Schüler:in, Lehrling, Student:in oder junge Arbeitnehmer:in – die AK steht jungen und künftigen Mitgliedern mit Rat und Recht zur Seite. Wir zeigen offensiv Lösungen, damit sich auch in Krisenzeiten etwas bewegt. Die Arbeiterkammer hört auf junge Wiener:innen und setzt ihre ganze Kraft dafür ein, dass diese zu ihrem Recht kommen.



Literatur, Wissen und Beratung

Seit Jahren steigt der Anteil jener Studierenden, die während ihres Studiums arbeiten. Viele sind prekär beschäftigt. Studierende finden in der FAKTory ein offenes Haus, das ihnen in krisenhaften Zeiten den Rücken stärkt und zur Seite steht. Die FAKTory unterstützt als gemeinsamer Hub von ÖGB-Verlag und Arbeiterkammer Wien junge Menschen in ihren Anliegen. Vor Ort bietet die FAKTory nicht nur maßgeschneiderte Beratungsleistungen, sie eröffnet jungen Menschen auch Räume, in denen Wissen ausgetauscht, geteilt und gemeinsam verhandelt wird.



AK Campus der Jugend

Mit YO CA entsteht in der Plößlgasse 13 in den kommenden Jahren ein Bildungshaus für junge und künftige Arbeitnehmer:innen. Neben bestehenden Angeboten wie dem Workshopzentrum „Arbeitswelt und Schule“ ziehen im YO CA auch neue Formate wie Ausstellungsflächen, Labore, Werkstätten und Medienräume ein. Seit der Kür des Siegerprojektes 2024 wurde im vergangenen Jahr an der Detailplanung gearbeitet. 21 junge Erwachsene entwickeln im Rahmen der Jugendbeteiligung gemeinsam mit AK Expert:innen die Entwürfe der Architekt:innen weiter.



AK Videospiegel

Nach einjähriger Entwicklungszeit wurde das AK Videospiegel „One Up Island“ vom österreichischen Spieleentwicklerstudio rarebyte entwickelt und umgesetzt. Darin sind die Spieler:innen auf einer Insel mit Zuständen konfrontiert, die an die industrielle Revolution erinnern. Gemeinsam müssen sie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen erkämpfen. Das Spiel kann auch als Workshop bei „Arbeitswelt und Schule“ kostenlos bezogen werden. Begleitet wird „One up Island“ von Unterrichtsmaterialien, die den Sozialstaat und Arbeiter:innenrechte behandeln.

Demokratiebildung

Besonders Lehrlinge fühlen sich nicht von der Politik repräsentiert. Um diesem Trend entgegenzuwirken, organisierte die AK Wien gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend im Vorfeld der Wien Wahl ein modernes Diskussionsformat für Berufsschüler:innen. Bei der Fachveranstaltung „Jugend für Demokratie gewinnen. Städte als Motoren der Demokratie“ befassten sich Expert:innen und Interessierte mit politischer Partizipation junger Menschen und der Rolle der Städte. Im Bereich Politischer Bildung und Demokratiebildung ist die Arbeiterkammer laufend aktiv.

Junge Wiener:innen verdienen gerechte Chancen

Die dritte Ausgabe der AK Langzeitstudie „Junge Menschen in Wien“ untersuchte die Lebenslagen junger Wiener:innen zwischen 16 und 30 Jahren. Sieben von zehn Jugendlichen sind mit ihrer Lebenssituation zufrieden, doch wachsen die Herausforderungen beim Start ins eigenständige Leben: Ein Drittel kommt kaum mit dem Einkommen aus, ein Drittel wohnt in prekären, befristeten Mietverhältnissen und fast die Hälfte darf aufgrund fehlender Staatsbürgerschaft wenig mitbestimmen. Junge Menschen brauchen Schutz, Vertretung und eine starke Stimme.

Das fordert die AK

- **Leistbares Wohnen**
Weg mit befristeten Mietverträgen, mehr Startwohnungen für Junge und einen überall wirksamen Mietpreisdeckel.
- **Aus- und Weiterbildung**
Ausweitung der Berufsorientierung, Rechtsanspruch auf Qualifizierungsgeld für alle über 25, eine Qualitätsoffensive in der Lehre und die Modernisierung der Lehrabschlussprüfung.
- **Demokratie**
Politische Bildung als eigenes Fach in allen Klassen, eine Stärkung der demokratischen Rechte und Teilhabe junger Menschen sowie ein erleichterter Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft besonders für junge Menschen.

21

junge Menschen arbeiteten partizipativ an den Entwurfsvorschlägen für YOCA

5.640

Besucher:innen informierten sich bei der L14 AK Bildungs- und Berufsinformesse

3.575

Teilnehmer:innen in 171 Workshops zu „Jugendliche als Konsument:innen“

2.100

Schüler:innen sahen das Stück „Pflichtpraktikum? So eine Show!“ im Theater Akzent

5.655

Jugendliche nahmen an 249 AK Berufsorientierungs- und Bewerbungstrainings teil

3.934

Besucher:innen bei 123 Veranstaltungen in der FAKTory

4.100

Jugendliche bekamen 2025 den Finanzführerschein verliehen

2.674

Jugendliche bei 125 Workshops zum Schwerpunkt „Check up Lehre“

467

Schüler:innen bei 21 Workshops mit Comics & Graphic Novels als Spiegel der Gesellschaft

Gerechtigkeit muss sein.

Was braucht es für ein sorgenfreies Leben? Leistbare Energie, bezahlbares Wohnen, eine funktionierende Gesundheitsversorgung, faire Chancen im Beruf und ein gerechtes Steuersystem. Für viele Menschen sind diese Selbstverständlichkeiten längst keine Realität mehr. Mit der Kampagne „Gerechtigkeit muss sein“ setzten wir uns klar und entschlossen für die Interessen der Arbeitnehmer:innen ein und zeigten, wie mehr Gerechtigkeit für alle möglich wird. Soziale Sicherheit und Fairness sind keine Privilegien, sondern Grundrechte.



Kampagne 2025

Ausgangspunkt der Kampagne war die wachsende Unsicherheit vieler Beschäftigter. Steigende Energiepreise, hohe Mieten und lange Wartezeiten im Gesundheitssystem belasten den Alltag. Gleichzeitig tragen Arbeitnehmer:innen den größten Anteil am Steueraufkommen, während große Konzerne und Superreiche oft geschont werden.

Mit fünf zentralen Forderungen traten wir für konkrete Verbesserungen ein: eine wirksame Energiepreisbremse statt Übergewinne für Konzerne, leistbares Wohnen durch Mietpreisbremse und klare Regeln gegen Befristungen, eine hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung für alle unabhängig vom Einkommen, faire Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für junge Menschen sowie ein gerechtes Steuersystem.

Als starke Stimme der Arbeitnehmer:innen machten wir deutlich: Gerechtigkeit muss sein – in allen Lebensbereichen.

110.000 Follower:innen auf TikTok

Auf TikTok kommuniziert die AK mit jungen Arbeitnehmer:innen zwischen 18 und 45 Jahren. 2025 hat sich die Zahl der Follower:innen auf 110.000 Personen erhöht, rund 28 Millionen Aufrufe verzeichneten die Beiträge und Videos bei 225.000 Interaktionen. Hohes Interesse gab es an den Themen Arbeitszeiten, Konsument:innenschutz, Preisvergleiche und Mietverträge.

Facebook bleibt stark

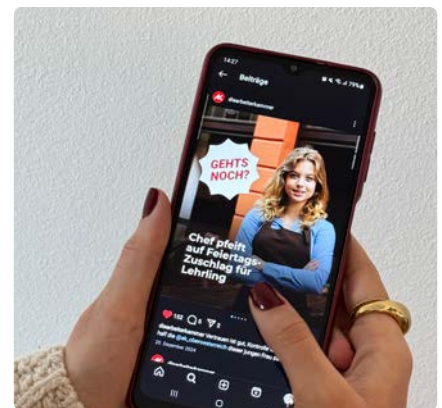
Mit über 22.000 Kommentaren im Jahr zählte Facebook auch 2025 zu den interaktionsstärksten Social Media Kanälen der AK. Für mehr als hunderttausend Mitglieder ist die Plattform nicht nur die erste Anlaufstelle für Serviceanfragen, sondern auch ein aktiver Raum für Austausch und Diskussion. Unter den Top-Themen: KI & Datenschutz, unbezahlte Überstunden und absurde Fälle aus der Arbeitswelt.

LinkedIn wächst weiter

58.000 Personen folgten der Arbeiterkammer 2025 auf LinkedIn, über 28.000 abonnierten den eigenen Newsletter – ein Großteil davon Berufseinsteiger:innen. Diese werden regelmäßig mit kompakten Infos und den aktuellsten News rund ums Thema Arbeit versorgt. Für besondere Aufmerksamkeit sorgte die Debatte um Teilzeitarbeit.

Instagram knackt 50.000 Follower:innen

Ob Teuerung, Missstände in der Arbeitswelt oder unzulässige Kreditgebühren – die AK ist dort, wo sie gebraucht wird: bei ihren Mitgliedern, offline wie online. 2025 setzte die AK verstärkt auf persönliche Erfahrungen und verschaffte ihren Mitgliedern Gehör und Sichtbarkeit auf Instagram. Mit Erfolg: Die Zahl der Follower:innen stieg deutlich auf 51.000, gleichzeitig nahmen die Interaktionen spürbar zu.



Kennzahlen 2025

34,4 Mio.

Besuche auf den AK Websites, davon 16,9 Mio auf den Online-Rechnern

4,7 Mio.

Gesamtauflage der Mitgliederzeitung „AK für Sie“

325.000

analoge Mailings zu 32 Themen

147.700

digitale Mailings zu 53 Themen

3,3 Mio.

Versand und Downloads von Broschüren und Foldern

156.100

Abonent:innen des AK Wien Newsletters

35

Pressekonferenzen und Pressegespräche

Die AK auf Social Media

9,1 Mio.

Aufrufe auf **Instagram** mit 225.000 Interaktionen und 51.000 Follower:innen

1,7 Mio.

Aufrufe auf **Youtube** und 18.000 Abonent:innen

47,4 Mio.

Aufrufe auf **Facebook** mit 214.000 Interaktionen und 142.000 Follower:innen

28 Mio.

Aufrufe auf **TikTok** und 110.000 Follower:innen

1,5 Mio.

Impressionen auf **LinkedIn** mit 58.000 Follower:innen

4.600

Threads Follower:innen

2.900

Bluesky Follower:innen

Mit der AK umfassend und aktuell informiert

Ein wesentlicher Auftrag der AK besteht auch darin, ihre Mitglieder sowie eine breite Öffentlichkeit über ihre umfangreichen Aktivitäten und Serviceangebote laufend und kostenlos zu informieren. Das umfangreiche Angebot an Ratgebern und Publikationen ist sowohl als Printversionen als auch digital verfügbar.

4,7 Mio.

Gesamtauflage der Mitgliederzeitung „AK für Sie“

Aktuell

Aktuell informiert Arbeitnehmer:innenvertreter:innen serviceorientiert über Neuerungen in der Arbeitswelt, wichtige Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht und Leistungen der AK. 2025 erschien Aktuell sechsmal mit einer Auflage von je rund 11.000 Stück zu Themen wie „Arbeiten bei Hitze“, „Insolvenzen“ oder „Älterenbeschäftigung“. Aktuell gibt es auch auf LinkedIn, via Newsletter und auf www.ak-aktuell.at.

AK FÜR SIE

AK FÜR SIE, die Mitgliederzeitschrift der AK Wien, erschien 2025 sechsmal und informierte die AK Mitglieder zu aktuellen Themen. Themenschwerpunkte waren u.a. „Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen“, „Unrechtmäßige Klauseln bei Mietverträgen“, „Gesunde Arbeitsplätze“, „Weiterbildung“, „Digitalisierung“ oder „Lohnbetrug“.

472.700

Mailings (analog und digital) zu mehr als 50 Themen

AK.Frauen.Management.Report.2025

2025 sind Führungspositionen in den größten österreichischen Unternehmen weiterhin stark von Männern dominiert. Zwar stellt die Umsetzung der EU-Richtlinie „Women on Boards“ durch eine verbindliche Quote für Vorstände einen Fortschritt dar. Aktuell gibt es nur für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten eine Quotenregelung. Diese bezieht sich nur auf den Aufsichtsrat.

A&W Blog

Seit über 10 Jahren erscheint jeden Werktag ein Beitrag von Expert:innen aus AK und Gewerkschaften sowie Wissenschaftler:innen, die ihr Expertise und Standpunkte am A&W Blog teilen. Die Schwerpunkte lagen im Jahr 2025 auf Budgetpolitik, der sozialen und ökologischen Transformation sowie der Digitalisierung der Arbeitswelt.



AK Stadt

Die Zeitschrift „AK Stadt“ erscheint vierteljährlich und analysiert relevante Kommunalthemen für Wiener Arbeitnehmer:innen und deren Relevanz für die Stadtentwicklung. Die Schwerpunkte bildeten 2025 „20 Jahre BUWOG & Co: Wie sieht's heute aus?“, „EU-Wohnungsmarkt unter Druck“, „Sozial gerechter Klimaschutz“ und „Junge Menschen in Wien“.

Arbeit und Wirtschaft 2025

Das Print- und Online-Magazin von Arbeiterkammer und ÖGB richtet sich an Betriebsräte sowie eine sozial- und wirtschaftspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Schwerpunkte 2025 bildeten die veränderten globalen Rahmenbedingungen, die Wirtschaftskrise, Künstliche Intelligenz und Demokratie.

AK Unternehmensradar 2025

Um zeitnah nach der Bilanzlegung eine Einschätzung der wirtschaftlichen Performance der großen Unternehmen treffen zu können, werden mit diesem Analyseinstrument die großen Kapitalgesellschaften einem ersten, umfangreichen Bilanzcheck unterzogen.

AK Europa-Büro Newsflash

Der zweiwöchentlich erscheinende elektronische Newsletter des Brüsseler AK Europa-Büros informiert über Aktuelles aus Europas Hauptstadt. Er stellt eine wichtige Informationsgrundlage für Interessierte in Österreich und in Brüssel über europapolitische Entwicklungen und Entscheidungen aus dem Blickwinkel von Arbeitnehmer:innen dar.

AK Branchenreports 2025

Die AK Branchenreports untersuchen regelmäßig die Entwicklung und wirtschaftliche Lage der österreichischen Industrie anhand veröffentlichter Jahresabschlüsse. 2025 wurden unter anderem Branchenanalysen in der Holzindustrie, der Elektro- und Elektronikindustrie, der Chemie- und der Metallindustrie oder im Kreditsektor durchgeführt.



AK Bankenmonitoring 2025

Das laufende AK Bankenmonitoring von elf Banken in Wien (Erhebungszeitpunkt Jänner 2025 im Vergleich zu Jänner 2024) über die Preise von 53 Dienstleistungen (Zahlungsverkehr, Sparen, Kredit, Wertpapiere) zeigte, dass acht von elf der untersuchten Banken Preis- bzw. Entgelterhöhungen vorgenommen haben. Drei Banken haben keinerlei Preis- bzw. Entgelterhöhungen vorgenommen.

MWuG – Working Paper Reihe

In der Reihe Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft erscheinen Studien und Analysen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Jahr 2025 wurden zehn Arbeitspapiere veröffentlicht, unter anderem die AK-Analyse zum Doppelbudget 2025/26 sowie Studien zur Betroffenheit von Niedriglöhnen, zu Ungleichheit bei Hitzebelastung oder zu kommunalen Investitionen in den Klimaschutz.

Frauen und das Pensionskonto

Ratgeber für Frauen zum Thema Pension in zwei Teilen: Teil 1 erläutert das Pensionskonto mit Fokus auf Kindererziehungszeiten. Teil 2 behandelt Pensionshöhe und Verbesserungsmöglichkeiten. Zahlreiche Berechnungsbeispiele veranschaulichen die Inhalte.

Pension

Umfassender Pensionsratgeber mit 60 Fragen im Frage-Antwort-Format für Mitglieder vor und während der Pension. Hauptthemen: Pensionsantritt, Pensionsarten, Pensionsberechnung und Zuverdienst.

Gesunde Arbeit

Das Magazin „Gesunde Arbeit“ erschien 2025 dreimal mit einer Auflage von 60.400 Stück. Jede Ausgabe widmet sich einem Hauptthema rund um den Themenkreis Arbeitnehmer:innenschutz. Die Schwerpunkte bildeten „Null Toleranz! Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz keine Chance geben“, „Gute Arbeit – gute Arbeitskräfte! Personal halten und gewinnen“ und „Notfall im Betrieb: Gut vorbereitet für den Ernstfall?“.

Stadtunkte

In der AK Studienreihe Stadtunkte werden Studien zu kommunal- und wohnpolitischen Themen veröffentlicht. Im Jahr 2025 wurden „Wandel der Wohnqualitäten im Zuge von Privatisierungen“, die „Transformation des Wiener Altbau-Miethaus-Bestands“ und „Junge Menschen in Wien“ in den wissenschaftlichen Blick genommen.

Infobrief EU & International

Der digitale Newsletter erscheint viermal jährlich und informiert über europäische und internationale Entwicklungen aus Sicht der Arbeitnehmer:innen. Schwerpunkte lagen beim Kampf gegen blinde Deregulierung im Binnenmarkt, der Nachhaltigkeit globaler Lieferketten sowie der Weiterentwicklung des sozialen Europas.

Familienzuwachs

Diese Broschüre richtet sich an Familien und informiert über Geldleistungen und Krankenversicherungsschutz vor und nach der Geburt eines Kindes sowie über die Auswirkungen der Kindererziehungszeiten auf das Pensionskonto.



Verkehr & Infrastruktur

Die Schriftenreihe Verkehr und Infrastruktur der AK widmete sich im Jahr 2025 dem Thema „Mobilitätswende produzieren – Produktionsbedingungen der österreichischen Bahnindustrie und industrielle Potenziale durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs“.

Strukturwandelbarometer

Im Rahmen des Strukturwandelbarometers werden Betriebsratsvorsitzende österreichischer Unternehmen im Auftrag von Arbeiterkammer Wien und ÖGB befragt, welche Veränderungen in ihren Betrieben im Hinblick auf Arbeit, Strategie und Mitbestimmung erkennbar sind. Dabei stehen jährlich spezifische relevante Schwerpunkte und Faktoren im Fokus.

Wirtschaft und Gesellschaft

Die Fachzeitschrift verbindet Wirtschaftswissenschaft und -politik. Sie richtet sich an Forscher:innen, Studierende und eine interessierte Öffentlichkeit. Schwerpunkte waren 2025 die Budgetpolitik, eine Produktivitätsstrategie für nachhaltigen Wohlstand sowie Wirtschaftsprognosen in unsicheren Zeiten. Außerdem feierte die Zeitschrift ihr 50-jähriges Jubiläum.

Gesundheit und Soziales Info

Welche Werte gelten in der Sozialversicherung? Wie hoch ist die Rezeptgebühr? Was kostet die Selbstversicherung in der Pensionsversicherung, wenn ich ein behindertes Kind pflege? Um wie viel wird meine Gutschrift am Pensionskonto erhöht? Gesundheit und Soziales Info veröffentlicht jährlich die aktuellen Werte im Sozialversicherungsrecht.

Wirtschaft und Umwelt

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 15.000 Stück und ergänzendem Internetauftritt. Schwerpunkte bilden die Bereiche Klima, Ökologie, Umweltökonomie, Umwelt- und nachhaltige Mobilitätspolitik. Themen 2025 waren „Zug um Zug“, „Klimaresiliente Infrastruktur“, „Gerechtigkeit auf der Straße“ und „Gerechte Verteilung“.

Wohlstandsbericht 2025

Der jährlich erscheinende Wohlstandsbericht misst gesellschaftlichen Fortschritt in fünf Dimensionen. Dazu zählen gerecht verteilter Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, hohe Lebensqualität, intakte Umwelt und gesamtstaatliche Stabilität. Der 2025 veröffentlichte Bericht ergab eine negative Entwicklung in vier der fünf Ziele.



Unterstützte Einrichtungen

Institut für Historische Sozialforschung (IHSF)

Schwerpunkt des IHSF ist die Erforschung und Vermittlung österreichischer Gesellschaftsgeschichte seit 1848. Zudem fungiert das Institut als Archiv der AK Wien mit Sammlungsschwerpunkten zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sowie zur jüngeren Sozialgeschichte.

→ **wasbishergeschah.at**

Mit der Universität Wien betreibt das IHSF ein Social-Media-basiertes Geschichtsvermittlungsprojekt: wasbishergeschah.at. Bespielt werden sieben Plattformen, der Hauptkanal ist Instagram. Mit 62.000 Follower:innen ist wasbishergeschah der zweitgrößte institutionelle Geschichte-Account im deutschen Sprachraum.

→ **Theodor Körner Fonds und Edith Saurer Fonds**

Das IHSF verwaltet zwei Wissenschaftsfonds zur Unterstützung exzellenter Nachwuchsforscher:innen und -künstler:innen. Unter hunderten Einreichungen zeichnete der Körner Fonds 20 Siegerprojekte aus. Der Edith Saurer Fonds, der geschichtswissenschaftliche Projekte fördert, prämierte zwei Forschungsvorhaben.

→ **Standortgeschichte AK Wien**

Anlässlich einer neuen Dauerausstellung zur „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ publizierte das IHSF einen Sammelband zu Geschichte und Personal dieser NS-Behörde. Wiener Schulbibliotheken sowie Gedenkstätten und einschlägige Forschungseinrichtungen erhalten ein kostenloses Exemplar. Ab 2026 werden Workshops für Schul- und Lehrlingsgruppen angeboten.

→ **Veranstaltungsreihe**

2025 fanden im Rahmen der IHSF-Veranstaltungsreihe 20 Abendveranstaltungen mit historischen Vorträgen, vier Fachkonferenzen und drei Filmscreenings mit über 2.000 Besucher:innen statt.

Technisch-Gewerbliche Abendschule (TGA)

143 Studierende der Werkmeisterschule bestanden im Jahr 2025 ihre Abschlussprüfungen in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Bauwesen, Maschinenbau und Kraftfahrzeugtechnik. Über 156 neue Studierende traten im Herbst in die fünf ersten Klassen ein, was die unbrochene Beliebtheit der Werkmeisterausbildung untermauert. Mit über 300 Studierenden ist die TGA österreichweit eine der größten technisch-gewerblichen Weiterbildungseinrichtungen. Sie ermöglicht ihren Absolvent:innen, rasch in Führungspositionen aufzusteigen und wirkt dem Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften entgegen.

Theater AKZENT

Im Jahr 2025 konnte die Auslastung auf über 84 Prozent gesteigert werden, was über 130.000 Besucher:innen entspricht. Ein Rekord seit Bestehen des Theaters. Die letztjährige Höchstzahl beim Abo-Verkauf an Schulen für Kinder bis zehn Jahren wurde mit 7.917 Abonnements nochmals übertroffen. Zu den Highlights 2025 zählte unter anderem die siebente Ausgabe des Festivals „women“, in der ausdrucksstarke Frauen begeisterten: Zu Gast waren unter anderem Schauspielgröße Verena Altenberger, die Jazz-Sängerin und Komponistin Yumi Ito, die portugiesische Sängerin LINA_ sowie die preisgekrönte Rapperin Yasmo & friends.

Verein für Konsumenteninformation (VKI)

Im Jahr 2025 gab es 54.370 Kontakte des Konsument:innen Centers mit Kund:innen für kurze Anfragebeantwortungen. 3.807 weitere Beratungen wurden durchgeführt. In 1.157 Fällen war eine Intervention bei Unternehmen notwendig. Die KONSUMENT-Print-Abos sind weiter rückläufig. Die Anzahl der veröffentlichten Tests wurde auf 131 gesteigert. Der VKI hat 2025 insgesamt 274 Verfahren durchgeführt, eine Sammelklage gegen die BAWAG PSK für Phishing-Opfer eingebracht und in diversen Sammelaktionen für rund 176.000 Konsument:innen Refundierungen von rund 37 Mio. Euro erreicht.

Jugend am Werk

Die Jugend am Werk Bildungsraum GmbH hat 2025 für rund 1.400 Jugendliche, die keine Lehrstelle am freien Arbeitsmarkt finden konnten, sowie für viele Erwachsene, die einen Lehrabschluss nachholen möchten, fundierte Berufsausbildungen angeboten. 237 Teilnehmer:innen haben die (außerordentliche) Lehrabschlussprüfung absolviert, und viele Lehrlinge konnten erfolgreich in eine Lehrstelle vermittelt werden. Darüber hinaus bereiten sich Jugendliche und Erwachsene in Projekten wie AusbildungsFIT STAR, der #futurefactory oder Get Started im Rahmen von Berufsorientierung oder Basisbildung auf das Berufsleben vor.

WIFO

Das 1927 gegründete Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) setzt den Schwerpunkt seiner ökonomischen Analysen auf die Gesamtwirtschaft, Arbeit und Soziales, Industrie und Innovation sowie Klima- und Regionalpolitik. Arbeiterkammer und Sozialpartner stützen ihre Arbeiten vielfach auf Forschungsergebnisse und Beratung durch das Institut. Im Jahr 2025 standen die Einschätzungen des WIFO zu Teuerung und Budgetdefizit sowie die Qualität von Wirtschaftsprognosen in unsicheren Zeiten im Mittelpunkt. Besonderes Interesse lag auch auf der Analyse der gestiegenen Lohnquote.

Momentum Institut

Das 2019 gegründete Momentum Institut versteht sich als ökosozialer Think Tank der Vielen. Es stellt ein Gegengewicht zu den von Unternehmen und Vermögenden finanzierten Think Tanks und arbeitet inhaltlich unabhängig. 2025 lagen die Schwerpunkte auf einer sozial gerechten Budgetsanierung, Maßnahmen gegen die Teuerung sowie Verteilungsgerechtigkeit. Das Momentum Institut erzielt mit seinen Analysen reges Medieninteresse und fordert eine alternative Wirtschaftspolitik im Interesse der Bevölkerung.

BFI Wien

Das BFI Wien bietet seit mehr als drei Jahrzehnten einen offenen und leistbaren Zugang zu beruflicher Weiterbildung. Auch 2025 nutzten tausende Wiener:innen diese Chance, um ihre Qualifikationen zu erweitern und sich beruflich neu aufzustellen. Mit Unterstützung der AK Wien konnten gezielt Programme umgesetzt werden, die den Wandel der Arbeitswelt aufgreifen – u.a. das Projekt „DigiChance“ und der 2024 mit dem Staatspreis für Erwachsenenbildung ausgezeichnete „Öko-Booster“. So stärken AK und BFI Wien gemeinsam die beruflichen Perspektiven der Menschen.

ICAE

Das 2009 gegründete Forschungsinstitut für die „Gesamtanalyse der Wirtschaft“ (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz versteht die ökonomische Entwicklung als komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Einflussfaktoren. Das Institut untersucht dabei im Speziellen das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft aus unterschiedlichen Blickwinkeln. 2025 veröffentlichte das ICAE eine vielbeachtete Studie zu den Potenzialen der Mobilitätswende für die österreichische Industrie.

WIIW

Die Forschungsschwerpunkte des 1972 gegründeten Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) liegen bei der Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Zentral-, Ost- und Südosteuropas sowie der Europäischen Union. Im Jahr 2025 standen Analysen und Untersuchungen zu den Folgen des Ukraine-Kriegs sowie das robuste Wirtschaftswachstum in Osteuropa im Zentrum des Instituts, verbunden mit einer regelmäßigen Medienpräsenz. Ein weiterer Schwerpunkt des WIIW galt der US-Zollpolitik sowie den Verschiebungen der internationalen Wirtschaftsordnung.

INEQ

Das 2015 gegründete Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien beschäftigt sich mit zentralen Fragen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ungleichheit und den daraus resultierenden Problemen für Gesellschaft, Umwelt und den einzelnen Menschen. Im Jahr 2025 wurde ein Kooperationsprojekt zwischen INEQ und der AK Wien abgeschlossen, in dem die Verteilung klimaschädlicher Emissionen entlang der Vermögensverteilung untersucht wurde.

Tim Fischer als Hildegard Knef →
im Theater Akzent



Erfolgsrechnung

der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

in €	2025	2024
Erträge		
1. Kammerumlagen	175.294.644,38	165.756.284
2. Sonstige Erträge	22.206.396,39	20.527.421
Summe Erträge	197.501.040,77	186.283.705
Aufwendungen		
3. Sachaufwand	46.355.290,19	47.253.498
4. Personalaufwand	94.178.781,95	91.022.871
5. Abschreibungen	9.874.557,00	0
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	21.298.871,48	19.447.706
7. Zuweisung zu / - Auflösung von Rückstellungen	13.649.564,87	21.944.344
Summe Aufwendungen	185.357.065,49	179.668.420
8. Kammerergebnis		
Zwischensumme aus Kap. 1 bis 7	12.143.975,28	6.615.285
9. Finanzergebnis		
	1.516.024,72	4.768.623
10. AK Jahreserfolg / - Jahresfehlbetrag		
Zwischensumme aus Kap. 8 und 9	13.660.000,00	11.383.907
11. Zuweisung zu Rücklagen / - Auflösung von Rücklagen		
	13.660.000,00	11.383.907
12. Bilanzgewinn / - Bilanzverlust		
	0,00	0

Subventionen der AK Wien geordnet nach ihrer Zweckwidmung

in €	2025	2024
Wissenschaftliche Förderungen	99.700,00	99.700
Sozial - karitative Förderungen	291.050,00	303.550
<i>davon Jugend am Werk</i>	272.500,00	272.500
Kultur-, Bildungs- und Ausbildungsförderungen	70.500,00	19.500
Sportförderungen	25.000,00	25.000
Subventionen allgemein	20.800,00	25.800
Subventionen der AK Wien	507.050,00	473.550
Subventionen der BAK	661.206,52	639.724
Subventionen gesamt	1.168.256,52	1.113.274

Anmerkungen zum Rechnungsabschluss 2025

Der Rechnungsabschluss 2025 wurde erstmals nach der neuen Rahmenhaushaltsordnung (RHO) erstellt, welche in der BAK-Hauptversammlung am 30.11.2023 beschlossen wurde. Die Vorjahreswerte (für das Jahr 2024) wurden weitgehend an das neue Gliederungsschema angepasst.

Die Änderungen in der RHO betreffen vor allem folgende Punkte bzw Kapitel:

- Erstmalsiger Ausweis der Abschreibungen von Anlagevermögen (Kapitel 5) in der Erfolgsrechnung. Bisher wurden die Abschreibungen direkt gegen das Kapital gebucht.
- Die Dotierung und Auflösung der Rückstellungen (Kapitel 7) erfolgt getrennt von der Dotierung und Auflösung der Rücklagen (Kapitel 11).
- Das Finanzergebnis (Kapitel 9), der Jahreserfolg bzw -fehlbetrag (Kapitel 10) und die Verwendung des Jahreserfolgs (Kapitel 11) werden jeweils separat ausgewiesen.

Bilanz der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Aktiva

in €	31/12/2025	31/12/2024
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Rechte, Software	649.103,40	1.378.555,10
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	56.595.818,09	51.906.749,73
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.030.111,51	9.833.485,38
3. Anlagen in Bau	3.424.169,85	87.700,17
	71.050.099,45	61.827.935,28
III. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere (Wertrechte)	38.748.920,78	46.748.920,78
2. Sonstige Ausleihungen	33.434.117,90	33.407.773,58
	72.183.038,68	80.156.694,36
	143.882.241,53	143.363.184,74
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Kammerumlagen	15.031.601,47	14.352.376,60
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.104.234,37	2.430.919,55
3. Sonstige Forderungen u. Vermögensgegenst.	2.165.384,52	3.261.533,70
	20.301.220,36	20.044.829,85
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	81.819.288,62	66.177.399,46
	102.120.508,98	86.222.229,31
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.123.119,73	2.192.133,62
D. Treuhandvermögen		
Rechtsschutz, BR-Fonds Revision	177.700,93	161.989,46
Gesamt	248.303.571,17	231.939.537,13

Passiva

in €	31/12/2025	31/12/2024
A. Eigenkapital		
I. Kapital	63.887.951,10	63.887.951,10
II. Rücklagen		
1. Investitionsrücklage	60.600.000,00	47.000.000,00
2. sonstige Rücklagen	2.000.000,00	2.000.000,00
	62.600.000,00	49.000.000,00
	126.487.951,10	112.887.951,10
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	14.248.422,00	15.116.242,00
2. Rückstellungen für Pensionen	65.450.139,59	61.164.551,37
3. Wahlrückstellung	7.200.000,00	3.300.000,00
4. sonstige Rückstellungen	23.085.608,22	27.154.692,52
	109.984.169,81	106.735.485,89
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindl. a. Lieferungen u. Leistungen	6.135.713,21	7.172.929,87
2. sonstige Verbindlichkeiten	5.518.036,12	4.981.180,81
<i>davon aus Steuern</i>	1.818.182,64	1.637.995,47
<i>davon im Rahmen d. sozialen Sicherheit</i>	1.860.912,41	1.805.796,13
	11.653.749,33	12.154.110,68
D. Verbindlichkeiten aus treuhändischer Verwaltung		
Rechtsschutz, BR-Fonds Revision	177.700,93	161.989,46
Gesamt	248.303.571,17	231.939.537,13



**Für faire
Mieten.**

Arbeiterkammer
Gerechtigkeit muss sein.

Organisation und Selbstverwaltung

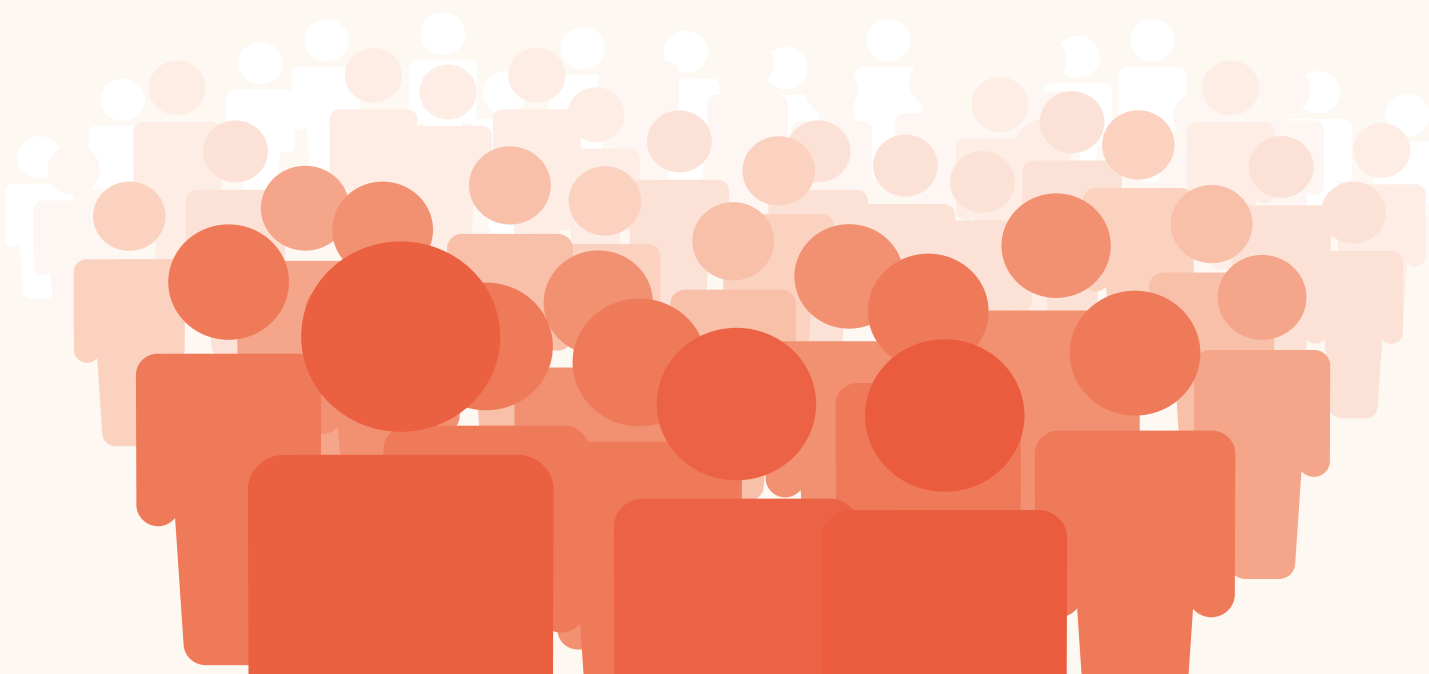
76	Die Selbstverwaltung
78	Die Vollversammlung
84	Anträge und Beschlüsse
92	Das AK Wien Büro
94	Die AK Wien wird klimafit

Die Selbstverwaltung

Die Wiener Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 180 Kammerrät:innen in die Gremien der Selbstverwaltung der AK Wien. Diese 180 bilden das „Arbeitnehmer:innenparlament“. Die Kammerrät:innen werden in ihrer politischen Arbeit durch die Grundlagenarbeit der Expert:innen der AK Wien unterstützt.

Das Präsidium

Der:Die Präsident:in, die gesetzliche Vertretung der Arbeiterkammer Wien, wird von den Kammerrät:innen in der Vollversammlung gewählt. Sie wählen zudem aus ihren Reihen das Präsidium. Präsidentin der AK Wien ist Renate Anderl. Ihr zur Seite stehen im Präsidium der AK Wien vier Vizepräsident:innen.





Wahl nach kandidierenden Listen

In der Vollversammlung der AK Wien sind 16 Listen vertreten – das sind alle Listen, die bei der AK Wien Wahl 2024 angetreten sind.



Präsidentin

+ 4 Vizepräsident:innen

Vorstand (19 Mitglieder)

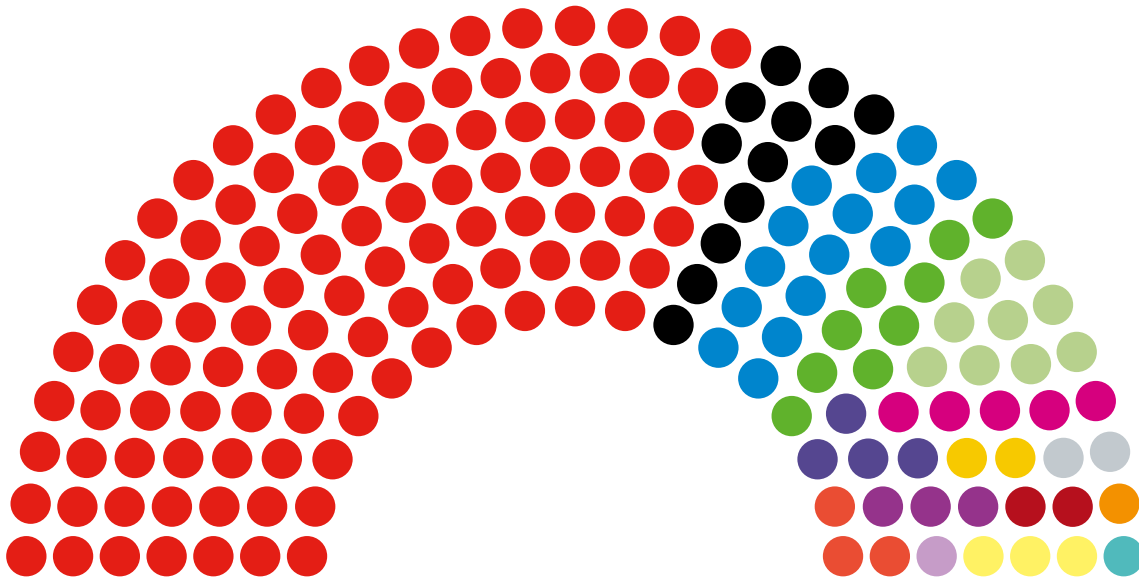
- Politische Grundsätze
- Budget/Rechnungsabschluss
- Verkauf/Investitionen
(von mehr als 10% der Budgetsumme)
- Geschäftsordnung
- Haushaltsordnung
- Rechtsschutzregulativ
- Kontrollausschuss
- Petitionsausschuss

Renate Anderl
AK Präsidentin



Die Vollversammlung

Die Vollversammlung der AK Wien besteht aus 180 Kammerrät:innen, die von den Beschäftigten in Wien gewählt werden. Das Parlament der Arbeitnehmer:innen tagt zumindest zweimal im Jahr und beschließt die interessenpolitischen Zielsetzungen für die Tätigkeit der Arbeiterkammer sowie die finanziellen Richtlinien und Vorgaben.



Mandate	FSG	FCG- ÖAAB	FA- FPÖ	AUGE/ UG	GA	LP	ARGE	Türk- IS	KOM- intern	BDFA	GLB	FAIR	PFG	LINKS	Neos LiA	MUT
2024	108	12	15	9	9	3	2	1	3	1	2	3	1	4	5	2
2019	113	18	16	15	5	3	2	2	1	1	2	2	n.kand.	n.kand.	n.kand.	n.kand.
Veränderung	-5	-6	-1	-6	+4	0	0	-1	+2	0	0	+1	+1	+4	+5	+2

FSG Fraktion Sozialdemokratische Gewerkschafter:innen | **FCG ÖAAB** Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund | **FA-FPÖ** Freiheitliche Arbeitnehmer – FPÖ | **AUGE/UG** Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen | **GA** Grüne Arbeitnehmer | **LP** Liste Perspektive | **ARGE** Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Arbeitnehmer | **GLB** Gewerkschaftlicher Linksblock (Kommunisten, Linke Sozialisten, Parteilose) | **TÜRK-IS** Liste Melek Köse | **KOMintern** Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International | **BDFA** Bunte Demokratie für Alle | **FAIR** Fair und Transparent | **PFG** – Deine Parteilose Interessenvertretung | **LINKS** – LINKS Wien | **NEOS LiA** – Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen | **MUT** – Mitarbeiter:innen unterstützen das Team

AK Präsidium

Anderl Renate
Präsidentin
FSG

Ferrari Mario
Vizepräsident
FSG

Gruber Helmut
Vizepräsident
FSG

Kniezanrek Erich
Vizepräsident
FSG

Schober Elfriede
Vizepräsidentin
FSG

AK Vorstand Zusätzlich zu den Präsidiumsmitgliedern

Ernszt Sascha
FSG

Fletzer Vivian ab 27.5.2025
FSG

Kubicek Elisabeth bis 27.5.2025
FSG

Mernyi Willi
FSG

Rudolph Erich
FSG

Rychly Yvonne
FSG

Schuberth Helene ab 4.11.2025
FSG

Samer Karin
FSG

Steiner Sandra
FSG

Wadsack Andrea †
FSG

Wucherer Bettina
FSG

Zimmermann Karin bis 13.10.2025
FSG

Rösch Bernhard ab 4.11.2025
FA-FPÖ

Schütz Angela bis 3.11.2025
FA-FPÖ

Pörtl Friedrich
FCG ÖAAB

Dunkl Rudolf
GA

Koller Vera
GEMEINSAM AUGE/UG

Kontrollausschuss

Bauer Andreas
FSG

Benesch Jasmin
FSG

Dunkl Marianne
GA

Fischer Karl
FAIR

Freitag Alois
FSG

Giller Brigitte
FSG

Guglberger Michaela
FSG

Kludak Bernhard (Vorsitzender)
FCG ÖAAB

Köhler Richard
FSG

Lang Barbara
NEOS-LiA

Rath Florian
LINKS

Schacht Selma
KOMintern

Schall Florian (1. Vorsitzender-Stv)
GEMEINSAM AUGE/UG

Stepanowsky Werner (2. Vorsitzender-Stv)
FA-FPÖ

Uyar Yusuf
Liste Perspektive

mit beratender Stimme:

El Montasr Kareem (ab 27.5.2025)
MUT

Jonischkeit Oliver
GLB

Saglam Melek
Türk-Is

Ofoedu Charles
BDFA

Planitzer Andreas (ab 27.5.2025)
ARGE

Sollak Alexander
PFG

Zodl Hildegard (bis 1.3.2025)
ARGE

Vorsitzende bzw. Vorsitzende-Stellvertreter:innen der Ausschüsse

01 Arbeit und Arbeitsmarkt

Birbamer Wolfgang

Freitag Alois
Schuberth Helene

02 Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes

Rudolph Erich

Kniezanrek Erich
Köhler Richard

03 Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Mum David

Haslinger Susanne
Mjka Gerald

04 Frauen- und Gleichstellungspolitik

Kubicek Elisabeth (bis 16.12.2025)

Reiss Sylvia (ab 16.12.2025)

Rychly Yvonne (bis 16.12.2025)
Zimmermann Karin (bis 16.12.2025)
Fletzer Vivian (ab 16.12.2025)
Neumayer-Stickler Claudia (ab 16.12.2025)

05 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Streissler-Führer Agnes

Schuberth Helene
Szalay Christian

06 EU und Internationales

Kattinig Thomas

Reisecker Sophia
Rohm Christoph

07 Jugend, Bildung und Kultur

Letz Sabine

Lacevic Senad
Mrzena-Merdinger Jasmin

08 Kommunal-, Regionalpolitik und Tourismus

Ferrari Mario (bis 26.3.2025)

Wucherer Bettina (ab 26.3.2025)

Eberhart Eva
Ringseis Christian

09 Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik

Kilian Cornelia

Giller Brigitte
Koskarti Kerstin

10 Rechtsschutz und Rechtsberatung

Molnar Martin

Reiss Sylvia
Wucherer Bettina

11 Klima, Umwelt und Energie

Liebscher Wolfgang

Bauer Andreas
Szalay Christian

12 Verkehr

Gruber Helmut

Müllauer Martin
Wurm Robert

Kammerrätinnen und Kammerräte

- **FSG**
 - Pr Anderl Renate
 - Appl Georg
 - Bauer Andreas
 - Beer Sandro
 - Benesch Jasmin
 - Birbamer Wolfgang
 - Boigner Roland
 - Bousaki Amela
 - Brandlhofer Ria
 - Brenner Julian
 - Bühringer Christian
 - Cicek Metin (ab 4.11.2025)
 - Dürtscher Karl † (bis 25.5.2025)
 - Eberhart Eva
 - Eisendle Thomas
 - Ernszt Sascha
 - Ertl Werner
 - Falkinger Josef
 - Fally Nathalie
 - Feistritzer Roland
 - Felbermayer Maximilian (bis 3.11.2025)
 - VPr Ferrari Mario
 - Fichtinger Helga
 - Fleckinger Sabine
 - Fletzer Vivian
 - Formann Ingeborg
 - Freitag Alois
 - Frühauf Matthias
 - Giller Brigitte
 - Gluchmann Maria
 - VPr Gruber Helmut
 - Guglberger Michaela
 - Hackl Christian
 - Haslinger Susanne
 - Hebenstreit Roman
 - Hermann Renate
 - Hofmeister Johannes (ab 4.11.2025)
 - Isepp Birgit
 - Jagsch Manfred
 - Janisch Olivia
 - Jelinek Wolfgang
 - Jöbstl Stefanie (ab 4.11.2025)
 - Kandler Gerlinde
 - Karpisek Renate
 - Kattinig Thomas
 - Keltanoski Monika
 - Kern Andreas (ab 4.11.2025)
 - Kilian Cornelia
 - VPr Kniezanrek Erich
 - Köhler Richard
 - Köpf Carina
 - Koskarti Franz
 - Koskarti Kerstin
 - Kroboth Sarah
 - Kubicek Elisabeth (bis 31.12.2025)
 - Kuhlmann Philipp (ab 4.11.2025)
 - Lacevic Senad
 - Letz Sabine
 - Lichtenberk Ronald
 - Liebscher Wolfgang
 - Mathuppurathu Varghese Saji
 - Mernyi Willi
 - Migsch Doris
 - Mikulanec Leopold (ab 27.5.2025)
 - Mjka Gerald
 - Molnar Martin
 - Mrzena-Merdinger Jasmin
 - Müllauer Martin
 - Mum David
 - Nageler Ella-Maria
 - Neumayer-Stickler Claudia
 - Oberhuber Gerhard
 - Ovszenik Philipp (ab 4.11.2025)
 - Pichler Barbara
 - Preyss Michael
 - Rammel Heinz
 - Rauecker-Döll Sabine (bis 25.9.2025)
 - Reisecker Sophia
 - Reiss Sylvia
 - Ringseis Christian
 - Rohm Christoph
 - Rudolph Erich
 - Rychly Yvonne
 - Sambs Christian
 - Samer Karin
 - Sametinger Astrid
 - Schmidt Angelika
 - Schmidt Veronika (bis 2.1.2025)
 - VPr Schober Elfriede
 - Schorna Angela
 - Schuberth Helene
 - Schuster Christian (bis 7.7.2025)
 - Slimar-Weißmann Sabine
 - Soukup Nerijus
 - Steer Harald
 - Stehlik Sandra
 - Steiner Sandra
 - Steinwender Roman
 - Stieger Denise
 - Stimpfl Manfred
 - Straus Gabriele
 - Strausberger Erwin
 - Streissler-Führer Agnes
 - Sykora Christoph
 - Szalay Christian
 - Teiber Barbara
 - Thullner Erich
 - Wadsack Andrea † (bis 22.12.2025)
 - Weber Eva-Maria
 - Weysi Farzin
 - Winkelmayer Robert
 - Wolf Anton (bis 5.6.2025)
 - Wucherer Bettina
 - Wurm Robert
 - Zimmermann Karin (bis 13.10.2025)
- **FA-FPÖ**
 - Berhart Christian
 - Czompo Sabrina
 - Franz-Rumpeltes Bernhard
 - Gromes Roman
 - Kienberger Sabine
 - Kirschner Elisabeth
 - Lawender Anita (bis 30.11.2025)
 - Monego-Goldmann Alexander
 - Oberlechner Michael
 - Ratt Dorothea (ab 4.11.2025)
 - Rösch Bernhard
 - Schütz Angela
 - Seidl Wolfgang (bis 6.9.2025)
 - Stepanowsky Sandra
 - Stepanowsky Werner
 - Zauner Manuela
- **FCG-ÖAAB**
 - Egger-Grunicke Natalie
 - Fatahi Desislava
 - Frasel Martin
 - Gattinger Peter
 - Hiesberger Markus
 - Klima Maria
 - Kludak Bernhard
 - Lindinger Linda
 - Lochmahr Stefan
 - Perzl Esther
 - Pörtl Friedrich
 - Rasch Thomas

● **GEMEINSAM AUGE/UG**

Argyropoulos Alikí
 Figelmüller Walter
 Karg Jens
 Koller Vera
 Polaschek Marion
 Relota Danijel (bis 24.11.2025)
 Schall Florian
 Stadler Claudia
 Üstün Ferhat

● **GA**

Danek Andrea
 Dunkl Franz
 Dunkl Maria
 Dunkl Marianne
 Dunkl Rudolf
 Dunkl Veronika
 Fischer Anton
 Horvath Johannes
 Podhradsky Rosa

● **LINKS**

Avraham Sheri
 Mohammadi Asghar
 Möslinger Diana (bis 30.6.2025)
 Rath Florian
 Rieder Heidemarie (ab 04.11.2025)

● **NEOS-LiA**

Aksakalli Murat
 Grams Friedrich
 Grotschar Mario
 Lang Barbara
 Weinberger Philip

● **ARGE**

Herzberger Thomas (ab 27.5.2025)
 Planitzer Andreas
 Zödl Hildegard (bis 1.3.2025)

● **FAIR**

Ahmedbasic Haris
 Fischer Karl
 Wondrak Gertraud

● **KOMintern**

Aykut Nadir
 Holzer Lisa
 Schacht Selma

● **Liste Perspektive**

Aslanoglu Salih
 Demircioglu Musa
 Uyar Yusuf

● **GLB**

Jonischkeit Oliver
 Kaiser Patrick

● **MUT**

El Montasr Josef (ab 27.5.2025)
 El Montasr Kareem

● **BDFA**

Ofoedu Charles

● **PFG**

Sollak Alexander

● **Türk-Is**

Saglam Melek

183. Vollversammlung der AK Wien am 27. Mai 2025

Anträge und Beschlüsse

GEM	1	○ Mehr Demokratie in Zeiten politischer Umbrüche
GEM	2	○ Förderung einer verantwortungsvollen Integration von Künstlicher Intelligenz als Chance für Arbeit und Gesellschaft
GEM	3	○ Verbesserte Arbeitsbedingungen für überlassene Arbeitskräfte
GEM	4	○ Standort und Arbeitsplatzgarantie in Betrieben mit staatlicher Beteiligung
GEM	5	○ Arbeitsplätze sichern, Wirtschaft stärken! Anpassung der Rahmenbedingungen für Gewinnausschüttungen
GEM	6	○ Plattformarbeit im Fokus: Wirksame Umsetzung der EU-Richtlinie gefordert!
GEM	7	× Solidarität zeigen - Kürzung der AK Spitzenbezüge
GEM	8	× Solidarität zeigen - Kürzung der Gehälter von Spitzenverdienern im öffentlichen Sektor
GEM	9	× Verpflichtende schriftliche An- und Abmeldebestätigung für Kundinnen und Kunden von Krankenversicherungsträgern
GEM	10	○ Nein zur Sonntagsöffnung durch die Hintertür
GEM	11	● Sommerpaket - Ganzjährige Öffnung und Finanzierung von Notquartieren
GEM	12	× Arbeit am Patienten ist Schwerarbeit für alle - nicht nur für diplomierte Pflege
FSG	1	○ Mit einer fairen Arbeitslosenversicherung Arbeitsuchende gut beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unterstützen

FSG	2	○ Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz
FSG	3	○ Sicherstellung Finanzierung Krankenversicherung
FSG	4	○ Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters
FSG	5	○ Teilhabechancen und Bildungschancen erhöhen durch Ausbau und Qualität in der Deutschförderung
FSG	6	○ Mehr Fachkräfte für die Elementarbildung: Aus- und Weiterqualifizierungsoffensive starten!
FSG	7	○ Wohnbauförderung erhöhen und gemeinnütziges Wohnungsvermögen ausbauen!
FSG	8	○ Mehr Sicherheit, leichteren Zugang und einfachere Durchsetzungsmöglichkeiten im Mietrecht sicherstellen
FSG	9	○ Nikotinbeutel wie Zigaretten regeln, Kinder und Jugendliche schützen
FSG	10	○ Mehr Schutz bei Firmenpleiten für Konsument:innen
FSG	11	○ Klimabonus umgestalten statt abschaffen
FSG	12	○ Keine Flat Tax für Zuverdienst in der Pension
FSG	13	○ EU Kompass für Wettbewerbsfähigkeit: Hoch qualifizierte Beschäftigte, robuste Sozialstaaten und moderne Infrastrukturen als Stützpfiler einer nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit
FSG	14	○ Langfristige Finanzierbarkeit des Sozialstaates sichern

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

FSG	15	○ Das Familienrecht sozialer, moderner und geschlechtergerechter gestalten	FCG	8	× Stopp der weiteren Erhöhung der Kommunalgebühren
FSG	16	○ Zug um Zug: das Potenzial der österreichischen Bahnindustrie heben	FCG	9	○ Anpassung der steuerfreien Freigrenzen für Jubiläums- und Weihnachtsspendungen
FSG	17	○ EU-Budgetpolitik: Investitionen ermöglichen, Fiskalregeln ändern!	FCG	10	○ Weiterhin Steuerfreiheit der Feiertagszuschlägen
FA	1	○ Maßnahmen gegen Scheinselbständigkeit und Umgehung des Kollektivvertrags	FCG	11	× Sozialversicherung bei Steuern
FA	2	○ Keine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten	GA	1	× Nein zum Lobautunnel
FA	3	× Die Berufsbezeichnung der Notfallsanitäterin/ des Notfallsanitäters muss als Berufsbild anerkannt werden	GA	2	× Lobautunnel - Volksbefragung
FA	4	○ Zugeständnis einer zusätzlichen Erholungsurlaubswoche für Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer im öffentlichen Dienst	GA	3	○ Tempo 80-100
FA	5	× Mietensenkung bei Wiener Wohnen auf genossenschaftliches Niveau	GA	4	× Herkunftsbezeichnung Gastro
FCG	1	○ Keine Sonntagszustellung von Paketen und eine Einführung einer gesetzlichen Schutzregelung	GA	5	○ Nein zum Mercosur Freihandelsabkommen
FCG	2	○ Keine Reduzierung der Bankfilialen und Stopp dem Personalabbau	GA	6	○ Handelsabkommen neu
FCG	3	× EUR 5000,00 Steuerfreibetrag für freiwillige Helferinnen und Helfer	GA	7	○ Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum
FCG	4	○ Maßnahmen zur gerechten Verteilung der Stromnetzentgelte und Begrenzung der Kostensteigerung für Haushalte	GA	8	× Stromnetzkosten
FCG	5	× Wohnungseigentum leistbar machen - Mietkaufwohnungen zu Errichtungskosten garantieren	GA	9	○ Kostengünstiger Überschuss-Strom für Haushalte
FCG	6	× Anhebung des Handwerkerbonus	GA	10	○ Europäische Photovoltaik Industrie
FCG	7	× Förderung von Klassenfahrten für alle Schülerinnen und Schüler durch die AK Wien	GA	11	○ Standortsicherung
			GA	12	○ Cybermobbing
			GA	13	○ Kindergarten SpringerInnen
			GA	14	○ Neutralität bewahren
			GA	15	× Bundesheer und Katastropheneinsatz
			AUGE	1	○ Aus Verantwortung für den Sozialbereich: Einsparungen bei Förderungen kritisch hinterfragen
			AUGE	2	○ Gegen die Abschaffung von Zuverdienstmöglichkeiten bei Leistungen aus dem AMS

AUGE	3	○ WIN-WIN Effekt: Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationsbiografie	NEOS-LiA 5	○ Ausweitung Rechtsanspruch auf Elternteilzeit durch Senkung Betriebsgrößengrenze
AUGE	4	○ Bildungskarenz und Bildungsteilzeit sinnvoll reformieren, statt abschaffen	LINKS R01	× Rechtliche Maßnahmen gegen Mietwucher
AUGE	5	○ Für eine ausgewogene, ganzheitliche Forschungsförderung in Österreich	LINKS 1	○ Gegen den Lobautunnel
AUGE	6	○ Klimaziele erreichen - Arbeitsplätze sichern, Energieunabhängigkeit stärken, sozial gerecht investieren	LINKS 2	○ Zuverdienstmöglichkeit wiederherstellen
AUGE	7	● Körperliche Einschränkungen bei Arbeitnehmer*innen berücksichtigen	LINKS 3	× Umverteilung statt Sozialabbau
AUGE	8	● Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Beschlusslage der AK Wien	LINKS 4	○ Leerstandsabgabe
AUGE	9	× Umbenennung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (Arbeiterkammer Wien) in Kammer für Arbeiter*innen und Angestellte Wien (Arbeiter*innenkammer Wien)	LP 1	○ Älterenbeschäftigungspaket
AUGE	10	○ Berücksichtigung der Anforderungen in Verwaltung, Wissens- und Projektmanagement sowie technischer Unterstützung an Universitäten	LP 2	○ Digitale Arbeitsplattformen - Reinigungsbranche
AUGE	11	● Verträge sind einzuhalten - Rechtssicherheit für Gehaltsabschlüsse und Vertrauensschutz für Pensionen dürfen nicht zur Diskussion stehen!	LP 3	○ Studium und Beruf
AUGE	12	● Rechtsanspruch Wiedereingliederung Teilzeit	KOM-intern 1	○ Nein zu Aufrüstung und Militarisierung!
AUGE	13	○ Keine weiteren Verschärfungen für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft	KOM-intern 2	○ Nein zu Abschaffung der Möglichkeit von geringfügigem Zuverdienst für Arbeitslose
NEOS-LiA 1		× Rahmen Bitcoin als strategische Reserve	KOM-intern 3	× Nein zu dieser neoliberalen Budgetsanierung
NEOS-LiA 2		○ Integration fair und nachhaltig	KOM-intern 4	○ Nein zur paktierten Abschaffung des Dienstgeberbeitrags zum FLAF
NEOS-LiA 3		● Bessere Präsenz AK Bildungsgutschein & Digi-Bonus	KOM-intern 5	× Keine Verschlechterung bei den Pensionen!
NEOS-LiA 4		× Open-Source-Gestaltung und API-Bereitstellung Bruttorechner	KOM-intern 6	○ Klares Nein zu Verschlechterungen bei Bildungskarenz
			FAIR 1	○ Arbeitslosengeld + Notstandshilfe dringend erhöhen
			FAIR 2	○ Möglichkeit geringfügiger Beschäftigung unverändert beibehalten
			FAIR 3	○ Altersteilzeit erhalten
			FAIR 4	○ Frieden ohne Waffen beibehalten und schaffen

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

FAIR	5	○ Alternativen zu ID-Austria + anderen eIDs gewährleisten
FAIR	6	× Versuch Sommerzeit + Zeitumstellungen beenden
FAIR	7	× AK auch bei Langzeit-Arbeitslosigkeit wählbar bleiben
FAIR	8	× Ermöglichung Selbstvertretung vor Gericht ohne Anwaltszwang
FAIR	9	× Gesundheit und Visualisierung: Bildgebende Geräte mit Monitoren verbinden
FAIR	10	× AK Vollversammlung: Verlangte Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung nehmen
FAIR	11	× AK: Aufrollung Compliance-Richtlinie Fraktionsmittel und Eidesstattliche Erklärung
GLB	R01	× Solidarität ist unsere stärkste Waffe: Streikbewegungen unterstützen
GLB	1	● Für mehr Schutz der Arbeitnehmer:innen bei der einvernehmlichen Auflösung eines Arbeitsverhältnisses
GLB	2	○ Gegen die Abschaffung des geringfügigen Zuverdienstes bei AMS-Bezug
GLB	3	○ Nein zur EU-weiten Aufrüstung und gegen Sozialabbau
GLB	4	○ Budgetsanierung nicht auf Kosten von Lohnabhängigen, Pensionist:innen und des Sozialstaates
MUT	1	× Wohnen
MUT	2	× Bildungskarenz
ARGE	1	× Rechtliche Gleichstellung aller Fortbewegungsmittel auf dem Arbeitsweg
PFG	1	○ Zurück zum rascheren, erhöhten Kündigungsschutz für begünstigt Behinderte!

TÜRK-IS	Keine Anträge
BFDA	Keine Anträge

184. Vollversammlung der AK Wien am 4. November 2025

Anträge und Beschlüsse

GEM	1	○ Körperliche Belastungen im Rettungswesen reduzieren	FSG	6	○ Wirtschaft, Umwelt und Menschen schützen: Ökosysteme bewahren heißt Zukunft für unsere Mitglieder sichern
GEM	2	○ Blinde EU-Deregulierung als Gefahr für erkämpfte Schutzstandards von Arbeitnehmer:innen	FSG	7	○ Mehr wirtschaftliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern! Feministische Ökonomie stärken
GEM	3	× Transparenz der Sozialversicherungsbeiträge auf Lohn- und Gehaltszetteln	FSG	9	○ Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen und Sicherstellung der Fachkräfteausbildung
GEM	4	× Veröffentlichung abgelehnter Anträge	FSG	10	○ Reform der betrieblichen Lehrstellenförderung
GEM	5	○ U-Bahnsteuer (Dienstgeberabgabe) erhöhen statt Öffi-Ticket verteuern	FSG	11	○ Wiener Budget
GEM	6	○ Chronisch Kranke in der Arbeitswelt noch besser absichern: Reform der Wiedereingliederungsteilzeit jetzt umsetzen!	FSG	12	○ Steigende Hitzebelastung in Mietwohnungen - Abhilfe schaffen, Mieterrechte stärken
GEM	7	● Digitalisierung Bildungsgutschein	FSG	13	○ Keine Abschaffung von gedruckten Produktinformationen
GEM	8	○ Fünf Jahre Altersteilzeit müssen möglich bleiben	FSG	14	○ Ausbau bzw. Zubau von Sportstätten in Wien
GEM	9	○ Medienkrise - Maßnahmenpaket gegen die akute Medienkrise - Arbeitsplätze und Demokratiesäule sichern	FSG	16	○ Bundesmuseen
FSG	1	○ Der kommende Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte: Ausweitung starker sozialer Rechte nötig	FA	2	× Praxisanleitung muss wertgeschätzt werden
FSG	2	○ Eine effektive "Quality Jobs Roadmap" zur Stärkung hochwertiger Arbeitsplätze in der EU	FA	3	× Personalschlüssel in Wiener Krankenhäusern anpassen und bestehendes Personal richtig einsetzen anstatt zu kündigen
FSG	3	○ Wir fordern den Ausbau, die Weiterentwicklung und die langfristige Finanzierung von Maßnahmen zur Ausbildung jugendlicher Migrant:innen	FA	4	× Jüngste Lohn- und Gehaltsverhandlungs-Abschlüsse dürfen kein Zukunftsmodell werden
FSG	5	○ Sozialer, gemeinnütziger und leistbarer Wohnbau: kein Fall für das EU-Beihilfenrecht	FA	5	× Berechnung der Rezeptgebührenbefreiung
			FCG	R01	○ Keine Sonntagsöffnung mit uns!
			FCG	2	○ Still- und familienfreundliche Infrastruktur in der Arbeiterkammer

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

FCG	3	● Gleicher Unfallversicherungsschutz für Arbeitnehmer:innen auf E-Scooter	GA	12	× Einweg-Batterien
FCG	4	○ Elektronische Preisauszeichnung im Preisauszeichnungsgesetz entsprechend berücksichtigen	GA	13	× Bürger*innen-Speicher
FCG	5	× Betriebliche Vorsorge stärken	GA	14	× Ghost Jobs
FCG	6	× Förderung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte im Bereich der künstlichen Intelligenz	AUGE	R01	○ Solidarische Konsolidierung des Budgets
FCG	7	× Schwerarbeit gerechter bewerten - Monatsstunden statt Arbeitstage	AUGE	2	○ Verbesserung der Staatsbürgerschaftsverfahren in Wien - Für faire, schnellere und nachvollziehbarere Verfahren
FCG	8	● Mehr Urlaub für begünstigt Behinderte - für mehr Gerechtigkeit und Gesundheit	AUGE	3	○ Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für internationale Studierende in Österreich
FCG	9	● Anpassung des Urlaubsgesetzes bezüglich Pflegefreistellung hinsichtlich der Definition "nahe Angehörige"	AUGE	4	○ Für eine solidarisch und gerechte Bildungsoffensive - Familien entlasten, System stärken
FCG	10	× Zeitwert statt Listenpreis: Gerechte und realistische Bemessung des Sachbezuges bei Firmenfahrzeugen	AUGE	5	○ Wochenruhe
GA	1	● Saisonale Wärmespeicher	AUGE	7	× Gleichstellung der Ausbildungsförderung aller Gesundheitsberufe und einheitliche gerechte Förderpraxis in ganz Österreich
GA	2	○ Energiespeicherforschung	AUGE	8	○ Kürzung Kilometergeld für Fahrräder wieder zurücknehmen
GA	3	× Lebensmittelpreise senken	AUGE	9	○ Keine Geisterfahrt in der Verkehrswende - Bezahlbares Klimaticket erhalten klimaschädlich Subventionen abbauen!
GA	4	× Tropenkrankheiten in Europa	AUGE	10	○ Kündigungsschutz für Mitglieder des Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen an Universitäten
GA	5	× Mehrwegglasgebinde bei Lebensmitteln	AUGE	11	○ Leistbare Öffis für Wien - 365-Euro-Jahreskarte sichern und sozial gerechte Tarife ausbauen
GA	6	× Trinkwasserschutz in die Verfassung	NEOS-LiA 2		● Joboffensive für Jugendliche
GA	7	○ Plastiksteuer	NEOS-LiA 3		● Neustart für Frauen
GA	8	○ Mikroplastik	NEOS-LiA 4		× Stärkung der Pensionskaufkraft: Schaffung einer effektiven Alternative in der 3. Säule
GA	9	× Verbrenner-Aus	NEOS-LiA 8		○ Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in der Arbeiterkammer Wien umsetzen
GA	10	○ Klimaschutzgesetz			
GA	11	× Elementarbildung nicht kaputtsparen			

NEOS-LiA 9		× Attraktive steuer- und familienpolitische Rahmenbedingungen für Aufstockung von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung schaffen
LINKS	1	× Frieden statt Kriegswirtschaft
LINKS	2	× Öffi-Ausbau statt S1
LINKS	3	○ Keine Gewinne mit der Inflationskrise
LINKS	4	○ Sozialhilfe nach oben anpassen
LINKS	5	○ Gegen Hürden bei der Sozialhilfe
LP	1	○ Hohe Lebensmittelpreise
LP	2	○ Wertsicherung bei Mieten
LP	3	○ Mathematikunterricht
LP	4	× Diskriminierung am Wohnungsmarkt
LP	5	○ Einhaltung von Grundrechten
KOM-intern	1	× Nein zum sozialen Backlash in Wien
KOM-intern	2	○ Energiepreispolitik, Basisversorgung und deren explizite rechtliche Verankerung in den Energiewirtschaftlichen Gesetzen
KOM-intern	3	× Betriebliche Herausforderung - Künstliche Intelligenz (KI)
KOM-intern	4	× Nein zur militaristischen Verengung der Landesverteidigung - Für eine gleichgewichtige Stärkung auch der anderen Säulen der ULV!
FAIR	1	× Teuerung eindämmen Provisionsberechnung für Immobilienmakler ändern
FAIR	2	○ Firmen-und-Organisations-Konstrukte offenlegen
FAIR	3	× AK Transparenz zu Hintergründen der Compliance-Richtlinie Fraktionsmittel
FAIR	4	× AK Veröffentlichung Sitze

FAIR	5	× Arbeitslosengeld vor bzw am 1.des Monats auszahlen
FAIR	6	○ Weithin sichtbare Preise bei eLadestationen wie bei Tankstellen
FAIR	7	× Änderung Zustellgesetz bei Hinterlegung Poststücke
FAIR	8	× Frieden ohne Waffen keine Aufrüstung in AT+EU
GLB	1	○ Für eine Anhebung der Verjährungsfrist für ausstehendes Gehalt/ausstehender Gehaltsbestandteile sowie eine gesetzliche Regelung gegen Verfallsklauseln
GLB	2	× Geringfügigen Zuverdienst sozialversicherungspflichtig machen
GLB	4	○ Für erweiterte Rechte für Ersatzbetriebsrät:innen und Ersatzpersonalvertreter:innen
GLB	5	○ Preise öffentlicher Verkehr
GLB	6	× Gratiskindergarten in Wien erhalten!
GLB	7	× Für ein soziales Europa - Nein zur massiven EU-weiten Aufrüstung durch Readiness 2030
GLB	8	× Für eine offensive Lohnpolitik
MUT	1	× In der Elementarpädagogik fehlt es an Personal
MUT	2	× Anti-Teuerungskommission mit Biss
MUT	3	× Arbeit darf nicht krank machen.
MUT	4	× Stoppt den Genozid in Gaza!
ARGE	1	× Zulassung externer Experten zur Rechtfertigung nach Zuteilung in einen Ausschuss
ARGE	2	× Bildungsgutschein für Mobilitätsw Zwecke in Kombination zu nachhaltiger körperlicher Ertüchtigung

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

ARGE	3	× Bildungsgutschein der AK für eine bildungsnahe Sommerbetreuung für Kinder
PFG	1	× 6. Urlaubswoche nach 25. Dienstjahren
PFG	3	× Einheitlicher Arbeitnehmer:innenbegriff
TÜRK-IS		Keine Anträge
BFDA		Keine Anträge

Das AK Wien Büro

Frauen bilden mit einem Anteil von über 60 Prozent das Rückgrat der AK Wien-Belegschaft. Auch die Wertschätzung gegenüber erfahrenen Kolleg:innen wird in der AK Wien hoch gehalten – der Anteil unserer Kolleg:innen über 55 Jahre beträgt über 20 Prozent. 2025 standen den Mitgliedern insgesamt 754 Mitarbeiter:innen (in Vollzeitäquivalenten) mit Rat und Tat zur Seite. Darunter waren auch 17 Lehrlinge, die ihr Ziel einer Berufsausbildung verfolgten.


63%

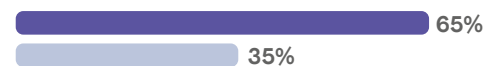
Frauenanteil in der AK Wien-Belegschaft



Führungskräfte



Weiterbildungsmaßnahmen 2025


20,5%

aller AK Beschäftigten in Wien sind älter als 55 Jahre

754

Mitarbeiter:innen (in Vollzeitäquivalenten) waren mit Stand 31.12.2025 in der AK Wien beschäftigt

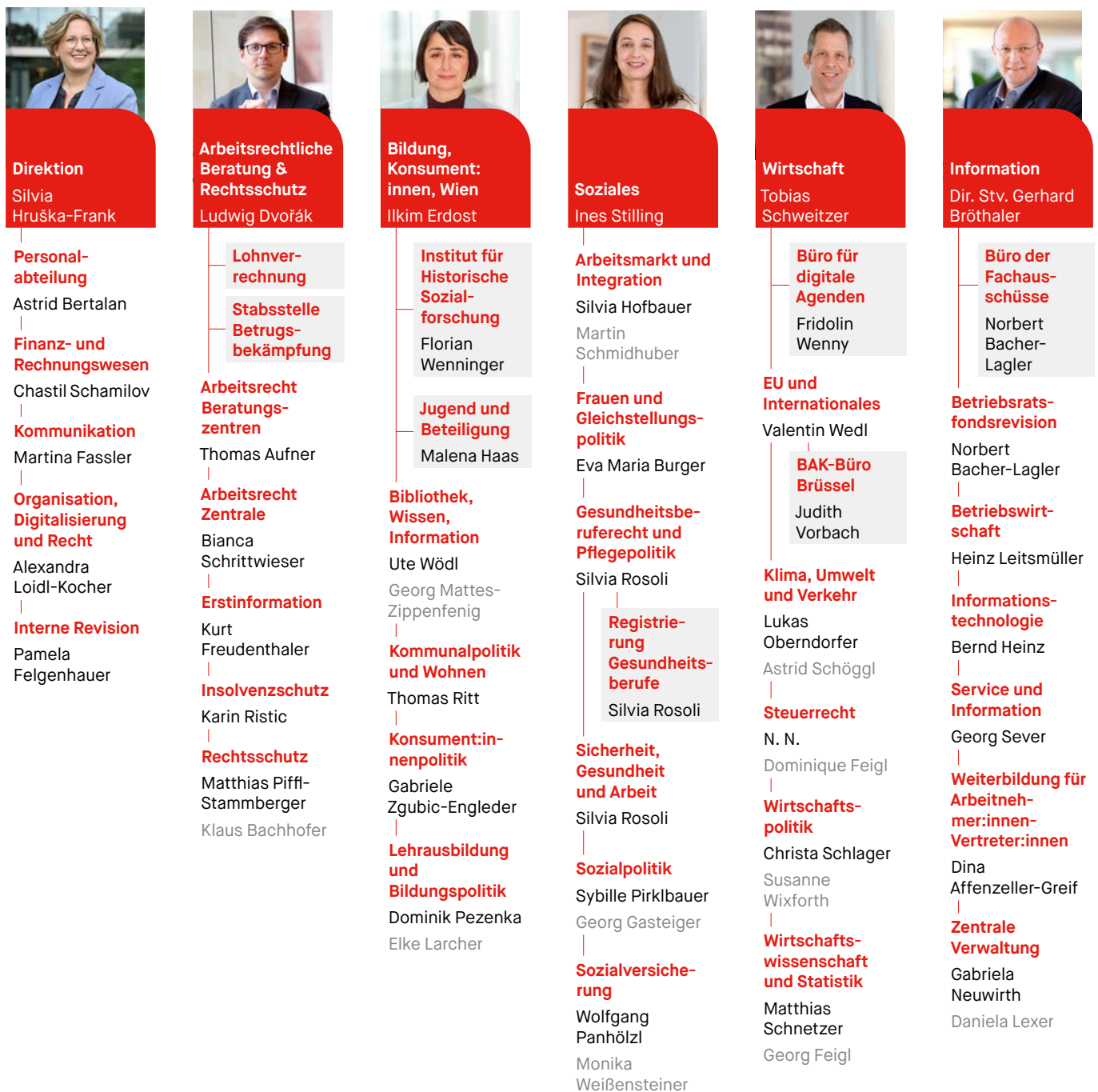
18

Mitarbeiter:innen mit körperlicher Beeinträchtigung waren 2025 in der AK beschäftigt

17

Lehrlinge waren 2025 in der AK Wien in Ausbildung

Organigramm des AK Wien Büros



Die AK Wien wird klimafit

Die AK Wien setzt mit „AK klimafit“ ein umfassendes Umwelt- und Klimaschutzprogramm um, das technische Innovation, Verhaltensänderung und Biodiversität vereint. Ende 2025 ging das PV-Retentions-Gründach am Hauptstandort in Betrieb. Betriebliches Mobilitätsmanagement, Kreislaufwirtschaft und Bewusstseinsbildung sind Teil eines integrierten Maßnahmenpakets zur CO₂-Reduktion, das in den täglichen Betrieb integriert und im Rahmen eines Umweltmanagementsystems fest verankert wird.

Corporate Carbon Footprint

Der Corporate Carbon Footprint (CCF) der AK Wien zeigt das Potenzial der CO₂-Einsparung: Bei direkten Emissionen (Scope 1 und 2) durch Energieverbrauch und -versorgung ist die AK bereits auf gutem Weg. Die größte Herausforderung ist Scope 3 – alle „vor- und nachgelagerten Aktivitäten“ wie eingekaufte Waren, Dienstleistungen, Kapitalgüter, Abfallwirtschaft, IT-Infrastruktur sowie das Mobilitätsverhalten der AK Mitarbeiter:innen. Der CCF wird künftig erfasst.

Umweltmanagement

Die AK Wien nimmt ihre Verantwortung im Bereich Klima- und Umweltschutz ernst. Organisationen und Unternehmen tragen dabei erhebliche Verantwortung. Durch systematisches Umweltmanagement können diese ihre Umweltauswirkungen gezielt reduzieren und so zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Die AK Wien führt daher das Umweltmanagementsystem ISO 14001 ein, um die fortlaufende Verbesserung der Umweltleistung sicherzustellen. Eine Erstzertifizierung wird für Herbst 2026 angestrebt.

AK KLIMAZIELSETZUNG

KURZFRISTIG BIS 2030



THG-neutral bis 2030
(alle Treibhausgase)



Emissionsreduktion
umfasst Scope 1 & 2

WIR SIND AM WEG!

LANGFRISTIG BIS 2040



Net Zero bis 2040
(anvisiert) rund -90%



Emissionsreduktion
umfasst Scope 1, 2 & 3

GROSSE HERAUSFORDERUNG!

Klare Klimastrategie mit konkreten Zielen

Für die schrittweise Verringerung der CO₂-Emissionen der Arbeiterkammer Wien wurde eine Klimastrategie mit konkreten Zielen festgelegt: Bis 2030 wird THG-Neutralität in Scope 1 und 2 angestrebt, langfristig ist Net Zero bis 2040 geplant, also eine Emissionsreduktion in allen Scopes um rund 90 Prozent. Für eine strukturierte Umsetzung wird das Projekt nun in den laufenden Betrieb überführt.

Betriebsküche ausgezeichnet

Die Betriebsküche der AK Wien verbindet Genuss, Umweltbewusstsein und soziale Verantwortung. Sie trägt das Umweltzeichen, kocht einmal pro Woche fleischlos und bietet täglich vegetarische Optionen. Mehrweggebinde des Startups „unverpackt“ reduzieren Verpackungsmüll, Altspeseöl wird zu Biodiesel, und der Einkauf erfolgt vorwiegend regional und biologisch. 2025 gab es dafür den Branchenpreis der „Allgemeinen Hotel- und Gastronomie-Zeitung“ (AGHZ) und Platz drei im „Plant-Based-Betriebsrestaurant-Ranking“ der Veganen Gesellschaft.



Bewusstseinsbildung für nachhaltiges Handeln

Klimafreundlicher Büroalltag beginnt bei der AK Wien „im Kopf“: Mit News und Tipps im Intranet fördern wir das Bewusstsein für nachhaltiges Handeln im Arbeitsalltag und beantworten Fragen zu Themen wie klimafreundliches Kühlen, Heizen oder E-Bike-Ladestationen. Bei Info-Formaten wie „Blick in die Betriebsküche“ oder „Blick in die Haustechnik“ zeigen Kolleg:innen vom Fach, wie Klimaschutz im Haus gelebt wird. So macht die AK Wien nachhaltiges Handeln für alle erlebbar.

← Auszeichnung der AK Betriebsküche beim AGHZ-Award 2025. Vlnr: AK Küchenchef Alexander Kralert, Karin und Christoph Distelberger von „unverpackt“



↑ PV-Retentions-Gründach am AK Gebäude in der Prinz Eugen Straße 20-22 im vierten Wiener Gemeindebezirk

AK Mobilitätsmanagement

AK Mitarbeitende werden mit vielfältigen Maßnahmen zu einem klimafreundlichen Arbeitsweg motiviert. Öffis, Radfahren und Gehen schonen das Klima und fördern Gesundheit und Wohlbefinden. Aktionen wie „Klimafit in die AK“ machen Lust auf nachhaltige Mobilität und stärken den Teamgeist. Die Radinfrastruktur wird laufend verbessert – darunter witterungsgeschützte Abstellplätze, PV-E-Bike-Ladestationen, Diensträder und bald auch Lastenräder und Reparaturstationen. Fahrrad-Checks und Workshops runden das Angebot ab.



↑ Preisverleihung beim CO₂-Countdown-Award 2025. Vlnr: Das AK klimafit-Team Judith Wittrich, Natascha Weiß und Daniela Lexer

PV-Retentions-Gründach

Seit 2025 sorgt die Photovoltaikanlage am Hauptstandort der AK Wien mit 148 kWp für rund 170.000 kWh grünen Strom pro Jahr. Mit 2.500 m² PV-Retentions-Gründach und 100.980 l Retentionsvolumen ist das ein absolutes Leuchtturmprojekt in Sachen Klimawandelanpassung und Energiegewinnung. Die Dachbegrünung sorgt für natürliche Kühlung, senkt den Heiz- und Kühlbedarf, fördert die Artenvielfalt, hält Regenwasser zurück und verbessert das Mikroklima. Frische Kräuter von den neuen Dachbeeten landen direkt in der Betriebsküche.

CO₂-Countdown-Award 2025

Die AK Wien hat mit dem Projekt „AK klimafit“ den CO₂-Countdown-Award in der Kategorie „Verhalten verändert“ gewonnen. Die Initiative ruft Einzelpersonen, Unternehmen und Organisationen dazu auf, einen Beitrag zum klimaneutralen Gebäudebestand zu leisten, und prämiert inspirierende Projekte mit Awards. Eingereicht wurde „AK klimafit“ in den Bereichen Ressourceneinsparung, Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Begrünung. Der Preis wurde im Rahmen des Facility Management Day feierlich überreicht.



Gerech- tigkeit muss sein.

Arbeiterkammer



Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen

- 98 Übersicht
- 99 Wirtschaft
- 103 Soziales
- 106 Arbeitsrechtliche Beratung
und Rechtsschutz
- 106 Bildung, Konsument:innen,
Wien, Wohnen

299

Begutachtungen von Gesetzen
und Verordnungen gesamt

23

Begutachtungen
auf Landesebene

16

Verordnungen
und Sonstiges

7

Landesgesetze

120
Bundes-
gesetze

101
Verordnungen

276

Begutachtungen auf Bundesebene

32
EU und
Internationales

23
Sonstiges

Wirtschaft

EU und Internationales

- Strafrechtliches EU-Anpassungsgesetz 2025
- EU-Kompass für Wettbewerbsfähigkeit
- Rs C-40/25; Ergänzung zu Rs. C-655/23, Vorabentscheidungsersuchen; VO Nr. 2016/679 (DSGVO)
- Ein Kompass zur Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit
- Konsultation zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen ab 2028
- Position der BAK zum Omnibus Nachhaltigkeit – Simplifizierung
- EU-Kommissionsmitteilung: „Der Binnenmarkt: Unser europäischer Heimatmarkt in einer unsicheren Welt“
- Mehrjähriger EU-Finanzrahmen ab 2028 – zu den nötigen EU-Investitionen und ihrer Finanzierung
- Rs C-595/25; Vorabentscheidungsersuchen; Direktvergabe Eisenbahnverkehr, VO 1370/2007
- Rs C-594/25; DSGVO; (Weiter-)Übermittlung personenbezogener Daten an eine Wirtschaftsauskunftei zum Zwecke einer Bonitätsprüfung im Rahmen eines Mobilfunkvertrags

Büro für digitale Agenden

- Start-up- und Scale-up-Strategie der EU
- AI Continent Action Plan

Klima, Umwelt und Verkehr

- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die Registrierung von Zuchtbetrieben, die mit bedrohten Tierarten international kommerziell handeln – Artenhandelsregistrierungsverordnung – ArtHRV
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung über das Abfallende von feuerfesten Abfällen geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Güterbeförderungsgesetz 1995 (GütbefG), das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 (GelverkG) und das Kraftfahrlineigesetz (KfVG) geändert

werden

- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung geändert wird (22. Novelle zur FSG-DV)
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Bäderhygieneverordnung 2012 geändert wird (2. Novelle zur Bäderhygieneverordnung 2012)
- EU-Konsultation | Europäische Strategie für eine resiliente Wasserversorgung
- Verordnung der Bundesministerin für Justiz betreffend die zentrale elektronische Einmeldung von Daten
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur mit der die Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur mit der die Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur geändert wird
- Öffentliche Konsultation zum nächsten MFG: EU-Mittel für den Binnenmarkt und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden
- Konsultation zur Erstellung des österreichischen Klima-Sozialplans
- Industrial Action Plan for the European automotive sector
- Änderung der RL 1999/37/EG, RL 2014/45/EU und RL 2014/47/EU
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Flugfelder-Grenzüberflugsverordnung 2013 geändert wird
- Novelle der Flugfelder-Grenzüberflugsverordnung 2013 (F-GÜV)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG hinsichtlich der Verlängerung des Zeitraums, in dem emissionsfreie schwere Nutzfahrzeuge in den Genuss von erheblich ermäßigten Infrastruktur- oder Benutzungsgebührensätzen oder einer Befreiung von diesen Gebühren kommen können
- Bundesgesetz zur Digitalisierung der

CEMT-Genehmigungen

- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Eisenbahn-Hochleistungsstrecken (Hochleistungsstreckengesetz – HIG) geändert wird
- Jahresprogramm 2025 des Klima- und Energiefonds
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Luftverkehrsregeln 2014 geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2025)
- EU-Konsultation | EU-Klimaziel 2040
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über Lärmimmissionsschutzmaßnahmen im Bereich von Bundesstraßen (Bundesstraßen-Lärmimmissionsschutzverordnung – BStLärmIV) geändert wird (BStLärmIV-Novelle)
- EU-Konsultation | Roadmap towards Nature Credits
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2025)
- EU-Konsultation | EU-Klimaziel 2040
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über Lärmimmissionsschutzmaßnahmen im Bereich von Bundesstraßen (Bundesstraßen-Lärmimmissionsschutzverordnung – BStLärmIV) geändert wird (BStLärmIV-Novelle)
- Bundesgesetz über die befristete Gewährung von Förderungen zum Ausgleich des Anstiegs der Strompreise infolge der Einbeziehung der Kosten von Treibhausgasemissionen aus dem europäischen Emissionshandel für die Jahre 2025 und 2026 (Stromkosten-Ausgleichsgesetz 2025 – SAG 2025)
- EU-Konsultation | Roadmap towards Nature

Credits

- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die AEV pflanzliche Nahrungs- und Futtermittel und die IEV geändert werden und eine Abwasseremissionsverordnung Fleisch- und Fischwirtschaft erlassen wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Verpackungsabgrenzungsverordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Elektroaltgeräteverordnung geändert wird (EAG-VO-Novelle 2025)
- Bundesgesetz, mit dem das Mineralrohstoffgesetz geändert wird (MinroG-Novelle IE-R 2025)
- Bundesgesetzes, mit dem die Gewerbeordnung 1994 und das Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen geändert werden
- Novelle zur VOC-Anlagen-Verordnung
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung geändert wird (23. Novelle zur FSG-DV)
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird
- EU-Konsultation | Circular Economy Act
- Bundesgesetz, mit dem das IVS-Gesetz geändert wird
- Bundesgesetz über Notfallmaßnahmen für Bundesstraßen – Bundesstraßennotfallgesetz (BStNG)
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Zulassungsstellenverordnung geändert wird (16. Novelle zur ZustV)
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, mit der die Nachhaltige forstwirtschaftliche Biomasse-Verordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Nachhaltige landwirtschaftliche Ausgangsstoffe-Verordnung – NLAV geändert

wird

- Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960, das Kraftfahrzeuggesetz 1967 und das Führerscheingesetz geändert werden (36. StVO-Novelle)
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Wasserstraßen-Verkehrsordnung und die Seen- und Fluss-Verkehrsordnung geändert werden
- EAG-VO – Erweiterung der Rücknahmeverpflichtung des Handels für sehr kleine Elektro- und Elektronikgeräte, die Batterien enthalten
- Bundesgesetz, mit dem das Führerscheingesetz geändert wird (23. FSG-Novelle)
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Bäderhygieneverordnung 2012 geändert wird (2. Novelle zur Bäderhygieneverordnung 2012)
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung geändert wird (12. Novelle der FSG-GV)
- Verordnung des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit der die Austro Control-Gebührenverordnung geändert wird
- Antrag auf Genehmigung Besonderer Beförderungspreise
- Europaschutzgebietsverordnung Breitenlee
- Änderung des Verzeichnisses der jagdbaren Tiere im Hinblick auf invasive gebietsfremde Arten
- Wiener Energie- und Klimarechts-Umsetzungsgesetz 2020

Steuerrecht

- ViDA Mehrwertsteuer Paket Implementierung
- LRL-Wartungserlass 2025
- EStR-Wartungserlass 2025
- Steuerliche Beurteilung von Photovoltaikanlagen und Energiegemeinschaften
- EU-Konsultation | Mechanismus der internen Überprüfung bezüglich Beihilfenbeschlüsse der Kommission
- Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Stiftungseingangssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Grunderwerbsteuergesetz 1987,

die Bundesabgabenordnung, das Glücksspielgesetz, das Bundesgesetz über den Energiekrisen

- Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über den Absetzbetrag für begünstigte Investitionen im Rahmen der Energiekrisenbeiträge (EKB-InvestitionsV) geändert wird
- Protokollentwurf zur Abänderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Spanien
- Formulare Steuererklärungen 2025 - Einkommensteuer, Arbeitnehmerveranlagung
- Formulare Steuererklärungen 2025 - Körperschaftsteuer und Lohnzettel L 16 und L 16k für 2026
- Umgründungssteuerrichtlinien-Wartungserlass 2025
- Begutachtung für ein multilaterales Abkommen zur Einsetzung eines ständigen Ausschusses zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten im Rahmen von Schiedsverfahren (ITDRC-Abkommen) sowie Entwürfe für damit verbundene Schiedsverfahrensordnung und Vertragsparteienkonferenzordnung
- Forschungsprämienrichtlinien 2025 – FoPR 2025
- Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Mindestbesteuerungs-gesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, das Gebührengesetz 1957, das Konsulargebührengesetz 1953, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, das Feuerschutzsteuergesetz 1952, das Bodenschätzungsgesetz 1970, das Bewertungsgesetz 1955, die Bundesabgabenordnung, das EU-Amtshilfegesetz, das Kommunalsteuergesetz 1993, das Tabakmonopolgesetz 1996, das Tabaksteuergesetz 2022, das Alkoholsteuergesetz 2022, das Werbeabgabegesetz 2000, das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz und das Transparenzdatenbankgesetz 2012 geändert werden (Abgabenänderungsgesetz 2025 – AbgÄG 2025)
- Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Andorra
- Umsatzsteuerrichtlinien-Wartungserlass 2025
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen

- zur branchenbezogenen Einordnung eines Betriebes als Dienstleistungsbetrieb (Dienstleistungsbetriebe-Verordnung)
- Lohnsteuerrichtlinien-Wartungserlass 2025
- Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Finanzstrafgesetz, das Finanzstrafzusammenarbeitsgesetz, die Bundesabgabenordnung, das Normverbrauchsabgabengesetz, das Kraftfahrergesetz 1967, das COFAG-Neuordnungs- und Abwicklungsgesetz und das Zollrechts-Durchführungsgesetz geändert werden (Betrugsbekämpfungsgesetz 2025 Teil Steuern – BBKG 2025 Teil Steuern)
- Wirtschaftspolitik**
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Tierversuchs-Verordnung 2012 (TVV 2012) geändert wird
- Verordnung des Erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer Österreich über die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Steinmetzmeister einschließlich Kunststeinerzeugung und Terrazzomacher
- Verordnung der Bundesinnung der Bauhilfsgewerbe, mit der die Befähigungsprüfungsordnung für das Gewerbe der Brunnenmeister geändert wird
- Veterinärverbringungs-Anpassungsverordnung
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom geändert wird (EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom-Novelle 2025)
- Sondierung und Konsultation zu den drei EU-Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge
- Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1308_2013, (EU) 2021_2115 und (EU) 2021_2116 hinsichtlich der Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette
- Konsultation des Koordinierten Netzentwicklungsplans 2024 und der Langfristigen und integrierten Planung 2024 bis 13. März 2025
- Konsultation des Koordinierten Netzentwicklungsplans 2024 und der Langfristigen und integrierten Planung 2024
- Clean Industrial Deal
- Beihilferahmen Clean Industrial Deal State Aid
- Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) – 2. Novelle 2025
- Die RTR informiert: Öffentliche Konsultation zum Entwurf der Auswahl-V 2025
- Novelle 2025 der Gasversorgungsstandardverordnung (GVSV)
- Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung geändert wird (GewO-EU-Finanzberufsverordnungen Novelle 2025)
- Simplification of the implementation of CAP Strategic Plans
- Konsultation der EU-Kommission zur Beihilfenreform betreffend Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, insbesondere Wohnraum
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Stromkennzeichnungsverordnung 2022 (KenV 2022) geändert wird (Stromkennzeichnungsverordnungs-Novelle 2025, KenVNovelle 2025)
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Regelung der Elektrizitätswirtschaft (Elektrizitätswirtschaftsgesetz – EIWG) und ein Bundesgesetz zur Definition des Begriffs der Energiearmut für die statistische Erfassung und für die Bestimmung von Zielgruppen für Unterstützungsmaßnahmen (Energiearmuts-Definitions-Gesetz – EnDG) erlassen sowie das Energie-Control-Gesetz geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus, mit der die Verordnung über die Verlängerung der Nacheichfrist für Elektrizitätszähler und elektrische Tarifgeräte geändert wird
- EU-Konsultation zu den Leitlinien für Zusammenschlüsse
- Öffentliche Konsultation zu einer Mitteilung über das Bürger-Energiepaket für einen gerechten Übergang und die Stärkung der Verbraucher
- European Steel and Metals Action Plan
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die GAP Strategieplan-Anwendungsverordnung – GSP-AV geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997 geändert wird
- Öffentliche Konsultation zum 28. Regime – ein EU-Rechtsrahmen für Unternehmen
- Öffentliche Konsultation zu einer Mitteilung über das Bürger-Energiepaket für einen gerechten Übergang und die Stärkung der Verbraucher
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die GAP-Strategieplan-Anwendungsverordnung – GSP-AV geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997 geändert wird
- Öffentliche Konsultation zum 28. Regime – ein EU-Rechtsrahmen für Unternehmen
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die Errichtung von Anlagen zur Umwandlung von Strom in Wasserstoff oder synthetisches Gas (EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Wasserstoff)
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus über Anforderungen und Kriterien für die Herstellung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs (Wasserstoffverordnung – WstVO)
- Konsultation Staatliche Beihilfen – Überarbeitung der Genehmigungsanforderungen (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung)
- Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen mit der die Eichvorschriften für elektrische Tarifgeräte zur Messung von elektrischer Energie in Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge (Eichvorschriften für Ladetarifgeräte) geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung erlassen wird und das KommAustria-Gesetz sowie das Medien-gesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das ORF-Gesetz, das Mediengesetz, das KommAustria-Gesetz, das Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz, das Kartellgesetz und das Wettbewerbsgesetz geändert werden (EMFG-Begleitgesetz – EMFG-BegG)
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Beschleunigung des Ausbaus von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, deren Speicherung und Verteilung (Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz – EABG) erlassen sowie

- das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz geändert wird
- Konsultation der Netzentwicklungspläne 2025
- Entwurf der Europäischen Kommission für die Überarbeitung des Beschlusses betreffend staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für bestimmte Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (DAWI-Beschluss)
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 2018, das Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018, das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012, das Bundesgesetz über die Errichtung der Gesellschaft „Familie & Beruf Management GmbH“ und das Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetz geändert werden (Vergaberechtsgesetz 2026)
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Clearinggebühr ab 1.1.2026 festgesetzt wird (Clearinggebühr-Novelle 2026)
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der das Erdgas-Clearingentgelt ab 1.1.2026 festgesetzt wird (Erdgas-Clearingentgelt-Novelle 2026)
- Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2026)
- Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2026, GSNE-VO 2013 – Novelle 2026)
- Konsultation staatliche Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten – Überarbeitung der Rettungs- und Umstrukturierungsleitlinien
- Verordnung des Bundesministers für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport, mit der generelle Bewilligungen für den Betrieb von Funkanlagen erteilt werden 2025
- Verordnung des Bundesministers für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport betreffend die Festsetzung von Luftschnittstellen für Funkanlagen 2025
- Konsultation der Europäischen Kommission zur Strategie für die Wärme- und Kälteversorgung
- Konsultation der Europäischen Kommission zum Aktionsplan für Elektrifizierung
- Bundesgesetz, mit dem das Preisgesetz 1992 und das Energie-Control-Gesetz geändert werden – Ausschussbegutachtung(52/AUA)
- Öffentliche Konsultation zum Vorschlag für eine Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 (EU-Normungsverordnung)
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus, mit der die Verordnung betreffend Standesregeln für Tankstellenbetreiber über den Zeitpunkt der Preisauszeichnung für Treibstoffe bei Tankstellen und die Preistransparenzverordnung Treibstoffpreise 2011 geändert werden
- Wirtschaftswissenschaft**
- Leitfaden der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken
- Verordnung der Oesterreichischen Nationalbank, mit der die Meldeverordnung ZABIL-DL 1/2022 der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die statistische Erfassung der grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs geändert wird
- Zweite Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2024 nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (Zweite Transparenzdatenbank-Abfrageverordnung 2024)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Festlegung und Anerkennung der Kapitalpufferanforderungen für den antizyklischen Kapitalpuffer, für Systemrelevante Institute und für den Systemrisikopuffer (Kapitalpuffer Verordnung 2025 – KP-V 2025)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Bankensanierungsplanverordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus, des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, der Bundesministerin für Justiz, des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft und des Bundeskanzlers, mit der die Verordnung über die Erstellung von Indizes der Preisentwicklung in der Wirtschaft geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus und des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die Erstellung von Indizes der Preisentwicklung von Importen geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus, mit der die Verordnung über die Erstellung von Verbraucherpreisindizes geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus und des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die Erstellung von Häusern- und Wohnungspreisindizes geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das Investmentfondsgesetz 2011, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, das Wertpapierfirmengesetz, das Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz und das Zentralverwahrer-Vollzugsgesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Börsegesetz 2018 und das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Bankensanierungsplanverordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus, des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, der Bundesministerin für Justiz, des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft und des Bundeskanzlers, mit der die Verordnung über die Erstellung von Indizes der Preisentwicklung in der Wirtschaft geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus und des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die Erstellung von Indizes der Preisentwicklung von Importen geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus, mit der die Verordnung über die Erstellung von Verbraucherpreisindizes geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus und des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die Erstellung von Häusern- und Wohnungspreisindizes geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das Investmentfondsgesetz 2011, das
- der Preisentwicklung von Importen geändert wird

- Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, das Wertpapierfirmengesetz, das Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz und das Zentralverwahrer-Vollzugsgesetz geändert werden
- Bundesgesetzes, mit dem das Börsegesetz 2018 und das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Meldestichtage, Meldeintervalle, Gliederung und Inhalte von Meldungen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte betreffend Emittenten vermögenswertereferenzierter Token und Emittenten von E-Geld-Token (MiCAR-Emittenten-Meldeverordnung – MiCAR-MV-Emittenten)
- Konsultation Verbriefungen
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die FMA-Gebührenverordnung geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2023/2631 über europäische grüne Anleihen sowie fakultative Offenlegungen zu als ökologisch nachhaltig vermarkteten Anleihen und zu an Nachhaltigkeitsziele geknüpften Anleihen (EuGB-Verordnung-Vollzugsgesetz–EuGBVVG) erlassen wird und mit dem das Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetz, das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das Bankwesengesetz, das Börsegesetz 2018, das Finalitätsgesetz, das Finanzkonglomeratengesetz, das Investmentfondsgesetz 2011, das Kapitalmarktgesetz 2019, das MiCA-Verordnung-Vollzugsgesetz, das Pensionskassengesetz, das PEPP-Vollzugsgesetz, das Pfandbriefgesetz, das PRIIP-Vollzugsgesetz, das Ratingagenturenvollzugsgesetz, das Referenzwerte-Vollzugsgesetz, das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, das SFT-Vollzugsgesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, das Wertpapierfirmengesetz und das Zahlungsdienstegesetz 2018 geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die FMA-Kostenverordnung 2025 geändert wird
- Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (IFI-Beitragsgesetz 2025)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die FMA-Incoming-Plattformverordnung geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Übermittlungs- und Hinterlegungsverordnung geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung und die Reservemeldungsverordnung geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Börsegesetz 2018, das Kapitalmarktgesetz 2019, das Referenzwerte-Vollzugsgesetz und das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Handelstransparenzausnahmen-Verordnung 2018 geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Meldungen- und Mitteilungen zum Kreditdienstleister- und Kreditkäufergesetz (KKG-Melde- und Mitteilungsverordnung – KKG-MMV)
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2025 nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (Zweite Transparenzdatenbank Abfrageverordnung 2025)
- Bundesgesetzes, mit dem das Fiskalrat- und Produktivitätsratsgesetz 2021 geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Vollzugsgesetz zur Verordnung (EU) 2024/3005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und Integrität von Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/2088 und (EU) 2023/2859 (EU-ESG-Rating-Verordnung-Vollzugsgesetz) erlassen wird und das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch betreffend meldepflichtige Kryptowerte im Bereich der Besteuerung erlassen wird und das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das EU Amtshilfegesetz, das Verrechnungspreisdokumentationsgesetz, das EU Meldepflichtgesetz, das Digitale Plattformen-Meldepflichtgesetzes, das Bankwesengesetz sowie das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz geändert werden (Betrugsbekämpfungsgesetz 2025 Teil Daten – BBKG 2025 Teil Daten)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die CRR-Begleitverordnung 2021 geändert wird

Soziales

Arbeitsmarkt und Integration

- Vorläufige Durchführungsweisung zur Übergangsbestimmung § 81 Abs. 19
- AIVG (Bildungskarenz)
- Bundesgesetz, mit dem mit dem das Arbeitsmarktservicegesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und das Landarbeitsgesetz 2021 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert werden
- Arbeitslosenversicherung
- Vorläufige Durchführungsweisung zu den Änderungen des AIVG auf Grund des Budgetbegleitgesetzes 2025, BGBl. I Nr. 25/2025 (gültig ab 1.1.2026)
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz für die befristete Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2026
- Arbeitslosenversicherung – Vorläufige Durchführungsweisung zu den Änderungen des AIVG 1977 auf Grund des Teilpensionsgesetzes – APG (BGBl. I Nr. 47/2025)
- Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel für das Jahr 2025 festgelegt wird (Niederlassungsverordnung 2025 – NLV 2025)
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der für das Jahr 2026 Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festgelegt werden (Fachkräfteverordnung 2026)

Frauen und Gleichstellungspolitik

- Ausschussbegutachtung(3/AUA)
- Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird

Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik

- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über Ausbildungen für Lehraufgaben und für Führungsaufgaben in der Gesundheits- und Krankenpflege
- Bundesgesetz, mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird
- Gesetz, mit dem das Wiener Sozialbetreuungsberufegesetz geändert wird
- Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Sozialbetreuungsberufegesetz – WSBBG-VO geändert wird
- Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Heimhilfeeinrichtungengesetz – WHEG-VO geändert wird

Sicherheit, Gesundheit und Arbeit

- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Fachkenntnisnachweis-Verordnung geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz geändert wird
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Gefahren durch Hitze und natürliche UV-Strahlung bei Arbeiten im Freien (Hitzeschutzverordnung – Hitze-V) erlassen wird und mit der die Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz 2024 geändert wird
- Sechste Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe (CMRD)
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Grenzwertverordnung, die Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz, die Bohrarbeitenverordnung und die Verordnung über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche geändert werden

Leitung Soziales

- Bundesgesetz, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz, das Staatsschutz- und Nachrichtendienst-Gesetz, das Gesetz über das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung, das Bundes-Krisensicherheitsgesetz, das Passgesetz 1992, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, das BFA-Verfahrensgesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Grenzkontrollgesetz und das BBU-Errichtungsgesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Standort-Entwicklungsgesetz, das Wettbewerbsgesetz, das Preisgesetz 1992, das Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetz, das Außenwirtschaftsgesetz 2011, das Investitionskontrollgesetz, das Notifikationsgesetz 1999, das Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen, das Bilanzbuchhaltungsgesetz 2014, das Wirtschaftskammergesetz 1998, das Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017, das Zivilttechnikergesetz 2019, das Energie-Control-Gesetz, das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010, das Gaswirtschaftsgesetz 2011, sowie das Energielenkungsgesetz 2012 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Außerstreitgesetz, das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das Datenschutzgesetz, das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter, das Jugendgerichtsgesetz, die Jurisdiktionsnorm, die Notariatsordnung, die Rechtsanwaltsordnung, das Rechtspraktikantengesetz, das Staatsanwaltschaftsgesetz, das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und die Zivilprozessordnung geändert werden (IFG-Anpassungsgesetz-Justiz – IFG-AnpJu)
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken u Unfallversicherungsgesetz, das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz, das Notarversorgungsgesetz, das Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz, das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, das Kontroll- und Digitalisierungs-Durchführungsgesetz, das

- EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz, das Tiergesundheitsgesetz 2024, das Zoonosengesetz, das Tierärztegesetz, das Tierärztekammergesetz, das Tierarzneimittelgesetz, das Bundesbehindertengesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz, das Bundes-Seniorengesetz, das Musiktherapiegesetz, das Psychologengesetz 2013, das Psychotherapiegesetz 2024, das Ärztesgesetz 1998, das Apothekerkammergesetz 2001, das Arzneimittelgesetz, das Epidemiegengesetz 1950, das Gehaltskassengesetz 2002, das Krankenanstalten- u Kuranstaltengesetz, das Medizinproduktegesetz 2021, das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, das Arbeiterkammergesetz 1992 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957, das Kraftfahrzeuggesetz 1967, das Schifffahrtsgesetz sowie das Unfalluntersuchungsgesetz 2005 geändert werden
- Bundesgesetz ,mit dem das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Dokumentations- und Informationsstelle für Sektenfragen 1998, das Bundesgesetzes über die Errichtung der Gesellschaft „Familie & Beruf Management GmbH“ 2006 und das Zivildienstgesetz 1986 geändert werden (Informationsfreiheits-Anpassungsgesetz – Bundeskanzleramt)
- Bundesgesetz, mit dem das KommAustria-Gesetz, das ORF-Gesetz, das Bundes Sportförderungsgesetz 2017 und das Anti-Doping-Bundesgesetz 2021 geändert werden (Informationsfreiheits-Anpassungsgesetz – BMWKMS)
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, das Verwaltungsstrafgesetz 1991, das Amtshaftpflichtgesetz, das Rechnungshofgesetz 1948, das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 und das Volksanwaltschaftsgesetz 1982 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Bildungsdirektoren-Einrichtungsgesetz, das Bildungsdokumentationsgesetz 2020, das IQS-Gesetz und das Hochschulgesetz 2005 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem d. Zollrechts-Durchführungsgesetz, das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz, d. Glücksspielgesetz, d. Transparenzdatenbankgesetz 2012, d. Bundesgesetz über die Errichtung einer

Buchhaltungsagentur des Bundes, d. Bundesgesetz über die Gründung einer Bundespensionskasse AG, d. Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Finanz und sonstigen Bundesschulden, das Bankwesengesetz, d. Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetz, das Börsegesetz 2018, d. Investmentfondsgesetz 2011, d. Kapitalmarktgesetz 2019, d. Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, d. Nationalbankgesetz 1984, d. AbschlussprüferAufsichtsgesetz, d. PEPP-Vollzugsgesetz, d. Rechnungslegungs-Kontrollgesetz, d. Schwarmfinanzierung-Vollzugsgesetz, d. Versicherungsaufsichtsgesetz, d. Mineralrohstoffgesetz, die Bundesabgabenordnung, d. Bundesfinanzgerichtsgesetz, d. EU-Besteuerungsstreitbeilegungsgesetz, d. Bewertungsgesetz 1955, d. Bodenschätzungsgesetz 1970 und d. Finanzstrafgesetz geändert werden

Sozialpolitik

- Internat. Arbeitskonferenz (IAK) 113. IAK Tagung 2025: Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit in der Plattformökonomie
- IAO; Berichterstattung über ratifizierte Übereinkommen 2025
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und das Landarbeitsgesetz 2021 geändert werden
- Quality Jobs Roadmap
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, das Arbeitsverfassungsgesetz und das Landarbeitsgesetz 2021 geändert werden
- Internat. Arbeitsorganisation (IAO) Sondermaßnahmen zu Belarus wegen Verletzung der Vereinigungsfreiheit (Verfahren nach Artikel 33 der IAO-Verfassung)
- Konsultation zu Aktionsplan zur Europ. Säule sozialer Rechte
- Internat. Arbeitsorganisation (IAO); Berichte über nicht ratifizierte Übereinkommen und Empfehlungen 2025/2026: Fragebogen zu Übereinkommen 158 und Empfehlung 166 (Beendigung des Arbeitsverhältnisses)
- Internat. Arbeitskonferenz (IAK); erneuter Bericht basierend auf der ersten Verhandlung während der 113. Tagung 2025 zu Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit in der Plattformökonomie

- Konsultation EU-Anti-Armut-Strategie
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Einrichtung eines Tourismusbeschäftigtenfonds (Tourismusbeschäftigtenfondsgesetz – TBFG) eingeführt und das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz und das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden

Sozialversicherung

- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Medizinproduktebetriebsverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über das Errichten, Betreiben, Anwenden, Instandhalten und das weitere Bereitstellen auf dem Markt von Medizinprodukten (Medizinproduktebetriebsverordnung – MPBV)
- Verordnung der Österreichischen Ärztekammer mit der die Notärztinnen/Notärzte-Verordnung geändert wird
- Verordnung der Österreichischen Ärztekammer mit der die Verordnung über Spezialisierungen geändert wird
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über eine Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung
- Österreichischer Strukturplan Gesundheit 2023 - Wartung 2025 gem. § 20 (4) G-ZG
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH zur Verbindlichmachung von Teilen des Österreichischen Strukturplans Gesundheit
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden

- Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits-telematikgesetz 2012 und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Suchtgift-Grenzmengenverordnung und die Psychotropen-Grenzmengenverordnung geändert werden
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über empfohlene Impfungen geändert wird
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Abgrenzungsverordnung 2004 geändert wird
- Richtlinien zur einheitlichen Vollzugspraxis der Versicherungsträger im Bereich der Auftraggeber:innenhaftung 2026 - RVAGH 2026
- Richtlinien zur einheitlichen Vollzugspraxis der Versicherungsträger im Bereich der Beitragsübernahme des Bundes für erwerbstätige Pensionist:innen- RBÜP 2026
- Richtlinien zur einheitlichen Vollzugspraxis der Versicherungsträger im Bereich der Erstattung von Beiträgen ab dem Beitragsjahr 2019 - RVABE
- Verordnung der Österreichischen Ärztekammer mit der die Verordnung über Spezialisierungen geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Eltern-Kind-Pass-Gesetz, das Kinderbetreuungsgeldgesetz und das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert werden
- Verordnung der Österreichischen Ärztekammer, mit der die KEF und RZ-V 2015 geändert wird (6. Novelle zur KEF und RZ-V 2015)
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH zum RSG Niederösterreich
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen geändert wird
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit Steiermark 2030
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit Vorarlberg 2030
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit Tirol

- 2030 (RSG Tirol 2030)
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz und das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz geändert werden
- (Betrugsbekämpfungsgesetz 2025 Teil Sozialabgaben – BBKG 2025 Teil Sozialabgaben)
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit Burgenland 2030
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit – Kärnten 2030 (RSG Kärnten V 2030)
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit Salzburg 2030
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Betriebspensionsgesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorge geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden
- Begutachtung 5. VO zum RSG Salzburg
- 8. Verordnung zum Österreichischen Strukturplan Gesundheit
- Übermittlung des Entwurfes zur ÖSG-Wartung (1/2025) zur Information und Stellungnahme gem. § 20 (4) G-ZG
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien über die Kernöffnungszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien geändert wird

Arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz

Arbeitsrecht

- BG, mit dem das Staatsschutz- und Nachrichtendienst-Gesetz, das Sicherheitspolizeigesetz, das Telekommunikationsgesetz 2021, das Bundesverwaltungsgerichtsgesetz und das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz geändert werden
- BG, mit dem das Waffengesetz 1996 geändert wird

Rechtsschutz

- Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991
- Hague Conference on Private International Law (HCCH) - Public Consultation on the Draft Text

Bildung, Konsument:innen, Wien, Wohnen

Lehrausbildung und Bildungspolitik

- Verordnungen des Lehrberufspakets 1/2025
- Bundesgesetz mit dem das Schulunterrichtsgesetz und das Anstellungserfordernisse-Grundsatzgesetz geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, mit der die Verordnung über den Lehrplan der Volksschule, die Verordnung über die Lehrpläne der Mittelschulen sowie die Verordnung über den Lehrplan der Polytechnischen Schule und den Lehrplan für das Berufsvorbereitungsjahr geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, mit der die Beträge für die Gewährung von Schulbeihilfen und Heimbeihilfen für das Schuljahr 2025/26 festgesetzt werden (Schülerbeihilfen-Valorisierungsverordnung 2025)
- Verordnung der Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung über Leistungs- und Förderungsstipendien für das Studienjahr 2024/2025 (Leistungs- und Förderungsstipendien-Verordnung 2025)

- Verordnung des Bundesministers für Bildung, mit der die IKT-Schulverordnung, die Zeugnisformularverordnung und die Externistenprüfungsverordnung geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Bildung sowie des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft mit der die Bildungsdokumentationsverordnung 2021 geändert wird
- Gesamtösterreichischer Universitätsentwicklungsplan 2028-2033 - Aktualisierung (Rollierung)
- Bundesgesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung von unmündigen Mädchen an Schulen mittels Einführung eines Kopftuchverbots
- Verordnung der Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung über die Höhe der Beihilfen für Auslandsstudien
- Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Pflichtschulhalterungs-Grundsatzgesetz und das Schulpflichtgesetz 1985 geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft über die Durchführung der Ausbildungen und Prüfungen zum Facharbeiter und zum Meister in den land- und forstwirtschaftlichen Ausbildungsgebieten (Land- und forstwirtschaftliche Ausbildungs- und Prüfungsordnung – LFBAG-APO)
- Verordnung der Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung über die Gewährung von Studienbeihilfe an Kandidatinnen und Kandidaten für die Studienberechtigungsprüfung
- Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslerngänge, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulzeitgesetz 1985 und das Berufsreifeprüfungsgesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Privatschulgesetz geändert wird

Konsument:innenpolitik

- Öffentliche Konsultation zum Entwurf einer Neufassung der EEN-V (EEN-V 2025)
- Bundesgesetz zur Regelung von Tabak,

- verwandten und sonstigen Erzeugnissen sowie zum Schutz von Personen vor Emissionen dieser Erzeugnisse und vor Nikotinsucht
- Bundesgesetz Kreditdienstleister- und Kreditkäufergesetz – KKG
 - Evaluierung des Privatkonkurses
 - Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung (VERA-V) geändert wird
 - Entwurf einer Änderung der Nummernübertragungsverordnung 2022 (NÜV 2022)
 - Konsultation Rundschreiben zur soliden Vergabe von Wohnimmobilienkrediten
 - Nachhaltige Produkte - Offenlegung von Informationen über unverkaufte Verbraucherprodukte
 - Bundesgesetz, mit dem das Rechtsanwalts-tarifgesetz und die Zivilprozessordnung
 - Rückstandskontrollverordnung 2006
 - Trockenmilchverordnung Novelle 2025
 - Fruchtsaftverordnung Novelle 2025
 - Honigverordnung Novelle 2025
 - Konfitüren Verordnung 2004 Novelle 2025
 - Anti-Mogelpackungs-Gesetz (309 d.B.)
 - Preisauszeichnungsgesetz (307 d.B.)
 - LMSVG Novelle 2025
 - Kosmetik-Verordnung – Bewertung
 - EU-Verbraucheragenda
 - Commission launches open consultation on the forthcoming Digital Fairness Act
 - EU delivery act
 - EU Label on product durability
 - Digital Omnibus
 - Green Claims Verordnung
 - Umsetzung der RL (EU) 2023/2673 und der RL (EU) 2024/825 (Änderungen der Verbraucherrechte-RL, Fernabsatz Finanzdienstleistungen)
 - Geoblocking-Verordnung; Call for Evidence
 - Kosmetik-Verordnung
- Kommunalpolitik und Wohnen**
- OIB Richtlinie 6 „Energieeinsparung und Wärmeschutz“
 - OIB Richtlinie „Erstellung eines Renovierungspasses“
 - Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Regelung von Wertsicherungsklauseln in Mietverträgen (Mieten-Wertsicherungsgesetz MieWeG) erlassen sowie das Mietrechtsgesetz und das Richtwertgesetz geändert werden
 - Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch und das Konsumentenschutzgesetz geändert werden (Zivilrechtliches Indexierungs-Anpassungsgesetz - ZIAG)
 - Gesetz, mit dem das Gesetz über die Einrichtung und die Aufgaben der Feuerwehr im Lande Wien (Wiener Feuerwehrgesetz) geändert wird
 - Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung, mit der nähere Vorschriften über die Beschaffenheit der Gehsteige und ihrer baulichen Anlagen erlassen werden (Gehsteigverordnung), geändert wird
 - Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung über die Freiwilligen Feuerwehren und die Betriebsfeuerwehren im Lande Wien (Wiener Feuerwehr-Verordnung) geändert wird
 - Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 2018 geändert wird
 - Gesetz, mit dem das Gesetz über die Transparenz von Förderungen der Stadt Wien (Wiener Fördertransparenzgesetz), das Gesetz über die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit in Wien ab 2024 (Wiener Akademieförderungsgesetz 2024 – Wr. AkadFG) und das Gesetz, mit dem die Förderung politischer Parteien in Wien ab 2013 (Wiener Parteienförderungsgesetz 2013 – Wr. PartFG) geregelt wird, geändert werden (Fördertransparenzpaket 2025)
 - Verordnung des Magistrates der Stadt Wien über die Gewerbeausübung in Gastgärten im Jahr 2025
 - Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend Regelung und Sicherung der Schifffahrt auf der „Alten Donau“ – ADVO
 - OIB-300-009/25-002; Anhörungsverfahren für den Entwurf des OIB-Dokuments – Nationaler Gebäuderenovierungsplan gemäß Richtlinie (EU) 2024/1275
 - Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend die Festlegung von Nutzungsmöglichkeiten nach dem Gebrauchsabgabegesetz 1966 im 1. Wiener Gemeindebezirk (Zonierungsverordnung für Wien - Innere Stadt III)
 - Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Sanierungs- und Dekarbonisierungsverordnung 2024 geändert wird
 - Gesetz, mit dem das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG 1989 geändert wird
 - Petition „Autofreie Ringstraße“
 - Gesetz, mit dem das Wiener Tourismusförderungsgesetz geändert wird
 - Petition Ja, zur Flächenwidmung und Erhalt des beliebten Buschenschanks Dreh und Drink am Bisamberg

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Die Arbeiterkammer steht für soziale Gerechtigkeit.
Wir setzen uns seit mehr als 100 Jahren für die Rechte
der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

DAMALS. HEUTE. FÜR IMMER.